



ADLAS

Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

AUSGABE 1/2014

8. Jahrgang

ISSN 1869-1684

SCHWERPUNKT

Ostfronteuropa



EUROPÄISCHE INTEGRATION
In welche Richtung?

KALTER KRIEG 2.0

**Früher
war mehr Lametta!**

Der Dritte Weltkrieg findet nicht statt. Schon gar nicht aufgrund der Ukraine-Krise. Aber er spukt noch in unseren Köpfen, wie der Konflikt um die ehemalige Sowjetrepublik zeigt, und entzweit die veröffentlichte Meinung in Deutschland.

Auf der einen Seite die »Transatlantiker«, die eine Kernaufgabe der ideell angeschlagenen Nato wiedergekehrt glauben: Für sie braucht die Allianz dringend mehr Kapazitäten zur Bündnis- und Landesverteidigung angesichts eines erneut starken Gegners in Europas Osten. Auf der anderen Seite die »Putin-Versteher«, unter ihnen auch solche Persönlichkeiten wie Ex-Kanzler Schröder, der mit seiner Männerfreundschaft zu Russlands Wieder-Präsident Putin wohl mittlerweile als »umstritten« gelten darf.

Beiden Seiten gemein ist die Erinnerung an die Zeit der Blockkonfrontation, derer sie sich bedienen, um das Geschehen der internationalen Krise im Osten Europas einordnen zu können. Aber der Rückgriff auf den Kalten Krieg geht ins Leere, denn was sich zwischen Moskau, Kiew, Berlin, Brüssel und Washington abspielt, ist wohl eine ganz neuartige Form, einen Konflikt auszutragen und geopolitische Interessen durchzusetzen. Dabei fühlt sich besonders der Westen vom anscheinend so hintertürkischen wie erfolgreichen Herrn im Kreml überrumpelt.

Überrumpelt wurde auch die *ADLAS*-Redaktion. Noch vergangenen Dezember haben wir nichtsahnend vereinbart, im kommenden Schwerpunkt des neuen Jahres uns »doch mal mit Osteuropa« zu befassen. Dann kam die Ukraine-Krise.

Aus der daraus resultierenden, monatelangen Arbeit am so unversehens aktuellen Schwerpunkt ergibt sich für uns aber nicht nur die Entwarnung, dass es keine Neuauflage des Kalten Krieges – entlang einer wieder aufgerichteten Front quer durch Osteuropa – geben wird. Vor allem wurde überdeutlich, welche Stärke Russland zumindest regional wiedergewonnen hat. Und im Nachhinein, so stellen unsere Autoren ebenso fest, war das schon spätestens seit dem Russisch-Georgischen Krieg von 2008 absehbar. Den Konflikt im Kaukasus ausführlich zu analysieren, hat »der Westen«, also besonders das »alte Europa« einschließlich Deutschlands, anscheinend sträflich vernachlässigt. Für unsere Nato-Partner in Polen und im Baltikum ist das allerdings keine Neuigkeit.

So ist aus unserem geplanten Fokus auf Osteuropa vor allem ein Russland-Schwerpunkt geworden – ein Umstand, der belegt, dass in der Region nichts mehr geht, ohne die Interessen Moskaus zu berücksichtigen.

Die Beschäftigung mit der russischen Dominanz im Osten Europas zeigt aber auch: Vieles dreht sich nur um einen Mann – Wladimir Wladimirowitsch Putin. Bei aller Fachsimpelei, beispielsweise über die neuen Fähigkeiten der russischen

Streitkräfte oder politische Konstrukte wie die »Eurasische Union« und die »Russkij mir«, sind wir allerdings eine Frage noch nicht angegangen, die angesichts des ausfallenden Krieges eigentlich die strategisch wichtigste sein dürfte: Was kommt nach Putin? ...

Ihre ADLAS-Redaktion

»Die Leute in Russland sagen, wer den Untergang der Sowjetunion nicht bedaure, habe kein Herz, und wer sie vermisste, habe keinen Verstand.«

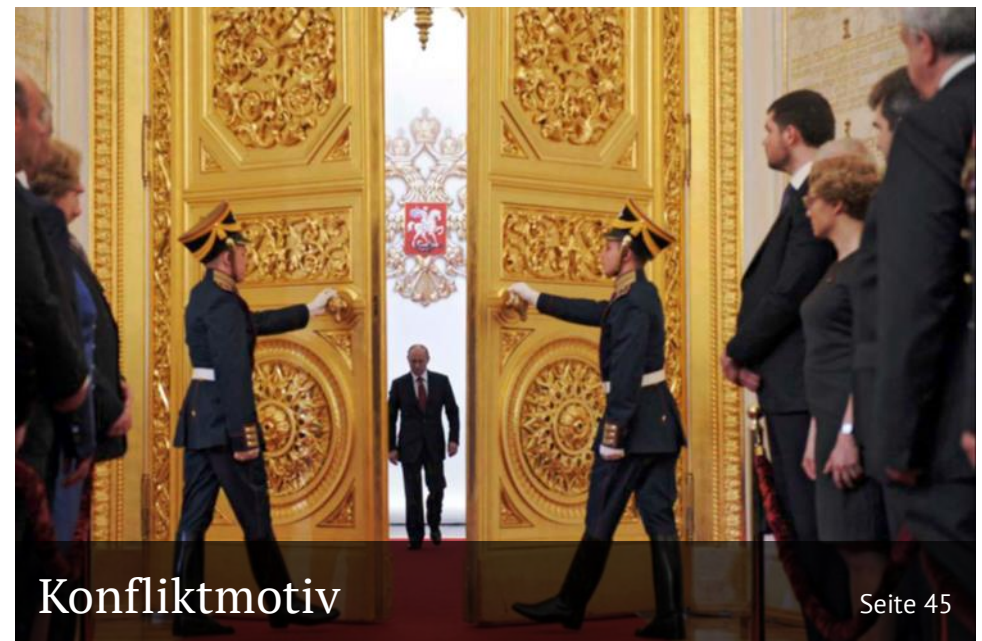
Wladimir Putin, in einem gemeinsamen [Interview mit ARD und ZDF am 5. Mai 2005](#)



INHALT

SCHWERPUNKT: OSTERFRONT**EUROPA**

- 6 ESSAY: **Früher war mehr Lametta!**
Die kühle Übersichtlichkeit des bipolaren Wendekreises lädt zum erneuten Überwintern ein – eine Tour de Farce?
- 11 UKRAINE: **»Ich fürchte, dass eine Geste der Unterwerfung her muss.«**
Osteuropaexperte Wilfried Jilge erklärt die unübersichtlich Lage zwischen Kiew, Krim, Donbas und Moskau.
- 20 POLEN I: **Kriegsspiele und Vorahnungen**
Manöver beidseits der polnisch-weißrussischen Grenze Ende 2013 nahmen die Krise des Frühjahrs 2014 voraus.
- 24 KOMMENTAR: **Spaltpilz**
Der Westen hat lange schon den Sinn für geopolitische Realität verloren.
- 28 MILITÄRREFORM: **Putins potemkinsche Panzer**
Optik ist nicht alles. Was man derzeit über die Streitkräfte Russlands wissen sollte.
- 42 MILITÄRSEELSORGE: **Phoenix aus der Asche**
Früher hatte die russische Armee Kommissare. Heute hat sie wieder Popen.
- 45 POLITISCHE PSYCHOLOGIE I: **Psychogramm einer Großmacht**
Russland – schon wieder umzingelt?
- 49 POLITISCHE PSYCHOLOGIE II: **»Russlands objektives Streben nach umfassender Sicherheit«**
Deutschlandexperte Wladislaw Below bemängelt Stereotypen der Medien.
- 51 KAUKASUS I: **Der aufmüpfige Vasall**
Tschetschenien gefährdet die Stabilität im Süden der Russischen Föderation – und langfristig sogar die Moskauer Herrschaftselite.



INHALT

- 59 KAUKASUS II: **Staatsaufbau à la Russe**
Russlands Anspruch und sein tatsächliches Engagement in Abchasien – eine Kluft, die kaum größer sein könnte.
- 63 KAUKASUS III: **Geopolitische Geisel**
Hat sich Armenien von Europa abgewandt?
- 68 POLEN II: **Stählerner Zankapfel**
Polen verärgert seine Rüstungsindustrie mit Panzerkäufen in Deutschland.
- 72 TSCHIECHIEN I: **Prager Herbst**
Während das Parlament im Chaos versinkt, baut Präsident Zeman seine autoritäre Stellung aus. Europa schweigt dazu.
- 76 TSCHIECHIEN II: **Trip über Grenzen**
Opas »Wachhaltemittel« kehrt aus Tschechien nach Deutschland zurück.

DIE WELT UND DEUTSCHLAND

- 81 SOUVERÄNITÄT: **Überstaatlich, zwischenstaatlich oder einfach nur undemokratisch?**
Die Eurokrise justiert das Machtverhältnis zwischen EU-Institutionen und Nationalstaaten neu. Unklar ist, in welche Richtung es geht.
- 85 WESTPAZIFIK: **Taipehs Balanceakt**
Chinas Luftverteidigungsidentifikationszone kollidiert mit den Nachbarn. Gerät Taiwan zwischen die Fronten?

- 2 EDITORIAL
3 INHALT
27 WELTADLAS
90 IMPRESSUM UND AUSBLICK



BEDIENUNGSANLEITUNG: Liebe Leserinnen und Leser,

wussten Sie schon, dass Sie sich durch den *ADLAS* nicht nur blättern, sondern dass Sie sich auch **durch unser eJournal klicken** können? Neben den Internetverknüpfungen, denen Sie über unsere Infoboxen »Quellen und Links« in das World Wide Web folgen können, ist jede Ausgabe unseres Magazins intern verlinkt.

Über das Inhaltsverzeichnis können Sie durch das Heft navigieren:

Klicken Sie hier einfach auf einen Eintrag, oder das Bild dazu, und schon springen Sie in unserem PDF-Dokument auf die gewünschte Seite.

Am Ende eines jeden Beitrags finden Sie die Text-Endzeichen ... oder einen Autorennamen. Klicken Sie einmal darauf und schon kommen Sie wieder auf die Seite im Inhaltsverzeichnis, von der aus Sie in den Beitrag gesprungen sind. Welchen Weg Sie auch bevorzugen – wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

SCHWERPUNKT: ~~OSTER~~EUROPA

Die Hinterlassenschaft des Kalten Krieges im Osten Europas besteht nicht nur aus stalinistischer Architektur und kommunistischen Minderheitsparteien.

Denn welche Phantomschmerzen der vergangene Ost-West-Konflikt noch ein Vierteljahrhundert nach seinem Ende auslösen kann, zeigt die gegenwärtige Ukraine-Krise, die über die gesamte Region ausstrahlt. Und so schauen alle Augen von Berlin über Warschau bis Kiew gebannt nach Moskau – auch wenn allen Beteiligten klar sein sollte, dass Geschichte sich nicht wiederholt.

Sowjeterbe: Kultur- und Wissenschaftspalast in Warschau, erbaut 1952 bis 1955

Foto: Lukas Varhol/CC-BY-SA 3.0

FRÜHER WAR MEHR LAMETTA!

VON BJÖRN HAWLITSCHKA

Hurra, der Kalte Krieg ist wieder da! Was muss das doch für eine schöne Epoche gewesen sein, besonders für jene, die sie nie miterlebt haben oder sich nicht mehr erinnern können. Anders lässt sich das gegenwärtige Revival kaum erklären, das romantischer Natur zu sein scheint: Es ignoriert sowohl historische als auch aktuelle militärische, wirtschaftliche und ideologische Fakten – und mystifiziert stattdessen.

Symbolhandlung des Kalten Krieges? Militärparade in Moskau 1985 zum Jahrestag der Oktoberrevolution Foto: Thomas Hedden

Es ist Zeit Danke zu sagen: Danke Putin! Für die Möglichkeit in gewohnte Denkmuster zurückkehren zu dürfen. Wie überfordernd empfanden wir doch die Welt seit dem Ende des Ostblocks! Wie oft taten wir uns schwer, die neue Situation in ihrer großen Unübersichtlichkeit zu erfassen, und retteten wir uns ins tautologische Karussell: Wir beschrieben die neuen Herausforderungen als neu und herausfordernd, die Komplexität der Welt als komplex.

Es war ja auch nicht zum Aushalten: Binnen zwei Dekaden hielt folgendes Schema Einzug in jeden sicherheitspolitischen Vortrag zur aktuellen Lage von General a.D. Beliebig: Begrüßung – das eine Clausewitz-Zitat – Kalter Krieg vorbei – Deutschland von Freunden umzingelt – Friedensdividende – neue Konflikte statt Ende der Geschichte – nicht mehr zwischenstaatlich – asymmetrische Kriegsführung – Sicherheitsbegriff erweitert bis umfassend – inzwischen auch vernetzt erhältlich – das andere Clausewitz-Zitat – Danke für die Aufmerksamkeit. War das nicht unendlich mühsam, nichtssagend und langweilig? Das kann nun endlich der Vergangenheit angehören. Wem immer die Beschreibung einer neuen Weltordnung ein zu heißes Eisen war, den läßt die kühle Übersichtlichkeit des bipolaren Wendekreises zum erneuten Überwintern ein.

Aber auch wenn eine Rückkehr des Kalten Krieges manchen das Gefühl des »it's coming home!« vermitteln mag, drängt sich die Frage auf, ob die Akteure von damals die gleichen Rollen im Drehbuch einnehmen können. Schließlich sollten die Handlungsmuster dafür sorgen, dass der gesamte Plot wieder auf das Finale von einst zusteuert: Am Ende gewinnt der Westen. Eine Antwort auf die Fra-

ge findet sich mithilfe der Berücksichtigung dreier Faktoren: die jeweilige militärische, wirtschaftliche und ideologische Stärke beziehungsweise Strahlkraft im Vergleich zwischen der Epoche des Kalten Krieges und der heutigen Situation.

Faktor Militär

Wer sich die militärischen Kräfteverhältnisse anschaut, wird mit Blick auf die Nato feststellen, dass 1988 über 6 Millionen, heute aber nur noch 3,4 Millionen Soldaten in den Streitkräften der Bündnispartner dienen. Dafür hat sich die Zahl der Partner

der Ukraine fände eine Auseinandersetzung unmittelbar vor der Haustür Russlands statt. Gerade die Möglichkeit, Kriege aus sicherer Distanz auszufechten, ließ die UdSSR als globale Supermacht auf Augenhöhe mit den USA erscheinen. Beide Mächte konnten noch 1989 über die Aufstellung taktischer Nuklearwaffen verhandeln, die eine Kriegführung auf zentraleuropäischen Raum beschränken sollte, während Washington und Moskau verschont geblieben wären.

Wenn heute daher die neue Einigkeit in der Nato beschworen wird, die sich aufgrund der Ukrainekrise entwickelt habe – ist die in der Tat neu und eben kein Relikt des Kalten Krieges. Denn dass in den

DIE HANDLUNGSMUSTER SOLLTEN DAFÜR SORGEN, DASS DER GESAMTE PLOT WIEDER AUF DAS FINALE VON EINST ZUSTEUERT.

auf 28 erhöht – und dies eben durch Beitritte von sechs früheren Verbündeten der Sowjetunion und drei ehemaligen Sowjetrepubliken. Russland könnte heute im Ernstfall auf einzelne Verbündete wie Weißrussland zählen, bliebe aber ein »single player« gegenüber der Nato und im zahlenmäßigen Kräfteverhältnis unterlegen.

Zudem fehlt es den russischen Streitkräften heute an Aufmarschgebiet in Mitteleuropa, das es ihnen erlauben würde, einen Schlagabtausch fern der eigenen Landesgrenzen auszuführen. Im Fall

1980er Jahren die beiden deutschen Staaten im Mittelpunkt des begrenzten Atomkriegs gestanden hätten, führte in der Bundeswehr verstärkt zu Unmut und öffentlichen Widerspruch. So klagte im Mai 1989 der Chef des Amtes für Studien und Übungen der Bundeswehr, Flottillenadmiral Elmar Schmähling, im *Spiegel* über eine »atomare Komplizenschaft der Supermächte« und warnte: »Je kürzer die Reichweiten, desto toter die Deutschen.«

Die Bereitschaft, atomaren Fallout in der norddeutschen Tiefebene im Ernstfall hinzunehmen, +

sollten daher heute jene mitbringen, die ein Revival des Kalten Krieges aufgrund der kräftemäßig überlegenen Nato beschwören. Um ein paar Zahlen zu nennen: Schleswig-Holstein 62, Ostniedersachsen 115, Nordkassel 175. Das war die Menge der nuklearen Gefechtsköpfe, die der Warschauer Pakt in den 1980er Jahren nach Zielregionen aufgeteilt im Falle eines Krieges für das Gebiet der alten Bundesrepublik vorgesehen hatte.

Die Ostblock-Planer sahen einen strategischen Vorteil in präventiven, regional begrenzten Nuklearschlägen, die so schnell wie möglich die feindlichen Truppenverbände ausschalten sollten, falls diese kurz vor einem Angriff gestanden hätten. Erst danach sollten Warschauer-Pakt-Einheiten auf Nato-Gebiet vorrücken und liquidieren, was übrig geblieben wäre. Drohender Strahlentod eigener Soldaten einkalkuliert.

POSTHEROISCHE WOHLSTANDSKINDER MÖGEN BEI KALTEN-KRIEGS-PLANUNGEN NUKLEARE GEGENSCHLÄGE BEDENKEN.

Angesichts dieser Pläne und des weiter bestehenden Kernwaffenarsenals in Russland erscheint das Kräfteverhältnis konventioneller Streitkräfte irrelevant. Sollte sich die Krise um die Ukraine zu einer kriegesischen Auseinandersetzung zwischen russischen und Nato-Truppen entwickeln, könnte Moskau eine ähnliche Strategie auf engerem Raum erneut in Er-

wägung ziehen: Ausschaltung vorstoßender Verbände mit taktischen Nuklearwaffen bereits auf dem Gebiet der Westukraine, Nachrücken konventioneller Streitkräfte bei gleichzeitiger Aufnahme von Verhandlungen mit EU und USA. Das unterliegende Kalkül: Die westlichen Demokratien, die sich eine Perma-Angst vor Terroranschlägen, Klimawandel und besonders der Gefährdung ihrer Kinder gezüchtet haben, würden kollabieren. Ein Gegenschlag wäre politisch für EU-Regierungen nicht durchzusetzen, weil die eigene Bevölkerung damit einer Vergeltung ausgesetzt wäre. Postheroische Wohlstandskinder mögen dies bei Kalten-Kriegs-Planungen bedenken.

Dass die atomare Karte für Russland noch eine Rolle spielt, ist auch als Faktor beim Gerangel um die Ostukraine zu berücksichtigen. Wo werden die russischen Interkontinentalraketen SS-18 herge-

stellt? Dnipropetrowsk. Wer ist für die Wartung der stationierten Raketen zuständig? Die Spezialisten des dortigen Kombinats »Yuzhmash«. Ähnliches gilt für die Modelle SS-19 und SS-25, die ihre Navigationssysteme von der Firma »Khartron« in Charkiw erhalten. Bei konventionellen Waffen bestehen weitere russische Importabhängigkeiten.

Aber für eine Bevölkerung, die nicht nur 80 Millionen Fußballbundestrainer, sondern auch eine Legion psychologische Sachverständige für russische Präsidenten stellt, sind solche Fakten unwichtig. Das klingt nach Geostrategie und 19. Jahrhundert, damit haben wir uns nie befasst, weil wir uns für weiterentwickelt halten.

Faktor Ökonomie

Widmen wir uns als Exportweltmeister lieber den wirtschaftlichen Faktoren. Ein Erklärungsmuster dafür, dass der Kalte Krieg ohne atomaren Schlagabtausch zu Ende ging, ist das gegenseitige Wettrennen, das zu einem Gleichgewicht des Schreckens führte und beide Supermächte davor Abstand nehmen ließ, den nuklearen Overkill zu riskieren. Bei dem gegenseitigen Kräftemessen immenser Verteidigungsausgaben, für die eine starke Wirtschaftsleistung erforderlich war, hatte die Sowjetunion das Nachsehen.

Der Historiker Paul Kennedy erkannte bereits 1987 in seinem »Aufstieg und Fall der großen Mächte« mit Blick auf die Sowjetunion deutliche Widersprüche: Einerseits »verfügt die UdSSR über eine Bandbreite militärischer Fähigkeiten, wie sie nur noch die rivalisierende amerikanische Supermacht besitzt. Die ist nicht ein militärisches Gegenstück der potemkinschen Dörfer, das bei der ersten Prüfung zusammenbrechen wird.« Andererseits zeitigte die Sowjetunion deutliche Wirtschaftsdefizite, die der damalige Präsident Michael Gorbatschow bereits 1986 offen auf dem 27. Parteitag der KPdSU +

eingestanden hätte. Das Modell der sozialistischen Planwirtschaft geriet demnach immer mehr in eine Sackgasse. Das Ende der Sowjetunion Anfang der 1990er Jahre aber war erst der Beginn eines Zerfalls, der seinen Tiefpunkt in der Zahlungsunfähigkeit Russlands am Ende der Dekade hatte.

Diese Episode der russischen Geschichte, der Staatsbankrott von 1998, der unter dem Begriff »дефолт« (aus dem Englischen »default«) im kollektiven Gedächtnis der Russen als Demütigung abgespeichert ist, verdient mehr Aufmerksamkeit, um die Politik des Kremls aktuell und während der letzten Jahre zu verstehen. Leider wird die Erinnerung an dieses Ereignis hierzulande von der Diagnose freiberuflicher Traumatologen überlagert, Putin habe den Zusammenbruch der Sowjetunion als »größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts« bezeichnet. Wahrscheinlich ist für Deutschlands »dicke Kinder von Landau« staatliche Zahlungsunfähigkeit und das Betteln um IWF-Kredite schlicht nicht vorstellbar.

Die russische Wirtschaftsproduktion erreichte erst 2007 wieder das Niveau, das sie vor dem mit dem Zerfall der Sowjetunion einsetzenden Einbruch hatte. Doch die heutige Ökonomie bleibt widersprüchlich wie zu Sowjetzeiten. Trotz der Erholung nach 1998 ist sie weiter im hohen Maße ineffizient – allein angesichts der Bandbreite unausgeschöpfter Möglichkeiten.

Andererseits ist es aber mit diesem Kurs gelungen, die Staatsverschuldung auf 9,9 Prozent gegenüber dem Bruttoinlandsprodukt zurückzufahren – im Vergleich zum Beispiel zu Staaten in der EU-Krisenzone ein Traumwert. Darüber hinaus hält

Russland im internationalen Vergleich die derzeit dritthöchsten Währungsreserven.

Und das alles trotz der Diagnose der in Wirtschaftskreisen so genannten »Holländischen Krankheit« – bei der, kurz gefasst, zu hohe Exporterlöse der Rohstoffindustrie zur Verdrängung anderer

zeit weder eine Pipeline durch den Atlantik gibt, noch eine solche technisch zu realisieren wäre. Die Mehrkosten müssten die EU-Staaten tragen. Zum finanziellen Argument gesellen sich noch zwei Sicherheitsaspekte, die sich aus der Zunahme des atlantischen Schiffsverkehrs ergeben. Im Bereich

RUSSLAND LEIDET AN DER »HOLLÄNDISCHEN KRANKHEIT«, DOCH DER PATIENT SCHEINT ROBUST ZU SEIN.

Branchen führen. Bereits 2005 warnte der damals für den Kreml arbeitende Berater Andrej Illarionow, Symptome des Leidens seien bereits erkennbar. Seitdem hat die Regierung keinerlei Behandlung eingeleitet, doch der Patient scheint robust zu sein. Obwohl Russland aufgrund der globalen Finanzkrise seit 2008 besonders kränkelte, konnte sich die Wirtschaft bis 2012 wieder erholen.

Sanktionen im Energiesektor würden aber nicht nur Russlands Hauptexport schwächen, sondern auch Europa empfindlich treffen: Im Falle eines Verzichts auf russische Öl- und Gaslieferungen müsste die EU Kompensation finden. Mit den USA und den Golfstaaten stünden Ersatzpartner bereit. Doch die Preise gerade des transatlantischen Partners dürften andere sein als die russischen: Zum einen benötigt das Frackingverfahren mehr Energie als die übliche Förderung. Zum anderen müsste die komplette Lieferung in Tankern erfolgen, da es der-

»safety« entstünde ein steigendes Risiko von Havarien und entsprechenden ökologischen Katastrophen. Im Hinblick auf »security« erhöhte sich die Gefahr terroristischer Anschläge. Dabei stünden besonders Flüssiggastanker im Fokus. Sollte ein LNG-Schiff gezielt zur Explosion gebracht werden, wäre seine Sprengkraft in der Dimension von Atombomben zu messen.

Spätestens vor diesem Hintergrund würden in der Tat wieder alte Verhaltensweisen aus Zeiten des Kalten Krieges auftauchen. In den westlichen Gremien würde man um politischer Einigkeit willen Sanktionen beschließen, an die sich bilateral mit Russland doch keiner gebunden sähe. So missfielen 1982 Washington die Bonner Bemühungen um eine Lieferung deutscher Röhren im Tausch gegen sowjetisches Gas. Ganz klar: ein Verstoß gegen das von den USA forcierte Röhrenembargo, das 1962 den Nato-Rat passiert hatte. Obwohl +

Washington auf Einhaltung drängte, setzte sich Bonn über den Beschluss hinweg. Ein Affront im Alleingang? Nicht ganz: Großbritannien hatte seinerzeit im Rat nur zugestimmt, nachdem es freie Hand im Handel mit der UdSSR erhalten hatte. Daraufhin beanspruchte Frankreich für sich, vom Beschluss entbunden zu sein, wenn Großbritannien das Embargo umgehe. Das war Bündnispolitik im Kalten Krieg.

Faktor Ideologie

Aber besteht wenigstens beim Weltbild noch die Einigkeit einer Wertegemeinschaft? Und ist diese immer noch Leuchtturm für andere Staaten? 1989 war die Antwort auf diese Frage einfach. Nach dem Zusammenbruch der sozialistischen Regierungen in Osteuropa lautete die Losung »Go West!« und fand ihren politischen Ausdruck in den Aufnahmeanträgen für EU und Nato.

Ausgehend von diesen Erfahrungen entstand in Europa der Eindruck, jedes Volk der Welt, das für mehr Demokratie, Freiheit und Würde auf die Straße geht, meint automatisch den westlichen Lebensstandard – ein fataler Irrglaube. Es waren weder die USA noch die EU, denen die Arabellion 2011 nacheiferte. Als Wahlsieger der ersten Stunde gingen in Ägypten, Tunesien und Libyen die örtlichen Filialen der Muslimbruderschaft hervor. Und deren Staatsmodell entsprang nicht der Mitte Europas sondern seinem Rand: ausgerechnet der konservativ-islamischen Türkei, der seit Jahrzehnten der EU-Beitritt verwehrt bleibt. Ausgerechnet Erdogan – neben Putin der Vor-

zeigeautokrat für deutsche Leitartikler und Feuilletonisten, wenn es ums eigene Besserfühlen geht.

Aber auch Russland ist kein programmatischer Bezugspunkt für andere Staaten mehr. Selbst wenn Putin Platzhirsch im Club der Autokraten sein mag: Dessen Gründung fand nicht in Russland statt, weshalb aufgrund fehlender Urheberrechte sich keine Franchise-Lizenzen global vermarkten lassen. Das war bei der UdSSR noch anders: Mit der Begründung, eine Ausbreitung des Kommunismus in Indochina verhindern zu müssen, verrannten sich die USA in den Vietnamkrieg. Doch wo taucht heute noch ein Funke in Russland auf, der global Revolutionen zu entzünden vermag? Der einen Che Guevara zu »Guerillakampf und Befreiungsbewegung« inspirieren könnte? Oder einen Mao zum »Langen Marsch«?

Angesichts der humanitären Katastrophen und Verbrechen, die gerade in China bei der Umsetzung der »Maozedongideen« folgten, muss die Antwort

nicht vergessen werden, dass es vor dem McCarthyismus sogar in den USA eine Zeit gab, in denen eine Kommunistenjagd undenkbar gewesen wäre. In ihrem Buch »Der Verrat im 20. Jahrhundert« erinnerte die Publizistin Margret Boveri noch 1956 an die Zeit des »New Deal« unter US-Präsident Franklin D. Roosevelt: »In den Dreißiger Jahren galt es in den Salons der New Yorker Millionäre als *chic* und in den Colleges und Universitäten als intellektuelle Ehrensache, mit den Roten zu sympathisieren.«

Heute dagegen wird sich auf der anderen Seite des Atlantiks niemand für Alexandr Dugins Träume vom »Neo-Eurasismus« erwärmen können. Mit dem Sozialismus besaß die UdSSR eine ideologische Strahlkraft, die einer global auftretenden Supermacht angemessen war. »Eurasien« dagegen ist lediglich die Antwort einer Großmacht auf die Frage ihrer Identität zwischen zwei Kontinenten. Vor allem verrät das Präfix, dass eben nur Aufgewärmtes serviert wird.

DIE SUCHE NACH DEM IDEOLOGISCHEN SCHULTERSCHLUSS DES WESTENS WIE EINST SCHEINT WIE DIE SEHNSUCHT DER ROMANTIKER NACH DEM MITTELALTER.

natürlich lauten: Zum Glück gibt es solche Funken nicht mehr. Doch damit nimmt Russland auf ideologischer Ebene nicht mehr seine einstige Rolle als Weltrevolutionsexporteur ein, dem der Westen global Einhalt gebieten musste, wenn er Freiheit als das Gegenteil von Sozialismus definierte. Aber es sollte

Wie so viel anderes: Die russisch-orthodoxe Kirche leitete nach 1990 schnell ihre Wiedergeburt ein (*siehe dazu auch den Beitrag auf Seite 42 in dieser ADLAS-Ausgabe*) und hat sich wieder als Machtfaktor etabliert. Das zu Sowjetzeiten zerschlagene Kosakentum hat seit 2009 einen vom damaligen Präsident Dmitri +

Medwedew gebildeten Rat für seine Angelegenheiten, dem wieder Atamane angehören.

Die weit verbreitete Homophobie ist dagegen kein ideologisches Kalkül – hier werden nur vorhandene Ressentiments zur politischen Rückenstärkung benutzt. Das ist illiberales Regieren, wie es Präsidenten derselben Branche ebenfalls praktizieren. Doch im Vergleich zum sowjetischen Ideal einer klassenlosen Gesellschaft und der darin angestrebten Gleichstellung aller Menschen bedeutet dies für Russland: einst Lokomotive des Fortschritts, jetzt Sackbahnhof für Zurückgebliebene.

Fazit

Die aktuelle Kalte-Kriegs-Romantik ist nicht nur eine Flucht vor der Komplexität der Gegenwart, sie verweigert auch die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Die Suche nach einem ideologischen Schulterchluss des Westens wie einst scheint wie die Sehnsucht der Romantiker nach dem Mittelalter: schöne Poesie, aber historisch voll daneben. Wer heute die großartige Einigkeit des Nato-Bündnisses vor 1989 beschwört, hat die Zeit entweder nicht miterlebt oder sich nie ausführlicher damit beschäftigt.

Die Annahme, Weltbilder und Konzepte von einst wären die Antworten auf heutige Herausforderungen, bleibt eine reflexiv unterbelichtete Sichtweise. Im Umkehrschluss bedeutet es für uns, weiterhin zähe Lagevorträge von General a.D. Beliebig ertragen zu müssen. Gemessen am Overkill des Ernstfalls sind solche rhetorischen Fallouts allerdings zu verschmerzende Opfer. ●●



Prototyp des Kalten Krieges: US-Präsident Ronald Reagan (1911 – 2004) Foto: Michael Evans/The White House

Quellen und Links:

[Analyse »Ukraine Military Dispositions« des Royal United Services Institute vom April 2014](#)

[Statistische Übersicht »Russland in Zahlen«, herausgegeben von der deutschen Botschaft in Moskau, Germany Trade and Invest und der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer vom Juli 2013](#)

[Hintergrundbericht »Warschauerpakt plante nuklearen Überfall auf Westeuropa« in der Neuen Zürcher Zeitung vom 13. August 2008](#)

[Interview mit dem Wirtschaftsberater Andrej Illarionow: »Der Staat sollte sich weniger einmischen« in der Welt vom 18. November 2005:](#)

[Gernot Erler: »Die Rußland-Politik des IWF oder das organisierte Verhängnis«, in: Gabriele Gorzka/Peter W. Schulze \(Hg.\) »Rußlands Weg zur Zivilgesellschaft«, Bremen \(Edition Temmen\) 2000](#)

[Statistiken über Europa im Ost-West-Konflikt von 1945 bis 1990 bei *historicum.net*](#)



Foto links: © Repro WDR Rechts: Der »Unabhängigkeitsplatz« in Kiew am 13. Mai 2014 Foto: Efsenyd/CC BY-SA 3.0

»ICH FÜRCHTE, DASS EINE GESTE DER UNTERWERFUNG HER MUSS.«

INTERVIEW: STEFAN DÖLLING

Osteuropaexperte Wilfried Gilge erklärt die gegenwärtige Krise um Krim und Ukraine: von den Ängsten des Kreml, dessen geopolitische Motivation, die Gefahr anhaltender Instabilität im Donbas, über den Opportunismus der Oligarchen und den neuen Machthaber in Kiew, Petro Poroschenko, bis zur Chance für die EU.

ADLAS: Herr Gilge, Sie leben derzeit in Moskau. Helfen Sie uns bitte zu verstehen, was die russische Seite in der Ukraine-Krise umtreibt? Was hat Präsident Wladimir Putin dazu bewogen, die Krim zu annektieren?

Wilfried Gilge: Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland war eine Reaktion der russischen Führung auf den Machtwechsel in Kiew, den der Kreml – ebenso wenig wie die Europäische Union – nicht voraussehen konnte. Der Annexion lagen unterschiedliche situative, außen- und innenpolitische Motive zugrunde. Ein entscheidender Grund war aber, dass der russischen Führung mit dem sang- und klanglosen Abgang des ehemaligen Präsidenten Janukowytsch unerwartet der einzige Partner abhanden kam, mit dem man eine Moskau genehme Ukraine-Politik hatte betreiben können.



Gleichzeitig formierte sich eine neue Regierung, die proeuropäisch ausgerichtet war und sich anschickte, die Ukraine aus dem Orbit der »Russkij mir« (*»Русский мир«*, zu Deutsch »Russische Welt« d. Red.) herauszuführen. Aus der Sicht des Kreml drohte vor der Haustür Russlands ein europäisches,

Ukraine in der von Putin angestrebten »Eurasischen Union« ein zentrales Erfolgskriterium für dieses Integrationsmodell, das der EU entgegengesetzt werden soll.

Der Machtwechsel in Kiew war für die russische Führung ein Schock und die Annexion der Krim

tische Einflussphären – hatte die gesellschaftliche Entwicklung in der Ukraine, mal wieder, falsch eingeschätzt und kompensierte diese Niederlage nun kurzfristig mit einer völkerrechtswidrigen Annexion, ohne die langfristigen Kosten einer diplomatischen und wirtschaftlichen Isolierung zu bedenken.

»WAS IM ERGEBNIS WIE EINE KALT DURCHGEZOGENE AKTION AUSSAH, WAR EINE VERZWEIFLUNGSTAT.«

demokratisches Projekt zu entstehen, das auch innenpolitisch für die Herrschaftselite bedrohlich sein könnte: Das Überschwappen von »Farbrevolutionen« nach Russland will der Kreml auf jeden Fall verhindern. Schließlich ist die Mitgliedschaft der

noch der letzte Hebel, um die Ukraine unter Druck zu setzen und den Einfluss in diesem Nachbarland zu wahren. Was im Ergebnis wie eine kalt durchgezogene Aktion aussah, war daher auch eine Verzweiflungstat: Der Kreml – stets fixiert auf geopoliti-

Aber was hat Putin in der angespannten Lage konkret zum Eingreifen veranlasst?

Neben dem Machtwechsel in Kiew zum Beispiel die Ernennung von Ihor Tenjuch zum Verteidigungsmini-

UKRAINE

nister der Ukraine. Das hat in Moskau alle Alarmglocken läuten lassen, da er sich in der Vergangenheit als Akteur aus dem ukrainischen Militär für einen Nato-Beitritt ausgesprochen hatte. Dazu kam wohl kurzzeitig die Sorge um Sewastopol und die Militärbasen auf der Krim. Allerdings war es vor allem eine profunde Angst vor der EU, mehr noch als vor der Nato, die Putin schließlich zum Handeln bewegte.

Putin so wichtigen Projekts. Er benötigt es nicht nur wirtschaftlich, sondern auch innenpolitisch, um die post-imperialen Phantomschmerzen der russischen Bevölkerung zu lindern. Und um es deutlich zu sagen: Ist die Ukraine draußen, verliert die Eurasische Union – dieser russische Gegenentwurf zur EU – wirtschaftlich massiv an Bedeutung!

Das wäre nicht nur ökonomisch ein Desaster für den russischen Präsidenten, denn falls die Ukraine

runge seine Entfaltung zulässt – und hat überdurchschnittlich viele exzellent ausgebildete Leute und Intellektuelle. Genau diese Leute haben ja auch auf dem Majdan für Transparenz und gegen das korrupte Regime demonstriert und wollen diesen Wandel, diese neue Chance für ihr Land.

Und was hat es mit der von Ihnen angesprochenen ideologischen Dimension auf sich?

»ES WAR VOR ALLEM EINE PROFUNDE ANGST VOR DER EU, MEHR NOCH ALS VOR DER NATO, DIE PUTIN ZUM HANDELN BEWEGTE.«

Putin hat mehr Angst vor der EU als vor der Nato?

Ja. Denn die Aufnahme der Ukraine in die Nato steht derzeit nicht auf der Tagesordnung – und das wird sich auch in nächster Zeit nicht ändern. Außerdem erteilte der ukrainische Premierminister Arsenij Jazenjuk den Rufen nach einem Nato-Beitritt schon wenige Tage nach der Regierungsbildung eine Absage und Tenjuk amtierte als Verteidigungsminister nur kurze Zeit. Eine Annäherung des Landes an die EU aber würde mittel- und langfristig nicht nur zentrale wirtschaftliche und geopolitische Projekte des Kreml gefährden, sondern insbesondere auch auf ideologischer Ebene die von Putin propagierte neue russische Gesellschaftsordnung herausfordern.

Meinen Sie die damit die »Eurasische Union«?

Unter anderem. Die Integration der Ukraine, zunächst in eine Zoll- und später in die »Eurasische Union« ist ein entscheidender Baustein dieses für

nach einem Assoziierungsabkommen mit der EU und den damit einhergehenden Transparenz- und Antikorruptionsmaßnahmen wirtschaftlich wieder auf die Beine käme, hätte das Signalwirkung und Putin ein Problem. Derzeit alimentiert er die Krim massiv und sichert sich so das Wohlwollen der Bevölkerung – aber das kann in Zukunft wieder ganz anders aussehen, und dann stellt sich die Frage, ob die Krimbewohner angesichts eines Wirtschaftsaufschwungs in der Ukraine das illegal zustande gekommene Abstimmungsergebnis immer noch akzeptieren werden.

Aber wie realistisch ist das? Zurzeit steht die Ukraine ja wirtschaftlich nicht besonders gut da.

Stimmt, aber es gibt Grundlagen für eine wirtschaftliche Genesung, auch wenn das mit einem Durchschreiten eines »Tals der Tränen« verbunden sein wird. Die Ukraine verfügt über gute ökonomische Assets, zeigt mittlerweile erste Anzeichen eines funktionierenden Mittelstandes – wenn die Regie-

Nun ja, die Eurasische Union ist mit der von Putin nachdrücklich propagierten Neuausrichtung und »Wiederauferstehung« der russischen Gesellschaft in der geopolitischen Konzeption der »Russkij mir« verknüpft. Dabei geht es grundsätzlich um eine großrussische Politikvision, die das Land als Großmacht sieht und sich auf alle »Landsleute«, das heißt russischsprachige oder mit der russischen Kultur verbundene Menschen, erstreckt.

Innenpolitisch korreliert dieses Konzept mit einem insbesondere nach der Finanzkrise propagierten »neuen Patriotismus«, der autoritäre Herrschaftsvorstellungen mit ethno-nationalistischen Tendenzen und einer Renaissance orthodoxer Werte kombiniert. Dieser Patriotismus ist als expliziter Gegenentwurf und Alternative zu unseren »westlichen« Werten konzipiert. In der Denke der »Russkij mir« und ausgehend vom dehnbaren Begriff der »Landsleute« gehören mindestens die Süd- und Ostukraine, eher aber die ganze Ukraine, vielleicht ohne Ostgalizien, zur »russischen Welt« – für die Russland wie selbstverständlich eine Führungsrolle beansprucht. +



Mit dieser, in sich übrigens ziemlich widersprüchlichen, »Russkij mir«-Ideologie hat Putin in seiner eigenen Bevölkerung in den letzten Jahren gefährliche Erwartungen geweckt, die er nun auch irgend-

Tendenzen in der russischen Öffentlichkeit gar nicht gut an. Für Putin ist also die Ukraine – neben ihrer strategischen Bedeutung – sowohl wirtschaftlich als auch ideologisch von immenser Relevanz.

Status quo der Zeit vor dem Majdan, als man über korrupte Politiker und den Gashahn die Politik der Ukraine steuern konnte, nicht mehr. Ich befürchte angesichts einiger beängstigender innerrussischer

»EINE RÜCKKEHR ZUM STATUS QUO DER ZEIT, ALS MAN ÜBER KORRUPTTE POLITIKER UND DEN GASHAHN DIE POLITIK DER UKRAINE STEuern KONNTE, REICHT NICHT MEHR.«

wie nach Innen erfüllen muss. Der »Verlust« der Ukraine ist hier für ihn extrem problematisch, da sich dadurch die Gewichte innerhalb der »Eurasischen Union« entscheidend in Richtung Asien verschieben würden – und diese Schwächung des »traditionellen ostslawischen Elements« käme vor dem Hintergrund zunehmender fremdenfeindlicher

Was bedeutet das alles konkret für die nächsten Wochen und Monate?

Wie wird Moskau weiter vorgehen?

Es geht Russland um seinen Machterhalt und die Fähigkeit zur Einflussnahme auf die Ukraine. Vermutlich reicht aber mittlerweile eine Rückkehr zum

Debatten, dass irgendein symbolischer Gewinn, eine Geste der Unterwerfung, her muss, die noch über die Annexion der Krim hinausgeht. Um das zu erreichen, wird Russland in den kommenden Wochen und Monaten alles tun, um die Ukraine weiter zu destabilisieren. Die Minimallösung für Moskau dürfte eine weitreichende »Autonomielösung« für +

UKRAINE

die Ostukraine sein, möglicherweise sogar eine sehr weit gehende á la Transnistrien.

Und was ist die Maximallösung? Ein militärischer Einmarsch mit anschließender Annexion der Ostukraine?

Das halte ich für unwahrscheinlich. Russland wird weiterhin eine unblutige Destabilisierungspolitik fahren, da der außenpolitische Preis eines Einmarsches sehr hoch wäre und die Folgen einer Invasion

tische ehemalige Partei des ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch. d.Red)? Nehmen sie beispielsweise Rinat Achmetow, den reichsten Mann der Ukraine. Er besitzt große Industriemonopole im Donbas und hat, insbesondere während Janukowytschs Amtszeit, über die »Partei der Regionen« seine Kontrolle über die regionale Politik und Verwaltung sowie über Teile der Sicherheitsbehörden zementiert. Er war somit in einer Position, in der er all seinen legalen, möglicherweise aber auch halblega-

wirtschaftliche Macht untergraben würden. Ihre derzeitige Handlungsfreiheit wäre massiv eingeschränkt, denn sie wissen ja auch genau, wie Putin mit Oligarchen verfährt, die zu eigenständig handeln.

Diese Leute haben zudem viel Geld im Westen geparkt und machen ja zum Teil auch gute Geschäfte mit Europa – tendenziell sind sie daher schon für ein Assoziierungsabkommen und den freien Zugang zu den Märkten der EU – nur eben ohne die damit einhergehenden Transparenz- und Antikorrupti-

»ICH BEFÜRCHTE ANGESICHTS INNERRUSSISCHER DEBATTEN, DASS EINE GESTE DER UNTERWERFUNG HER MUSS, DIE ÜBER DIE ANNEXION DER KRIM HINAUSGEHT.«

mit eventuellem Blutvergießen auch innenpolitisch schwer kalkulierbar sind. Es ist völlig unklar, wie die ostukrainische Bevölkerung – insbesondere die gegenüber der Kiewer Regierung zwar höchst negativ eingestellte, aber an der Zugehörigkeit zur Ukraine noch festhaltende knappe Mehrheit – darauf reagieren würde, wenn russische Truppen das Blut von Ukrainern vergießen würden. Derzeit ist die Masse der Bevölkerung, auch mangels einer ausgeprägten Zivilgesellschaft, absolut passiv und will eigentlich nur, dass die Situation irgendwie vorbeigeht. Das kann aber schnell kippen; insbesondere, da auch völlig unklar ist, wie sich die mächtigen Oligarchen zu einem russischen Einmarsch positionieren würden.

Stichwort Oligarchen. Welche Rolle spielen die bei den aktuellen Entwicklungen?

Das ist derzeit die entscheidende Frage für die Ukraine: Wie handeln die Oligarchen oder andere regionale Fürsten der »Partei der Regionen« (die zentris-

len Geschäften fast völlig ungestört nachgehen konnte. Der hat natürlich keinerlei Interesse an den Antikorruptions- und Transparenzmaßnahmen, die von der EU zur Bedingung für eine Assoziation gemacht und gerade in Kiew verhandelt werden. Das würde die Geschäfte von Leuten wie ihm massiv beeinträchtigen und möglicherweise müssten sie für die dunklen Geschäfte der Vergangenheit sogar mit Strafverfolgung rechnen. Daran haben sie natürlich kein Interesse.

Die Oligarchen sind also eher pro-russisch?

Auch nicht. Oligarchen wie Achmetow haben mehrheitlich auch kein Interesse an einem Anschluss an Russland, denn jetzt sind sie in der Ukraine die mächtigsten Männer, an denen keiner vorbeikommt – in Russland aber wäre diese Stellung gefährdet. Außerdem haben die regionalen Führer im Donbas wenig Interesse nicht nur an westlichen, sondern auch russischen Investitionen in der eigenen Region, die ihre

onsregeln. Sie wollen ihre Monopole und ihr »Geschäftsmodell« sichern – gegen die EU aber auch gegen Russland.

Am 25. Mai hat die Ukraine einen neuen Präsidenten gewählt. Wie schätzen Sie den Wahlgewinner Petro Poroschenko ein?

Zunächst hat – im Unterschied zur russischen Propaganda – Oleh Tjahnybok von der rechtsextremen Swoboda-Partei keine Rolle gespielt. Er lag ja schon in den Umfragen abgeschlagen zwischen zwei und drei Prozent. Poroschenko – der Oligarch ist einer der reichsten Männer der Ukraine – hat politische Erfahrung in Regierungsämtern gesammelt, sowohl unter Janukowytsch als auch Juschtschenko und Timoschenko. Er steht derzeit für Erfahrung und Stabilität und erfüllt damit ein derzeitiges Grundbedürfnis vieler Ukrainer. Vitaly Klitschko ist zu seinen Gunsten zurückgetreten, allerdings hat ihn das einige Sympathiepunkte auf dem Majdan gekostet, +



da das Ganze auch wieder wenig transparent in Hinterzimmern ausgehandelt wurde. Julia Timoschenko ist zwar derzeit abgeschlagen, aber abschreiben sollte man sie noch nicht. Sie ist eine im politischen Geschäft erfahrene Populistin mit viel Charisma. Diese Qualität ist zwar derzeit bei den meisten Ukrainern eher weniger gefragt, das könnte sich aber ändern, wenn sich die Krise weiter zuspitzt.

für den von den Majdan-Aktivisten angestrebten Neuanfang?

Angeichts des Wunsches nach einem Ende der Korruption und einem transparenten und demokratischen Neuanfang, den breite Teile der Bevölkerung hegen und die Majdan-Bewegung artikuliert, ist es sehr schade, dass nur »alte Gesichter« antreten wa-

noch nicht bereit fühlt und als Kiewer Oberbürgermeister erst einmal Erfahrung im politischen Geschäft sammeln will. Auf dem Majdan hat das einige Ernüchterung ausgelöst und ihn das – zumindest zwischenzeitlich – definitiv Sympathiepunkte gekostet. Andererseits: Poroschenkos starkes Ergebnis könnte die Legitimität der neuen Führung in Kiew und damit die Einheit des Landes stärken.

»DIE OLIGARCHEN WOLLEN IHRE MONOPOLE UND IHR ›GESCHÄFTSMODELL‹ SICHERN – GEGEN DIE EU ABER AUCH GEGEN RUSSLAND.«

Alle aussichtsreichen Kandidaten haben ja zu den Oligarchen gezählt, und jetzt hat auch noch einer von ihnen gewonnen. Keine guten Aussichten

ren. Der Rückzug Klitschkos aus dem Rennen ist da ziemlich kontraproduktiv, auch wenn man es menschlich durchaus verstehen kann, dass er sich

Stichwort Kiew – seit der Eskalation im Osten des Landes hört man kaum noch etwas aus der Hauptstadt. Wie ist die Stimmung dort?

+

In Kiew gibt es ganz klar das Bedürfnis nach dem Ende der Ausnahmesituation und den Wunsch nach Stabilität. Dazu gehört zunächst einmal die Entwaffnung der verschiedenen Gruppen und eine Re-Zivilisierung des öffentlichen Lebens, inklusive der Re-Etablierung des staatlichen Gewaltmonopols. Unter die offiziellen Kämpfer der »Selbstverteidigung« des Majdan, die noch friedlich auf dem Majdan ausharren und von denen keine Gefahr aus-

schung aber noch eine echte »Black Box«, die noch tiefer zu untersuchen ist.

Sicher ist nur, dass sich der »Rechte Sektor« mit seiner nationalistisch-neoheroischen Ideologie nur schwer in demokratische Strukturen einbinden lassen wird. Gleichzeitig muss man aber seine politisch eher marginale Bedeutung nüchtern einschätzen: In einer großen Wahlumfrage, die von den für solche Erhebungen führenden Kiewer sozi-

Wie lässt sich damit umgehen?

Im Prinzip braucht es eine grundlegende Reform des kompletten Sicherheitssektors, inklusive der Justizbehörden. Die derzeit von der Übergangsregierung – zunächst wenig professionell – angegangene »Lustration« der Sicherheitsbehörden ist in Bezug auf Schlüsselpositionen in Polizei und Justiz sicher sinnvoll, aber allein keine Lösung.

»DER ›RECHTE SEKTOR‹ IST IN DER FORSCHUNG NOCH EINE ECHTE ›BLACK BOX‹, DIE NOCH TIEFER ZU UNTERSUCHEN IST.«

geht, mischten sich zumindest Ende März bisweilen noch bewaffnete Leute, von denen man nicht wusste, ob sie tatsächlich dazugehören oder ob es sich um Provokateure oder einfach Kriminelle handelt. Oder ob sie Reste der »Tituschky« – der von Janukowytsch gegen den Majdan eingesetzten Schlägertrupps – sind, die ja auch ab und zu noch in Kiew agieren.

Und was ist mit dem »Rechten Sektor«?

Der ist nach einigen Zwischenfällen auf dem Majdan mittlerweile entwaffnet, aus Kiew entfernt worden und spielt in der Stadt derzeit kaum eine Rolle. Ohnehin ist es schwierig, dieses wenig homogene Konglomerat »Rechter Sektor« überhaupt richtig zu fassen und festzustellen, über wie viele Anhänger diese Organisation überhaupt verfügt. Sicher ist, dass es da viele unterschiedliche Gruppierungen und Strömungen gibt, bei denen ziemlich unklar ist, wieviel Kontrolle der nominelle Anführer Dmytro Jarosch überhaupt über sie hat. Das ist in der For-

ologischen Instituten durchgeführt wurde, kam Jarosch auf 0,9 Prozent und Tjahnybok von der »Swoboda« auf 1,7 Prozent.

Wie steht es um das staatliche Gewaltmonopol in Kiew?

Das Vertrauen der Bevölkerung gegenüber der Polizei aber auch den Justizbehörden tendiert derzeit wohl gegen Null. Ich glaube, wir haben hierzulande kaum eine Vorstellung davon, wie traumatisiert die Ukrainer – vor allem natürlich die direkt betroffenen Kiewer und die anderen Demonstrantinnen und Demonstranten aus anderen Regionen – von der massiven Gewalteskalation auf dem Majdan immer noch sind. Normale Menschen, die nur friedlich demonstrieren wollten, fanden sich dort auf einmal mit einer geradezu bürgerkriegsartigen Auseinandersetzung konfrontiert, in der die eigene Regierung ihren friedlichen Protest mit den »Berkut«-Sondereinheiten und illegalen Tituschky-Schlägern ersticken wollte. Das hat ein massives Trauma hinterlassen.

Die Gewalt auf dem Majdan – für die der staatliche Repressionsapparat und die damalige Führung unter Janukowytsch ursächlich verantwortlich sind – muss umfassend, transparent und unabhängig sowie im internationalen Rahmen, zum Beispiel unter dem Dach des Europarats, aufgearbeitet werden. So ähnlich ist es ja im Abkommen zur Beilegung der Krise vom 21. Februar, das die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens vermittelt haben, auch vorgesehen. Vielleicht braucht das Land tatsächlich eine Art »Wahrheitskommission« nach dem Vorbild von Ruanda oder Südafrika.

Mit der Aufarbeitung ist bereits begonnen worden, aber sie müsste konsequenter und transparenter im europäischen Rahmen und mit europäischer Hilfe betrieben werden. Damit die Ergebnisse nicht in Frage gestellt werden und nicht neue Mythen entstehen, die die Feinde einer demokratischen und freien Entwicklung in der Ukraine propagandistisch missbrauchen können. Außerdem kann eine transparente Aufarbeitung auch in der Ostukraine neues Vertrauen schaffen.



kurzsichtig. Denn: Die Ukraine als eigenständiges Subjekt geht in dieser Debatte unter. Dabei sind es gerade die demokratischen Potentiale des Majdan, die viel stärker in den inneren Neuaufbau der Ukraine einzubeziehen wären. Die EU ist jetzt ein wichtiger Geldgeber und hat die Möglichkeit, in kritischer Solidarität mit der Kiewer Regierung und in enger Abstimmung mit den Nichtregierungsorganisationen, die im Kontext des Majdan entstanden sind oder diesen unterstützen und die häufig sehr kompetent sind, in diese Richtung zu wirken. Das könnte noch stärker als bisher geschehen.

Wegen seines Kampfes gegen die systematische Korruption unter Janukowytsch, brachten auch viele Menschen im Osten und auf der Krim dem Majdan am Anfang der Proteste durchaus Sympathien entgegen. Und wenn es in der Korruptionsbekämpfung, der Wiederherstellung der Gewaltenteilung, des

»DAS VERTRAUEN DER BEVÖLKERUNG GEGENÜBER POLIZEI UND JUSTIZ TENDIERT DERZEIT GEGEN NULL.«

Im Osten ist die Lage sehr kritisch, Russland lässt nicht gerade erkennen, dass es alles täte, um die Destabilisierung zu bremsen – was kann da die EU tun?

Wichtig ist, dass die EU erkennt, dass der Schlüssel zu einer Lösung des Konflikts in der Ukraine selbst liegt. Diese Tatsache wird in der öffentlichen Diskussion in Deutschland über die neue drohende Konfrontation zwischen Russland und dem Westen oft vergessen. Das ist nicht zuletzt wegen der weiterhin ausgesprochen destruktiven Ukraine-Politik Russlands zwar verständlich, aber einseitig und

Aufbaus einer unabhängigen Richterschaft oder in der Rechts- und Investitionssicherheit für kleine und mittlere Unternehmer – durch Zurückdrängung der Vetternwirtschaft – sichtbare Erfolge gibt, dann eint dies die ganze Ukraine. ●●●

Wilfried Jilge, Jahrgang 1970, ist Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig. Er hat in Mainz Osteuropäische Geschichte, Slawistik und Volkswirtschaft studiert, inklusive eines achtmonatigen Studienaufenthalts in Simferopol auf der Krim. Er hat mehrere Jahre in der Ukraine gelebt und geforscht. Zurzeit lebt und arbeitet er in Moskau.

Quellen und Links:

Reportage »Zwischen Chaos und Krieg. Wer zerstört die Ukraine?« des WDR vom 19. Mai 2014

Wilfried Jilge: »Es geht nicht um die Krim, sondern um die Ukraine – Anmerkungen zur Politik Russlands gegenüber der Ukraine«, in den Arbeitspapieren zur Internationalen Politik und Außenpolitik der Universität Köln, Ausgabe 1/2014

außerdem:

Wilfried Jilge: »Was treibt Russland? Zum Hintergrund der Ukraine-Krise«, Seite 183–195 in:

Juri Andruchowysch (Hg.):

»Euromaidan. Was in der Ukraine auf dem Spiel steht«

Frankfurt (Suhrkamp) 2014, 207 Seiten, 14,00 Euro





KRIEGSSPIELE UND VORAHNUNGEN

VON ANNA PRZYBYLL

Die Konfrontation zwischen Russland und der Nato in der jüngsten Krise um die Ukraine und die Halbinsel Krim hatte bereits Ende 2013 ihre Schatten vorausgeworfen: Auf beiden Seiten der Grenze zwischen Polen und Weißrussland fanden große Manöver statt – die in Warschau vor allem alte Ängste widerspiegeln.

Die Soldaten, die auf dem Truppenübungsplatz in Drawsko Pomorskie in Pommern am Nato-Manöver »Steadfast Jazz« teilnehmen, wohnen am Rande eines Waldes in Zelten, mit Sicht auf den Munitionsbunker und den Maschinenpark. Drei Tage vor dem offiziellen Manöverbeginn am 2. November übt jede Truppe aus den 31 Ländern noch alleine: Gegen 11 Uhr machen sich die Ukrainer schon fürs Mittagessen fertig, während die Litauer erst ihre Transporter starten und die Amerikaner fleißig das Schießen ihrer Panzerabwehr üben. Die Polen wollen wegen der Anwesenheit wichtiger Bündnis-Offizieller den besten Eindruck machen: Sie haben Raketenartillerie nur zur Schau aufgestellt, obwohl diese gar nicht an dem Manöver teilnimmt.

Polnische Soldaten stehen Wache auf dem Manövergelände in Drawsko Pomorskie, 2. November 2013. Foto: Nato/Jan Houding

POLEN I

Eine Gefechtsübung mit den neuesten polnischen Kampfpanzern läuft prima. Danach kommt noch eine unerwartete Aufgabe für die Panzersoldaten – das Reinigen von »Leoparden« unter Feldbedingungen. Das Szenario lautet: Eine Kraftstoffpumpe ist kaputt gegangen. Die Konstrukteure des deutschen

heranzufahren und in wenigen Minuten hängt die Antriebsmaschine in der Luft. Viele der Soldaten kennen noch von früher den sowjetischen Kampfpanzer T-72. Sie wundern sich manchmal auch heute noch, dass der Ausbau der Pumpe 30 Minuten dauert, nicht drei Tage.

Militärbündnis der »Russisch-Weißrussischen Union« Ende September 2013 ein gemeinsames Großmanöver durchgeführt, 22.000 russische und weißrussische Soldaten sind direkt beteiligt gewesen – jedenfalls nach offiziellen Angaben. Warschau hat das mit einem wachsenden Bedrohungsgefühl wahr-

POLEN FÜHLT SICH AUCH DESHALB BEDROHT, WEIL ES DEN EINDRUCK HAT, DEN PREIS SEINER VERTEIDIGUNG ZUNEHMEND SELBST TRAGEN ZU MÜSSEN.

Kampfwagens haben die Pumpe ganz unten im Motor platziert. Das ist aber nicht besonders problematisch, weil sich der Motor binnen 15 Minuten aus dem »Leopard 2A4« ausbauen lässt. Es genügt, vier riesengroße Schrauben abzuziehen, mit einem Kran

»Steadfast Jazz« ist mit 6.000 teilnehmenden Soldaten das größte Nato-Manöver seit 2006 gewesen. Und es scheint wie eine Antwort auf militärische Übungen auf der anderen Seite der polnischen Grenze: Unter dem Namen »Sapad-2013« hat das

genommen, sah die Übung doch aus seiner Perspektive so aus, als ob Moskau einen Angriff auf Polen und das Baltikum probte. Ein Bedrohungsgefühl, das nicht zuletzt auch die jüngste Krise in der Ukraine und auf der Krim schürt.

»Sapad« bedeutet im Russischen »Westen«, seit Beginn des Kalten Krieges schon war der Name eine Bezeichnung großangelegter Übungen der sowjetischen Marine gewesen. Zuletzt hatte diese Großübung vor fünf Jahren im September auf der Ostsee und auf dem Festland unter dem Namen »Sapad-2009« stattgefunden. Russland übte damals eine amphibische Landung in der Nähe von Baltijsk im Oblast Kaliningrad, dem ehemals ostpreußischen Pillau. Der lettische Verteidigungsminister Imants Liegis betrachtete dieses Manöver als Übung zu einer Invasion der baltischen Nato-Staaten. Auch Estlands Präsident Toomas Hendrik Ilves zeigte sich sehr beunruhigt und verlangte damals schon den Beistand der atlantischen Bündnispartner.

Polen fühlt sich auch deshalb bedroht, weil es den Eindruck hat, den Preis seiner Verteidigung zunehmend selbst tragen zu müssen. Während die EU sich über eine echte gemeinsame Verteidigungspolitik nicht einigen kann und die Mehrheit der +



Sichern gen Osten?
Polnische Kampfpanzer
in Verteidigungs-
stellung auf dem
Manövergelände in
Drawsko Pomorskie, 31.
Oktober 2013

Foto: Nato/Madis Veltman

Unionsmitglieder ihre Militärausgaben drosseln, hat Russland 2010 ein massives Aufrüstungsprogramm ins Leben gerufen und plant zwischen 2011 und 2020 den Gegenwert von fast 650 Milliarden US-Dollar für seine Streitkräfte auszugeben. Hinzu kommt, dass in der Rhetorik der russischen Führung die Nordatlantische Allianz als Gegner erscheint und nun »Sapad-2013« quasi an die Pforte des Nato-Partners Polen geklopft hat.

Wie als Reaktion hat die Allianz nun vom 2. bis 9. November 2013 ihre Übung »Steadfast Jazz« durchgeführt. Sie hat auf den Staatsgebieten Estlands, Lettlands, Litauens und, in erster Linie, Polens stattgefunden, also fast genau gegenüber dem Manövergelände von »Sapad-2013«. Die 6.000 Soldaten von 31 Bündnis- und Partner-Nationen, darunter auch die Ukraine, haben die Abwehr eines militärischen Angriffs auf Mitgliedsstaaten der Nato mit Hilfe der neu aufgestellten »Nato Response Force« geübt. Das ist etwas Bemerkenswertes, denn die Allianz hat sich zum ersten Mal seit 1993 – seit der letzten

und den drei baltischen Republiken hat Westeuropa überhaupt den Übungen »Sapad-2013« und »Steadfast Jazz« nicht viel Aufmerksamkeit geschenkt. Das haben auch Militärexperten beobachtet, unter ihnen Thomas Wiegold, verteidigungspolitischer Journalist in Berlin. In seinem Blog *Augen geradeaus!* hat er zu einer Analyse des »Ośrodek Studiów Wschodnich« (Zentrum für Östliche Studien) in Warschau zu »Sapad-2013« verlinkt, auf die ihn eine Leserin aus Warschau aufmerksam gemacht habe. »In den deutschen Medien fand das nach meiner Beobachtung gar nicht statt«, so der Insider der deutschen verteidigungspolitischen Community.

Eine größere Reaktion auf das Manöver des westlichen Bündnisses war denn auch bei Thinktanks außerhalb Deutschlands zu finden. Laut Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen habe sich die Übung zwar nur »um ein fiktives Szenario in einem fiktiven Land« gedreht – aber wie Bryce White, geopolitischer Analyst des Centre for Research on Globalization in Kanada, geschrieben hat, »ist es

lich 70.000 Soldaten, wenn man die russischen Truppen aus anderen Militärdistrikten hinzuzählt, die indirekt an der Übung Teil hatten«, stellt die einflussreiche konservative amerikanische Denkfabrik The Heritage Foundation über die ganze Übungsreihe fest und fährt fort: »Viele im Baltikum sehen Russlands »Sapad-Manöver« durch die Brille von fünf Jahrzehnten sowjetischer Besetzung und der jüngsten russischen Invasion, und anschließender Besetzung, von 20 Prozent der Republik Georgien. Das erklärt die Besorgnis in den baltischen Staaten über Russlands Motive.«

Ein Senior Associate bei Carnegie Europe hat beobachtet, dass »»Steadfast Jazz« in der Zeit einer wachsenden Kluft zwischen Deutschland und Frankreich über Verteidigungs- und Sicherheitsfragen« stattgefunden habe. »Der deutsche Beitrag zu »Steadfast Jazz« ist erstaunlich niedrig, zumal die Sicherheit und Stabilität Polens und der baltischen Staaten im besonderen strategischen Interesse Berlins liegen sollte. Es zeigt eine wachsende Gleichgültigkeit der

»VIELE IM BALTIKUM SEHEN RUSSLANDS »SAPAD-MANÖVER« DURCH DIE BRILLE VON FÜNF JAHRZEHNTE SOWJETISCHER BESETZUNG.«

»Reforger«-Übung – in einem Manöverszenario auf Artikel 5 des Nordatlantikvertrags, die Klausel zur gemeinsamen Bündnisverteidigung, berufen.

Deutschland – als größter und eigentlich vertrautester Nato-Partner Polens in Europa – schickte nur 55 Militäranghörige. Ganz im Gegensatz zu Frankreich, das mit 1.200 Soldaten präsent war. Warschau fühlt sich daher verunsichert, ob die Bundeswehr im Falle eines Angriffs aus Osten das polnische Territorium verteidigen wird. Außer Polen

keine Übertreibung zu sagen, dass das Manöver eine russische Invasion Polens simuliert.« Eine Meinung, der sich auch Stefan Hedlund vom Zentrum für Russische und Eurasische Studien an der Universität Uppsala in Schweden anschließt: »Es kann kaum Zweifel daran geben, dass der Zweck von »Steadfast Jazz« darin besteht, zu signalisieren, dass man bereit sei, eine russische Invasion abzuwehren.«

»»Sapad-2009« simulierte einen Atomangriff auf Warschau, und »Sapad-2013« umfasste wahrschein-

Deutschen gegenüber Verteidigungs- und Sicherheitsfragen, egal ob sie mit der Nato oder der EU zusammenhängen«, kommentierte Judy Dempsey, die Chefredakteurin des Blogs *Strategic Europe*.

In der polnischen Presse hat man die These aufgestellt, Deutschland habe auf russischen Druck hin nur die symbolische Beteiligung von 55 Bundeswehrangehörigen für die Übung in Polen abgestellt. »Das ist umso merkwürdiger, als dass bis vor kurzem Deutschland ein großes Manöver mit Russland ge-

POLEN I

plant hat, wohin das Land mehrfach so viele Soldaten schicken wollte«, sagte Janusz Zemke, stellvertretender Verteidigungsminister Polens von 2001 bis 2005.

In der Tat betrachten die Polen mit Argwohn das seit 2006 bestehende Austauschprogramm für die Bundeswehr und die Streitkräfte Russlands. Allerdings erklärte das Auswärtige Amt schon im März 2013, die Bundesrepublik habe ihre Teilnahme an einer für den vergangenen Sommer angekündigten, dreiwöchigen Militärübung »zur Vernichtung von Terroristen« der russischen Streitkräfte wieder abgesagt. Der *Spiegel* vermutete, das deutsche Außenministerium habe befürchtet, osteuropäische Partner wie Polen mit einer allzu engen Zusammenarbeit mit Russland zu verärgern. Das Bundesverteidigungsministerium allerdings habe kurz nach der Terminverschiebung bestätigt, dass die abgeblasene Übung nun für 2014 vorgesehen sei. Mittlerweile aber, so heißt es

aus dem Ministerium, sei aufgrund der Ukraine- und Krim-Krise aber auch das wieder »auf Eis gelegt«.

Das wohl wichtigste Zeichen für gute deutsch-russische verteidigungspolitische Beziehungen ist allerdings ein hochmodernes Gefechtsübungszentrum in Mulino an der Wolga, das vom Rüstungskonzern Rheinmetall gebaut wird. Die Anlage kann beliebige taktische Situationen auf dem Gefechtsfeld simulieren und jährlich bis zu 30.000 Soldaten schulen. Angesichts der außenpolitischen Spannungen zwischen EU und Russland während der Krim-Krise hält die Bundesregierung die konkrete Ausfuhr der Anlage allerdings für »nicht vertretbar«. Sie behält sich »im Licht der weiteren Entwicklungen gegebenenfalls notwendige Schritte« vor, wie ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums gegenüber *ADLAS* erklärte.

Kanzlerin Angela Merkel scheint sich also dessen bewusst zu sein, dass alles, was nach deutsch-

russischer Waffenbrüderschaft aussieht, in Warschau vor allem alte Ängste weckt. Der Hitler-Stalin-Pakt von 1939, der Polen zwischen dem Dritten Reich und der UdSSR heimlich teilte, und die Kollaboration von Reichswehr und Roter Armee in den 1920 Jahren sind dafür die berühmtesten Symbole. ●●●

Anna Przybyll promoviert an der Fakultät für Journalismus und Politikwissenschaft der Universität Warschau.

Quellen und Links:

[Bericht »NATO Prepares for War with Russia? Operation ›Steadfast Jazz‹ and the Perpetual Cold War« des Centre for Research on Globalization vom 6. November 2013](#)

[Reportage »Jazz na poligonie« der polnischen Wochenzeitschrift Polityka vom 5. November 2013 \[Text in polnischer Sprache\]](#)

[Analyse »Steadfast Jazz 2013: U.S. Lackluster Contribution Undermines U.S. Interests in Eastern Europe« der Heritage Foundation vom 1. November 2013](#)

[Bericht »What Nato's Steadfast Jazz Exercises Mean for Europe« der Carnegie Endowment for International Peace vom 31. Oktober 2013](#)

[Analyse »Manöver Zapad: Russland lässt die Muskeln spielen« von Stefan Hedlund, Zentrum für Russische und Eurasische Studien an der Universität Uppsala, Schweden, bei WorldReview.info am 28. Oktober 2013](#)

[Analyse »›West 2013‹: the Belarusian and Russian armies' anti-Nato integration exercises« des Ośrodek Studiów Wschodnich \(Zentrum für Östliche Studien\) in Warschau vom 25. September 2013](#)

[Meldung »Abgesagte Militärübung« von Spiegel Online vom 18. März 2013](#)



Angriffsplanungen für das Baltikum? Übung einer amphibischen Operation während des russisch-weißrussischen Manövers »Sapad-2013« an der Küste der russischen Exklave Kaliningrad.

Foto: kremlin.ru



SPALTPILZ

VON DANNY CHABHOUNI

Angela Merkels Krisentelefonat mit Wladimir Putin markiert einen bezeichnenden Momente der andauernden Krise um die Ukraine. Das Urteil der Kanzlerin nach dem Gespräch: Russlands Präsident leide an Realitätsverlust. Wagt man eine Analyse der russischen Politik in der Ära Putin, so muss man sich allerdings eher fragen, ob nicht gerade der Westen zu lange schon den Sinn für geopolitische Realität verloren hat.

Seit seinem Amtsantritt versucht der russische Präsident Wladimir Putin, den Graben zwischen Europa und den USA zu verbreitern. Schon in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag im September 2001 artikuliert er seine geopolitische Vision, Europa enger an Russland zu binden und die USA, schon allein aus geografischen Gründen, in Zukunft als nebensächlichen Partner zu betrachten. Mit Gerhard Schröder hatte er auf deutscher Seite dafür zumindest einen verlässlichen Handelspartner gefunden.

Was zunächst rein wirtschaftspolitisch relevant schien, bekam spätestens mit dem Bau der Ostsee- +

Pipeline auch eine geopolitische Dimension. 2005 mahnten Polen und die baltischen Länder, dass Russland durch energiepolitische Mittel versuchen könnte, einen Keil zwischen EU und Nato zu treiben.

Historisch bedingt war das Misstrauen bei diesen osteuropäischen Staaten, die erst wenige Jahre zuvor ihre Unabhängigkeit wieder erlangt hatten, dem großen Nachbarn im Osten gegenüber stärker als bei ihren westeuropäischen Partnern ausgeprägt. Es verwundert daher nicht, dass die ehemaligen Satellitenstaaten der UdSSR der Nato beitraten und dort die Linie der USA unterstützten, was vor allem während des Irak-Krieges 2003 deutlich wurde.

Auch die Raketenabwehrpläne George W. Bushs fanden in Zentral- und Osteuropa größere Zustimmung als in den weiter westlich gelegenen Nato-Staaten, versprach man sich doch von der Präsenz amerikanischer Soldaten eine zusätzliche Rückversicherung. Die aktuelle Krise zeigt, dass die Ängste in diesen Staaten nicht ganz unbegründet waren.

Für die Nato spielte die klassische Bündnisverteidigung aber weiterhin nur eine untergeordnete Rolle. Die Gegner saßen nicht an den Ostgrenzen des Bündnisses, sondern in Afrika und im Nahen Osten. Nato-Generalsekretär Rasmussen schloss erst im Oktober

Bei genauerer Betrachtung der russischen Sicherheitspolitik seit dem Amtsantritt Putins ist die Krise jedoch eine »Eskalation mit Ankündigung«. Die Indizien für die russischen Pläne finden sich in den Militärdoktrinen von 2000 und 2010. Laut dieser Richtlinien werde die Bedrohung oder Diskriminierung russischer Staatsbürger, die auf dem Territorium fremder Staaten leben, als Bedrohung der nationalen Interessen Russlands wahrgenommen. Die so eingeführte Schutzverantwortung für russische Minderheiten liefert Moskau die Legitimation für Militäroperationen wie gerade eben auf der Krim oder vor knapp sechs Jahren in Georgien.

Die neuen Nato-Staaten, in denen große russische Minderheiten leben, haben diese unausgesprochene Drohung sehr ernst genommen. Die Befürchtung, dass innere Unruhen einen Einmarsch aus Russland provozieren könnten, wurde erstmals offenkundig, als die estnische Regierung in der Hauptstadt Tallinn 2007 ein sowjetisches Militärdenkmal für Gefallene des Zweiten Weltkriegs versetzte. Die Folge: massive Ausschreitungen aufgebracht Russen und ein mehrere Tage andauernder Cyber-Angriff auf Regierungswebseiten und Behörden, der das öffentliche Leben in dem hoch digitali-

Moskau zeigte spätestens seinerzeit mit dem Einmarsch in die abtrünnige georgische Provinz Südossetien, bei dem auch ein Teil des georgischen Kernlandes besetzt wurde, dass Militär nach wie vor probates Mittel russischer Außenpolitik ist. Dabei waren die internationalen politischen Konsequenzen für Russland 2008 eher gering. Es blieb bei Protestnoten aus dem Westen und einer kurzzeitigen Suspendierung des Nato-Russland-Rates. Vor der Welt rechtfertigte Russland seine Intervention bereits damals mit dem Verweis auf den Kosovokrieg, der aus der Sichtweise Moskaus eine völkerrechtswidrige Intervention der Nato-Staaten dargestellt habe. Eine ähnliche Situation wie vor dem Fünftagekrieg ergibt sich gegenwärtig auch in der von Moldawien abtrünnigen Provinz Transnistrien, die jüngst sogar einen Antrag auf Aufnahme in die Russische Föderation gestellt hat.

Weniger medial präsent und von westlichen Analysten oft belächelt, waren in der jüngsten Vergangenheit verschiedene Maßnahmen des russischen Militärs, die die Fähigkeit zur Machtprojektion beweisen sollten. So befahl Putin bereits 2007, Patrouillenflüge mit Langstreckenbomben wieder aufzunehmen, und kündigte eine Dauerpräsenz der rus-

DIE AKTUELLE KRISE ZEIGT, DASS DIE ÄNGSTE BEI DEN OSTEUROPÄISCHEN NATO-PARTNERN SCHON ANFANG DER 2000ER NICHT GANZ UNBEGRÜNDET WAREN.

aus, dass Europa erneut Schauplatz eines Krieges werden könnte. Es wirkt nahezu ironisch, dass nur fünf Monate später der selbe Generalsekretär eine erhöhte Militärpräsenz in Polen und im Baltikum ankündigt und von »aggressivem, feindlichen Verhalten Russlands« im Kontext der Ukraine-Krise spricht.

sierten Land stark beeinträchtigte. Zwar konnte eine direkte Beteiligung des Kreml niemals nachgewiesen werden. Ähnliche Attacken über das Internet trafen jedoch ein Jahr später auch Georgien während des »Fünftagekrieges« mit Russland im August 2008.

sischen Marine im Mittelmeer an. Dafür verhandelte Russland sogar mit Zypern über die Möglichkeit, einen Marinestützpunkt in unmittelbarer Nachbarschaft der dortigen britischen Garnisonen zu eröffnen. Im selben Jahr kündigte Russland ebenfalls seinen Rückzug aus dem Vertrag über konventionelle +

Streitkräfte in Europa (KSE) an – offiziell, weil die Nato durch die Osterweiterung selbst die Rüstungsbegrenzungen des Abkommen nicht eingehalten hätte. Aus russischer Sichtweise sei letzterer Umstand ein weiteres Glied in einer ganzen Kette gebrochener

Neben wirtschaftlichen und politischen Gründen für diese Haltung der Westeuropäer wurden bis vor kurzem allerdings auch die operativen Fähigkeiten der russischen Armee nicht sehr gut eingeschätzt. Seit 2008 findet jedoch eine großangelegte Militärreform

Affäre und der unrühmlichen »Fuck the EU«-Auslassung einer US-Spitzendiplomatin die transatlantischen Verwerfungen – zumindest temporär – schwächer geworden sind. Wladimir Putin hat damit das Gegenteil von dem erreicht, was er ur-

WLADIMIR PUTIN HAT EIGENTLICH DAS GEGENTEIL VON DEM ERREICHT, WAS ER URSPRÜNGLICH WOLLTE.

Versprechen des Westens, die eigentlich das Fundament für die Friedensordnung Europas nach dem Ende des Kalten Krieges hätten bilden sollen.

Brisanter als diese eher symbolträchtigen Maßnahmen war dagegen 2013 das Eindringen russischer Kampfflugzeuge in den schwedischen Luftraum in der Nacht zum 29. März, mit dem Russland Angriffe gegen militärische Ziele in dem Land simulierte. Im Dezember letzten Jahres war es dann die russische Marine, die in den Moray Firth, einen Meeresarm im Norden Schottlands, eindrang und die Royal Navy bloßstellte, da diese nicht zeitnah reagierte.

Die Kette von Beispielen lässt sich weiter fortsetzen: Die Stationierung von Kurzstreckenraketen in der Exklave Kaliningrad, die Übungsreihe »Sapad«, die unter anderem den Einsatz von Nuklearwaffen gegen Polen vorsah, oder russische Versuche den INF-Vertrag zur Beseitigung von nuklearen Mittelstreckenwaffen zu umgehen beziehungsweise gänzlich zu suspendieren. Die Sorgen, die die russischen Provokationen in den östlichen Nato-Staaten erzeugten, haben deren westliche Verbündete kaum geteilt. In der Russland-Frage ergab sich so quasi eine Spaltung der Nato. Die Ernüchterung bei den neuen Mitgliedsstaaten, vor allem im Hinblick auf die USA und ihre revidierten Raketenabwehrpläne, war daher umso größer.

statt, der vor allem die schlechte Performance der russischen Armee im Fünftagekrieg zugrunde lag. Bis 2020 soll nicht nur ein Großteil des Geräts, welches überwiegend noch aus Sowjetzeiten stammt, erneuert, sondern auch eine Reorganisation des Personalwesens und der Einsatzzkonzeption durchgeführt sein.

Der Kulminationspunkt der russischen Versuche, Europa und die USA zu entzweien, ergab sich im letzten Jahr in der Gestalt Edward Snowdens. Die Asylgewähr für den NSA-Whistleblower muss als strategischer Schachzug Putins gelten. Für den russischen Präsidenten kamen Snowdens Enthüllungen zum richtigen Zeitpunkt: Er konnte die fortwährenden Veröffentlichungen nutzen, um kurz vor Beginn der Verhandlungen für das transatlantische Freihandelsabkommen das Verhältnis zwischen den USA und Europa zu strapazieren.

Die westliche Reaktion auf Drohungen, Provokationen und Verletzungen des Völkerrechts durch Russland blieb jedoch durchweg ohne größere Konsequenzen – sei es, weil man sie für postimperiale »Zuckungen« hielt, die Entschlossenheit Putins falsch einschätzte, oder einfach das Gespür für interessen geleitete Machtpolitik verloren hatte.

Diesmal ist die Situation jedoch anders, was vor allem daran ersichtlich ist, dass trotz der NSA-

sprünglich wollte. Die in seiner Rede vor dem Bundestag vor 13 Jahren beabsichtigte verstärkte Bindung Europas an Russland ist zumindest kurzfristig in weite Ferne gerückt .

...

Danny Chahbouni *studiert Geschichte und Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg* .

Quellen und Links:

[Bericht »Schweden und Finnland auf dem Weg zur Nato?« der Deutschen Welle vom 1. April 2014](#)

[Rede von Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen am 21. März 2014](#)

[Bericht der Stiftung Wissenschaft und Politik über die Modernisierung der russischen Streitkräfte vom Dezember 2013](#)

[Kommentar »Poland, Nato and the Return of History« von John R. Schindler in The National Interest vom 31. Oktober 2013](#)

[Rede von Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen am 11. Oktober 2013](#)





PUTINS POTEMKINSCHES PANZER

VON STEFAN DÖLLING

Unter dem Slogan »Novyi oblik« – zu Deutsch »Neue Erscheinung« oder »Neue Aufmachung« – reformiert Russland seit 2008 seine Streitkräfte. Es präsentiert die anscheinend wiedergewonnene militärische Potenz alljährlich auf Paraden und nicht zuletzt bei der Besetzung der Krim. Doch der Schein trügt: Hinter der Fassade des gebotenen Militärtheaters fehlt dem russischen Militär die Substanz für einen »Kalten Krieg 2.0«. +



Russische Fallschirmjäger vor einer ukrainischen Militärbasis bei Perevalne auf der Krim, 9. März 2014.

Foto: Anton Holoborodko/[CC BY-SA 3.0](#)

Vorige Seite: Russlands jüngste Panzeranschaffung, der T-72B3, auf der Maiparade 2014 in Nischni Nowgorod.

Foto: Vitaly Kuzmin/[CC BY-SA 3.0](#)

»Kleine grüne Männchen« sind sie genannt worden: Als die ersten Bilder vom Einsatz russischer Truppen auf der Krim auftauchten – damals noch bemüht inkognito, mit Gesichtsmasken und ohne Hoheitsabzeichen – kommentierten auch Experten diese noch mit Hohn. Es könne sich bei den einheitlich uniformierten, gut ausgebildeten und -gerüsteten Soldaten gar nicht um Russen handeln, denn die wären bekanntlich niemals einheitlich uniformiert oder gar diszipliniert.

Die Äußerungen basierten auf Sehgewohnheiten, die wir seit den 1990er Jahren in Bezug auf die russische Armee entwickelt haben. Die Aufnahmen zusammengewürfelter, kaum an eine organisierte Streitkraft erinnernder Truppen mit desolater Technik haben seither unsere Perspektive geprägt und – +



Neue Besen kehren gut? Am 9. Mai 2009 nimmt der russische Verteidigungsminister Anatoli Eduardowitsch Serdjukow, der erste Zivilist im Amt, bereits zum dritten Mal seit seiner Bestellung am 15. Februar 2007 die große Siegesparade in Moskau ab.

Serdjukow stolperte schließlich über Vorwürfe der Vorteilsnahme und wurde am 6. November 2012 von Präsident Putin entlassen. Dennoch ist er bis heute derjenige Chef des Verteidigungsressorts im Kreml, der den Posten am längsten bekleidete.

Foto: Marina Lystseva/[CC BY-SA 3.0](#)

DIE RUSSISCHE ARMEE HATTE VOR WENIGER ALS ZEHN JAHREN EINEN PUNKT ERREICHT, AN DEM IHRE FÄHIGKEIT ZUR LANDESVERTEIDIGUNG IN FRAGE STAND.

noch im Russisch-Georgischen Krieg 2008 – auch immer wieder bestätigt.

Entsprechend groß war nun die Überraschung, als diese Seherwartungen auf der Krim nicht nur nicht erfüllt, sondern scheinbar durch die – vermeintlich eindeutig durch Bilder belegten – neuen Realitäten über Nacht obsolet wurden. Die Aufnahmen von den modernen geschützten »Tigr«-Radfahrzeugen, gepanzerten Mannschaftstransportern

mit frischem Farbauftrag und neuen Reifen, von funktionierenden Hubschraubern sowie Soldaten mit modernen Schutzwesten, -helmen und einheitlichen Uniformen schienen eine eindeutige Sprache zu sprechen: Die russische Armee ist wieder genesen! Hat nicht Wladimir Putin genau das seit Jahren angekündigt?

Ja, das hat er, aber wir und unsere »Experten« gehen offenbar derselben Inszenierung neu gewon-

nener militärischer Stärke auf den Leim, mit der der russische Präsident seit 2008 unermüdlich versucht, die postsowjetisch-imperialen Phantomschmerzen seiner Landsleute zu lindern. Psychologisch ist diese Reaktion durchaus erklärbar. Werden Erwartungen und daran gekoppelte, vermeintliche Gewissheiten nachhaltig erschüttert, so suchen Menschen instinktiv nach Erklärungsalternativen, die besser zu den anscheinenden neuen Realitäten passen. +



Schaulaufen: Seit 2008 nutzt die russische Armee die jährlichen Maiparaden wieder zur Präsentation ihrer modernsten Technik. Von den hier 2013 auf dem Roten Platz präsentierten, modernen Kampfpanzern T-90A (links) besitzt Russland allerdings gerade einmal 350 Exemplare – rund 80 Prozent der restlichen 2.550 einsatzbereiten Panzer stammen aus den 1970er und 1980er Jahren. Und auch von den geschützten Fahrzeugen vom Typ GAZ »Tigr« (rechts), die auch auf der Krim zum Einsatz kamen, befinden sich vermutlich kaum mehr als 100 Exemplare im Arsenal. Fotos: Vitaly Kuzmin/CC BY-SA 3.0

Nichts erschüttert diese Gewissheiten so grundlegend wie Bilder, mit denen wir immer noch, obgleich wir es mittlerweile eigentlich besser wissen müssten, instinktiv und oft unterbewusst eine hohe Aussagekraft, ja gar ein objektives Abbild der Realität verbinden. Nicht umsonst bildet die Erforschung der »Macht der Bilder« samt obligatem »Visual Turn« seit gut 20 Jahren einen mächtigen Trend in den Geisteswissenschaften.

Insbesondere deutsche Sicherheitsexperten mit Bundeswehrhintergrund scheinen angesichts der Bilder der Ukraine Krise anfällig für die Übernahme der Putinschen Narration der neuen russischen Stärke. Denn gerade sie haben angesichts des mit zweifelhafter Fortune betriebenen »Umbaus der Streitkräfte« über die Jahre zunehmend das ungute Gefühl eigener militärischer Schwäche entwickelt, häufig gepaart mit nostalgischen Reminiszenzen an

die Zeit des »Kalten Krieges«, als die Bundeswehr noch eine »richtige« Armee war.

Die zum Teil nahe an der Grenze zur Hysterie vorbeischnappenden Medienbeiträge von Experten und »Experten« in den vergangenen Wochen und Monaten zum vermeintlichen »Kalten Krieg 2.0« – inklusive der vorhersehbaren Forderungen nach Wiedereinführung der Wehrpflicht und der Erhöhung der Verteidigungsausgaben – sind also psy- +



»Neue Aufmachung«: Während seit 2008 opulente Paradeuniformen mit zaristischen Anklängen das Bild der russischen Streitkräfte prägen (links), bringt die Armee ihre Infanterie mit dem Programm »Ratnik« (»Kämpfer«) ins 21. Jahrhundert – zumindest in ausgewählten Einheiten. Fotos: rostec.ru (links), Vitaly Kuzmin/[CC BY-SA 3.0](#) (rechts)

WIE STEHT ES ABSEITS DER BILDGEWALTIGEN INSZENIERUNG MILITÄRISCHER STÄRKE AUF DER KRIM UND DEN MAIPARADEN UM DIE RUSSISCHEN STREITKRÄFTE?

chologisch und bildtheoretisch durchaus erklärbar. Erstaunlich ist allerdings, dass auch über zwei Monate nach der Besetzung der Krim sowohl in der Presse als auch in den einschlägigen Foren der sicherheitspolitischen Community kaum der Versuch erkennbar ist, das Gesehene einmal mit dem bisher

vorhandenem Wissen über den Zustand der russischen Streitkräfte abzugleichen.

Am fehlenden Material kann das nicht liegen, denn kaum eine Armee und deren Entwicklung ist in den vergangenen Jahrzehnten so ausführlich beobachtet und erforscht worden wie die russische.

Wie steht es also abseits der bildgewaltigen Inszenierung militärischer Stärke auf der Krim und den Maiparaden heute um die russischen Streitkräfte? Die kurze Antwort ist: besser als in den 1990ern, aber für uns gefühlte Gegner im Westen noch lange kein Grund zur Panik. +

MILITÄRREFORM

Um die derzeitige Lage der russischen Streitkräfte besser zu verstehen, hilft zunächst ein Blick zurück in die jüngere Vergangenheit. Nach dem Ende der UdSSR übernahm die neugegründete Russische Föderation zunächst 2,7 Millionen Soldaten der Sowjetarmee, einen Großteil des Geräts und alle damit verbundenen Probleme. Fast eine halbe Million Soldaten, die außerhalb der alten und der neuen Staatsgrenzen stationiert gewesen waren, kehrten heim

ohne realen Einsatzwert weiter einen neuen »Großen Vaterländischen Krieg« vor, während analog zur personellen Entwicklung die Streitkräfte auch in technischer Hinsicht völlig verrotteten. Anfang der 2000er Jahre waren beispielsweise bei der Luftwaffe – sogar nach offiziellen Angaben – rund 55 Prozent des fliegenden Materials schlicht »nicht einsatzbereit« und, laut eines Berichts russischer Verteidigungsexperten für das Diskussionsforum

Im Februar 2007, in der Endphase seiner zweiten Amtszeit als Präsident, hatte Wladimir Putin schließlich genug von diesem Zustand. Er ernannte mit Anatoli Serdjukow erstmals einen Zivilisten zum Verteidigungsminister und beauftragte ihn mit einer grundlegenden Reform der Streitkräfte. Diese rührt seither an den Grundfesten der russischen Streitkräfte und dauert, trotz zwischenzeitlichen Ministerwechsels, weiter an. +

NEUES GERÄT LIEF DER TRUPPE NUR IN HOMÖOPATHISCHEN DOSEN ZU – UND DAS ALLEIN, UM DIE DESOLATE RÜSTUNGSINDUSTRIE AM LEBEN ZU HALTEN.

und mussten irgendwie untergebracht und versorgt werden. Nicht nur auf Grund der desolaten wirtschaftlichen Lage versagte der Staat hierbei auf ganzer Linie, die ohnehin »einfachen« Lebensbedingungen russischer Soldaten verschlechterten sich weiter.

Gleichzeitig sorgte eine, vor allem aus ökonomischen Gründen erzwungene, Schrumpfkur bis 1994 für einen wahren Exodus von über einer Million Mann aus den Streitkräften, ohne dass diese Entwicklung konzeptionell oder strukturell entsprechend ausgeplant gewesen wäre. In diesen Jahren verlor die russische Armee einen großen Teil ihres besten Personals. Wer irgendwie konnte, versuchte außerhalb der Truppe in der jungen Marktwirtschaft sein Glück. Grassierende Korruption, katastrophal geführte Einsätze wie in den Tschetschenienkriegen und das ausufernde System der »Dedowschtschina« führten obendrein dazu, dass immer weniger – und noch weniger geeignete – Rekruten ihren Wehrdienst tatsächlich ableisteten.

Strukturell und konzeptionell bereitete die russische Armee mit Massen »gekaderter« Großverbände

»Valdai« von 2011, selbst im Jahr 2007 lediglich 17 Prozent der Einheiten des Heeres und gerade 7 Prozent der Luftwaffe »combat ready«.

Die wenigen vorhandenen Finanzmittel flossen vor allem in die Erhaltung der nuklearen Abschreckung, so dass für Erhalt oder gar Neubeschaffung von Technik in den konventionellen Teilstreitkräften kein Raum blieb. Neues Gerät lief der Truppe, wenn überhaupt, in homöopathischen Dosen zu: zwischen 2000 und 2004 beispielsweise ganze 15 neue Kampfpanzer – diese allerdings auch nur, um die Produktionsstätten der ebenfalls desolaten Rüstungsindustrie zwischen Exportaufträgen am Leben zu halten.

Eher halbherzige Versuche des Kreml, das Militär zu reformieren, scheiterten allesamt am Widerstand einer strukturell reformunwilligen Generalität, fehlenden Haushaltsmitteln und mangelnder Leistungsfähigkeit der Rüstungsindustrie. Die russische Armee hatte so – vor weniger als zehn Jahren – einen Punkt erreicht, an dem selbst Kreml-nahe Militärexperten öffentlich begannen, ihre Fähigkeit zur Landesverteidigung in Frage zu stellen.

Opas mit System

»Dedowschtschina« (russisch: »Дедовщина«) – das »Großväterchensystem« bezeichnet die noch aus der Zarenzeit stammende »Tradition« der häufig gewaltsamen Unterwerfung junger Wehrpflichtiger unter leibegenschaftsähnliche Verhältnisse in der russischen Armee. Generell schikanierten diejenigen Wehrpflichtigen, die so genannten »Großväter«, die bereits ein Jahr Dienst hinter sich hatten, auf teils brutalste Weise die neu hinzugekommenen Rekruten in der Truppe.

Im Jahr 2005 starben 16 Soldaten an den direkten Folgen von Übergriffen, 276 begingen auf Grund der Dedowschtschina Selbstmord. 2010 veröffentlichte das russische Verteidigungsministerium für dasselbe Jahr eine Zahl von über 1.700 Opfern, obgleich offiziell keine Todesfälle mehr gemeldet worden waren. Ob sich die Verkürzung der Wehrpflicht 2011 auf ein Jahr mildernd auf die Dedowschtschina ausgewirkt hat, ist noch nicht absehbar, da für die Jahre 2011 bis 2013 keine Zahlen vorliegen.



Export schlägt Eigenbedarf: Von der modernsten Variante der Sukhoi Su-27-Familie (rechts) hat die indische Luftwaffe mit der SU-30MKI seit 2002 bereits 194 Flugzeuge beschafft. Der russischen liefen von dieser Variante, unter der Bezeichnung SU-30SM, dagegen erst 2013 sechs von 60 geplanten Exemplaren zu. Die Sukhoi T-50 (links) ist Russlands erstes Stealth-Kampfflugzeug der 5. Generation, die Antwort auf die US-amerikanische F-22A »Raptor«. 2015 soll die Serienfertigung beginnen. Die der F-22A ist längst beendet. Fotos: Vitaly Kuzmin/CC-BY-SA 3.0

Am Beginn der Reform stand eine ernüchternde Bestandsaufnahme der Streitkräfte und ein Abgleich mit den veränderten militärischen Anforderungen des 21. Jahrhunderts. Dabei stellten russische Verteidigungsexperten fest, dass ihre Streitkräfte – durchschnittlich – mit lediglich 20 Prozent Material ausgerüstet waren, das sie als »modern« einstufen, während solche Technik bei Nato-Streitkräften zur gleichen Zeit etwa 70 Prozent ausmachte. In der Realität aber ver-

fügen einzelne Einheiten über noch einmal deutlich weniger zeitgemäße Ausrüstung: Noch 2012 waren selbst die elitären Luftlandverbände (VDV) – immerhin die schnellen Eingreifkräfte Russlands – nur mit rund 10 Prozent moderner Technik ausgestattet.

Was dies im Ernstfall bedeuten konnte, zeigte sich 2008 im Krieg gegen Georgien. Während Präsident Dmitri Medwedjew und Premier Wladimir Putin den Sieg über den kleinen südlichen Nachbarn öf-

fentlich als große Waffentat verkauften – und die westliche Presse die Inszenierung damals ebenso schluckte wie heute – offenbarten sich bei näherem Hinsehen erschreckende Lücken. Die hat beispielsweise der aufschlussreiche Bericht »The Tanks of August« des in Moskau ansässigen »Centre for Analysis of Strategy and Technology« (CAST) eindrucksvoll aufgezeigt. Insbesondere die Luftwaffe habe demnach schmachvoll bei der Aufgabe versagt, den +



Vorzeigeeemplare: Mit der Mi-28 (links), hier mit präsidalem Besuch in einer Moskauer Fertigungshallte, und der Ka-52 (rechts) beschafft Russland gleich zwei moderne Kampfhubschraubermuster. Beide zusammen machen derzeit allerdings gerade einmal 17 Prozent der insgesamt 392 Kampfhubschrauber im Arsenal aus. Fotos: rostec.ru (links), Vitaly Kuzmin/[CC-BY-SA 3.0](#) (rechts)

ANFANG DER 2000ER JAHRE WAREN BEI DER LUFTWAFFE RUND 55 PROZENT DES FLIEGENDEN MATERIALS SCHLICHT »NICHT EINSATZBEREIT«.

Luftraum über Georgien zu sichern und verlor dabei auch noch unverhältnismäßig viele Flugzeuge. Die Kommunikation auf allen Ebenen habe sich katastrophal gestaltet, die Kooperation unterschiedlicher Einheiten sei chaotisch gewesen und habe in unnötigen Verlusten durch »friendly fire« geendet.

Die persönliche Ausstattung der eingesetzten Truppen war laut CAST so schlecht, dass die Soldaten, wo sie nur konnten, umgehend auf eroberte georgische Ausrüstung zurückgriffen. Zusätzlich blieben signifikante Anteile des altersschwachen russischen schweren Geräts am Straßenrand liegen. Dass es

sich bei den eingesetzten Einheiten um im Vergleich kampfkraftige Verbände der russischen Armee handelte, die zudem kurz vorher noch ein ähnliches Szenario im Manöver geübt hatten, machte ihr Versagen noch dramatischer. Minister Serdjukow nutzte dies, um das Verteidigungsministerium +

zu säubern und feuerte ein Drittel der Generalstabs-offiziere, was ihm in der Folge auch bei der Durchsetzung seiner Reform half.

Kern der Neugestaltung der russischen Streitkräfte ist ihr Umbau zur »Einsatzarmee«, insbesondere durch den Abschied von »gekaderten« – also

Nicht zuletzt um der immer noch grassierenden »Dedowschtschina« zu begegnen, reduzierte Putin 2011– nun wieder Präsident – zudem die Dauer der Wehrpflicht auf ein Jahr, während bereits seit 2008 fieberhaft daran gearbeitet wird, die Zahl der Berufssoldaten, der »Kontraktniki«, deutlich zu erhöhen.

fangsphase des Umbaus erforderten später hastiges Gegensteuern, was die Beunruhigung in Teilen der Truppe bis heute nicht verringert hat. So schaffte er per Federstrich beispielsweise die für komplexere technische Aufgaben in den Streitkräften zentrale Dienstgradgruppe der »Praporschtschiks« – dabei

BEI GENAUEREM HINSEHEN WIRD DEUTLICH, DASS ES SICH BEIM NEUEN »MODERNEN« GERÄT DER ARMEE MEHR UM MODERNISIERUNGEN VORHANDENER TECHNIK HANDELT.

nur im »Ernstfall« mit Reservisten auf volle Stärke gebrachten – Divisionen, Korps und Armeen. Statt dessen stellt die Armee ständig verfügbare, einsatzbereite Brigaden und Bataillonen auf. Von den vormals 1.890 eigenständigen Formationen der Landstreitkräfte sollen in der Zielstruktur nur noch 172 verbleiben. Die vormals sechs unabhängigen Militärbezirke wurden auf vier reduziert und verfügen seit 2010 erstmals über integrierte Kommandostrukturen – »Joint Headquarters«, wie es in der Nato hieße – für alle dort stationierten Teilstreitkräfte.

Zusätzlich sind seit Ende 2013 die militärischen Spezialeinheiten, nachdem sie 2008 zunächst vom Militärgeheimdienst GRU den Militärbezirken unterstellt worden waren, unter dem Dach eines eigenen Kommandos – vergleichbar mit dem amerikanischen »Special Operations Command« – zusammengefasst. Die Duma hat mittlerweile die Zahl der aktiven russischen Streitkräfte gesetzlich auf eine Million Mann festgelegt. Die damit einhergehenden Personalkürzungen trafen vor allem das Offizierskorps, dessen Größe von 2008 rund einem Drittel des Gesamtpersonals bis 2012 auf 15 Prozent geschrumpft ist.

Die derzeitigen Reformpläne sehen vor, die Zahl dieser Berufssoldaten bis 2017 auf 425.000 Mann – annähernd die Hälfte des Gesamtpersonals – zu steigern. Zusammen mit einer vereinheitlichten Ausbildung und dem Aufbau eines professionellen Unteroffizierskorps – ein absolutes Novum für die russischen Streitkräfte – soll so bis 2020 eine professionelle und schnell einsetzbare Streitkraft entstehen.

Auch bei der materiellen Ausstattung sind die Ziele der Reform ambitioniert: Gemäß dem aktuellen staatlichen Rüstungsprogramm, dem »Gosudarstvennaya Programma razvitiya Vooruzheniy« (GPV), sollen die russischen Streitkräfte bis zum Jahr 2020 durchschnittlich zu 70 Prozent mit modernem Gerät ausgestattet sein.

Wie angesichts der hiesigen Erfahrungen mit der Bundeswehrreform leicht nachzuvollziehen ist, sorgen derlei tiefgreifende strukturelle Reformen für erhebliche Unruhe bei den Soldaten. Mit der Folge, dass die Einsatzfähigkeit der russischen Streitkräfte nach Einschätzung vieler Beobachter nach 2008 zunächst sogar noch einmal absank, bevor die langsam greifenden Reformen diesen Trend erst kürzlich wieder aufgefangen haben. Fehlentscheidungen Serdjukows in sensiblen Bereichen während der An-

handelt es sich um Dienstgrade zwischen Unteroffizier und Offizier – 2008 ab und lies die entsprechenden Schulen schließen. Ihre Rolle sollten künftig die neu eingeführten Unteroffiziersränge übernehmen. Da deren Aufwuchs aber hinter den Erwartungen zurückblieb, wurden die »Praporschtschiks«, neben den neuen Unteroffizieren, 2012 kurzerhand wieder re-etabliert, ohne dass bis heute klar wäre, ob es sich dabei um eine endgültige oder nur um eine Übergangslösung handelt.

Überhaupt ist der Faktor »Personal« eine der Achillesfersen der Umstrukturierung der russischen Armee. Denn wie fast alle europäischen Staaten hat Russland mittlerweile ein handfestes demografisches Problem – es gibt einfach immer weniger fitte, junge Männer für den Wehrdienst. In Kombination mit der verkürzten Wehrpflicht wird dies die Streitkräfte in den kommenden Jahren beim Versuch, die vorgegebene Zielgröße von einer Million Mann zu erreichen, vor erhebliche Herausforderungen stellen.

Im Juli 2013 gab denn auch der Chef des russischen Generalstabs, Waleri Gerassimow, erstmals offen zu, dass die Streitkräfte aktuell nur knapp 800.000 Mann umfassen. Das Forschungsinstitut des schwedischen Verteidigungsministeriums (»To- +



Unfähige Industrie: Die brandneue »Sankt Petersburg« (links) als erste der »Lada«-Klasse von konventionellen U-Booten zeigte in der Erprobung massive Design- und Fertigungsmängel, die schließlich das gesamte Programm versenkten. So bleibt die »Sankt Petersburg« die einzige ihrer Klasse.

Foto: Foto: Vitaly Kuzmin/CC BY-SA 3.0

DIE MARINE, DIE NUKLEARSTREITKRÄFTE UND DIE LUFTLANDETRUPPEN WERDEN RECHT KONSTANT BEI 90 PROZENT MANNSCHAFTSSTÄRKE GEHALTEN.

talförsvarets forskningsinstitut«(FOI) geht aktuell sogar von einem noch deutlich niedrigeren Personalbestand von nicht viel mehr als 625.000 Soldaten aus. Das bedeute, dass die Einheiten der russischen Armee derzeit durchschnittlich nur über 40 bis 60 Prozent ihrer Sollstärken verfügen.

Da aber die Marine, die Nuklearstreitkräfte, die VDV und insbesondere die Truppen des besonders

terrorgefährdeten südlichen Militärbezirks recht konstant bei über 90 Prozent Mannschaftsstärke gehalten werden, liegen die Ist-Stärken bei der Luftwaffe und den verbleibenden Heeresverbänden derzeit zum Teil deutlich unter oben genannten 40 bis 60 Prozent – mit den entsprechenden Auswirkungen auf Einsatzbereitschaft und Durchhaltefähigkeit.

So prognostizierte das FOI 2013 in einem Bericht über die russische Armee, dass Russland pro Militärbezirk für mobile Offensivoperationen kurzfristig gerade einmal vier Brigaden mobilisieren und diese Kräfte innerhalb eines Monats mit Verstärkungen aus anderen Bezirken nochmals verdoppeln könne – dann aber hätte sich das Mobilisierungspotenzial für derartige Operationen erst einmal erschöpft. +

MILITÄRREFORM

Dauerbrenner »mutually assured destruction«: Russland will auch in Zukunft die atomare Parität mit den USA sicherstellen. Neueste nukleare Interkontinentalraketen sind dafür konstruiert, die Raketenabwehr der Nato zu überwinden und werden derzeit mit Mehrfachgefechtsköpfen nachgerüstet – rechts die RS-12M2 Topol-M auf mobiler Startrampe bei einer Parade auf dem Roten Platz am 9. Mai 2013.

Foto: Vitaly Kuzmin/CC BY-SA 3.0



Diese Zahlen decken sich erstaunlich genau mit denen der in den letzten Wochen nahe der östlichen Ukraine identifizierten Kräfte. Sollten die schwedischen Experten nicht völlig danebenliegen, reicht dieses begrenzte militärische Potential zwar für eine regionale Machtdemonstration gegenüber der schwachen Ukraine, stellt aber kaum eine ernste Bedrohung für die Nato dar.

Um die Personalprobleme in den Griff zu bekommen, setzte die russische Führung große Hoffnungen in die großflächige Werbung von Zeitsoldaten, den »Kontraktniki«, die als Mannschaftsdienstgrade und Unteroffiziere künftig das Rückgrat der Streitkräfte bilden sollen. Dazu sah der Plan vor, bis 2017 425.000 Zeitsoldaten zu verpflichten – etwa 50.000 pro Jahr. Doch diese Quote wurden bisher noch in keinem Jahr erreicht und zum Teil erheblich unterschritten. Anfang 2013 leisteten laut FOI von ge-

planten 244.000 gerade einmal 186.000 »Kontraktniki« Dienst in der Armee.

Abgesehen davon, dass der Großteil dieses Personals in Luftverteidigung, Marine und Nuklearstreitkräfte ging und nur ein Bruchteil den Weg zum Heer fand, liegt die Quote derer, die ihren Vertrag nach Ende der Standardlaufzeit von drei Jahren nicht verlängern und die Armee wieder verlassen, Schätzungen zufolge bei bis zu 80 Prozent. Das Ziel, 2020 alle Einheiten bei über 90 Prozent Personalbestand, davon durchschnittlich knapp die Hälfte Zeitsoldaten, zu halten, rückt so in weite Ferne.

Auch bei der Ausstattung zeigen sich, trotz mittlerweile acht Jahre dauerndem Reformprozess, nach wie vor erhebliche Defizite. Zwar verfügt die Russische Föderation auf dem Papier über ein beeindruckendes Arsenal – die vom »International Institute for Strategic Studies« (IISS) herausgegebene »Military Balance

2014« verzeichnet beispielsweise allein 20.550 Kampfpanzer, wovon etwa 18.000 derzeit als Reserve in Depots eingelagert seien. Bei diesen »Depots« handelt es sich allerdings häufig eher um Schrottplätze, auf denen hunderte Fahrzeuge weitgehend ungesichert unter freiem Himmel vor sich hin rosten.

Unter den 2.550 »aktiven« und zumindest theoretisch tatsächlich einsatzbereiten Kampfpanzern befinden sich den britischen Analysten zufolge zudem lediglich 350 vom modernen Typ T-90. Beim Rest handele es sich um Varianten des altherwürdigen T-72 auf dem technischen Stand der 1980er und frühen 1990er Jahre, während der ehemalige russische »Premiumpanzer« des Kalten Krieges, der T-80, im Zuge von Konsolidierungsmaßnahmen im Rahmen der laufenden Reform im Dezember 2013 ausgemustert wurde und bis 2015 komplett aus den Einsatzverbänden verschwinden soll. Da der T-90 +

MILITÄRREFORM

Raketen »made in Russia«: Besonderes Augenmerk legen die russischen Streitkräfte auf die Modernisierung ihrer bodengestützten Luftabwehr. Aktuelle Mittel- bis Langstreckensysteme vom Typ S-400 können laut Herstellerangaben so gut gegen Drohnen, Marschflugkörper und Stealthflugzeuge wirken wie gegen ballistische Kurz- und Mittelstreckenraketen.

Foto: Vitaly Kuzmin/CC BY-SA 3.0



RUSSLAND WILL ERHEBLICHE MITTEL IN DEN AUSBAU SEINER LUFTABWEHR INVESTIEREN – EIGENE FÄHIGKEITEN ZUR ABWEHR BALLISTISCHER RAKETEN INKLUSIVE.

zudem seit 2011 zu Gunsten einer geplanten Neuentwicklung namens »Armata« – von dem bislang nicht einmal ein Prototyp existiert – nicht mehr beschafft wird, muss sich die gepanzerte Speerspitze der russischen Streitkräfte in der Masse bis auf weiteres auf eine Militärtechnik abstützen, deren Abwehr die Nato bereits in den 1990er Jahren technologisch und konzeptionell perfektioniert und seither immer weiterentwickelt hat.

Auch bei der Luftwaffe sieht es nicht viel besser aus. Zwar präsentiert Russland auf Paraden und Luftfahrtausstellungen beständig die – in der Tat beeindruckenden – neuesten Varianten seiner MiGs

und Sukhois, allerdings fliegen diese kampfstarken Muster vor allem bei den Exportkunden im Ausland. Laut IISS sind hingegen von den etwa 300 vorhandenen Su-27-Jagdflugzeugen der russischen Luftwaffe im Laufe der Jahre bislang lediglich 59 modernisiert worden, der Rest fliegt nach wie vor mit dem Rüststand der 1980er Jahre. Zwar überraschte Russland die Öffentlichkeit 2010 mit dem Erstflug der Sukhoi T-50, einem Stealth-Jagdflugzeug der 5. Generation, allerdings wird dessen Serienfertigung und anschließende Einführung in die Truppe – frühestens – 2015 beginnen. Zum Vergleich: Das Äquivalent auf Nato-Seite, die amerikanische F-22, hatte ihren Erstflug

1990, die Serienproduktion und Truppeneinführung war 2011 abgeschlossen und die konzeptionellen Arbeiten an – vermutlich unbemannten – Nachfolgemustern haben längst begonnen.

Ohnehin wird bei genauerem Hinsehen deutlich, dass es sich bei dem »modernen« Gerät, welches den russischen Streitkräften bis 2020 zulaufen soll, mehrheitlich nicht um Neuanschaffungen, sondern um Modernisierungen vorhandener Technik handelt. Dabei zeichnet sich, insbesondere im Heer, derzeit ein Trend zu einer Art Minimalmodernisierung ab: So prüfte das Verteidigungsministerium lange verschiedene Upgrades für den Kampfpanzer +

T-72, die dessen Kampfwert zum Teil erheblich gesteigert hätten. Die nun Ende 2013 erstmals der Truppe zugelaufene modernisierte Variante T-72B3 reizt diese von der Rüstungsindustrie entwickelten Möglichkeiten allerdings nicht einmal im Ansatz aus und ist eine echte Sparversion, welche das »Arbeitspferd« der russischen Panzertruppe allenfalls auf den technologischen Stand hebt, den west-

eine Neuauflage der »Schlacht in der Norddeutschen Tiefebene«, sondern – neben der Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckung – im (Wieder-) Aufbau einer maritimen Fähigkeit zur globalen Machtprojektion liegen. Das bedeutet aber auch, dass für die derzeit so viel beachteten Landstreitkräfte, gemessen an Größe und Modernisierungsbedarf, verhältnismäßig wenig Mittel übrigbleiben.

Und selbst wenn die Finanzierung geregelt wäre, ist völlig ungewiss, ob die marode und in vielen Bereichen wenig innovative Rüstungsindustrie Russlands überhaupt in der Lage wäre, das benötigte Material bis 2020 überhaupt bereitzustellen. Nimmt man frühere GPVs als Maßstab, die im Schnitt nur zu 20 Prozent erfüllt wurden, sind hier klare Zweifel angebracht. Zumal allein für die geplante Modernisie-

BEI DEM »MODERNEN« GERÄT, WELCHES DEN STREITKRÄFTEN ZULÄUFT, HANDELT ES SICH MEHRHEITLICH UM MODERNISIERUNGEN VORHANDENER TECHNIK.

liche Armeen bereits Ende der 1980er Jahre mit der Einführung der ersten Varianten des amerikanischen M1 »Abrams«, des deutschen »Leopard 2« oder des britischen »Challenger« erreicht hatten.

Diese auch in anderen Bereichen beobachtbare »Sparmodernisierung« hat ihren Ursprung nicht zuletzt darin, dass die Prioritäten der russischen Militärreform schlicht auf anderen Feldern liegen. Denn nach wie vor hat die Aufrechterhaltung der nuklearen Abschreckung oberste Priorität. Die nötigen Anstrengungen, die durch die Raketenabwehrpläne der USA bedrohte atomare Parität mit der Nato aufrecht zu erhalten, werden daher bis 2020 erhebliche Mittel von Moskaus Rüstungsbudgets verschlingen. Flankierend dazu wird Russland im Rahmen der Reform laut GPV erhebliche Mittel in den Ausbau seiner Luftabwehr investieren – eigene Fähigkeiten zur Abwehr ballistischer Raketen inklusive.

Knapp ein Viertel der bis 2020 veranschlagten Rüstungsausgaben wird zudem in die Modernisierung der Marine fließen. Hier zeigt sich besonders deutlich, dass die künftigen strategischen Prioritäten Russlands eben keineswegs in der Planung für

Überhaupt ist völlig offen, ob Russland die Ziele des Rüstungsprogramms GPV 2020 finanziell überhaupt stemmen kann. Zwar verzehnfachte das Land von 2000 bis 2009 sein Militärbudget in absoluten Zahlen, allerdings fraß die starke Inflation diese Erhöhung in realen Zahlen fast wieder auf. Zwischen 2009 und 2011 wurde das Budget zudem durch die Russland hart treffende Wirtschaftskrise zusätzlich um durchschnittlich acht Prozent gedrückt.

Auch sind die Ausgaben für Streitkräfte mit der angestrebten Größe von einer Million Mann vergleichsweise moderat. So gab Russland 2011 rund 73 Milliarden Dollar für sein Militär aus. Das war etwas mehr als die 63 Milliarden, die Großbritannien zeitgleich für seine 227.000 Mann investierte und gerade einmal rund ein Zehntel der 711 Milliarden der USA im selben Jahr. Da die russische Wirtschaft zudem deutlich langsamer wächst als im GPV 2020 angenommen, ist davon auszugehen, dass die Reform mittelfristig deutliche Finanzierungsprobleme bekommen wird. Die erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten der Krimbesetzung sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

Überhaupt ist völlig offen, ob Russland die Ziele des Rüstungsprogramms GPV 2020 finanziell überhaupt stemmen kann. Zwar verzehnfachte das Land von 2000 bis 2009 sein Militärbudget in absoluten Zahlen, allerdings fraß die starke Inflation diese Erhöhung in realen Zahlen fast wieder auf. Zwischen 2009 und 2011 wurde das Budget zudem durch die Russland hart treffende Wirtschaftskrise zusätzlich um durchschnittlich acht Prozent gedrückt.

Überhaupt ist völlig offen, ob Russland die Ziele des Rüstungsprogramms GPV 2020 finanziell überhaupt stemmen kann. Zwar verzehnfachte das Land von 2000 bis 2009 sein Militärbudget in absoluten Zahlen, allerdings fraß die starke Inflation diese Erhöhung in realen Zahlen fast wieder auf. Zwischen 2009 und 2011 wurde das Budget zudem durch die Russland hart treffende Wirtschaftskrise zusätzlich um durchschnittlich acht Prozent gedrückt.

NATO UND EU SOLLTEN SICH ANTWORTEN FÜR DAS SZENARIO ÜBERLEGEN, WENN RUSSLAND SEINE WIEDER GEWACHSENE MACHT AUF SEIN »NAHES AUSLAND« PROJIZIERT.

Russlands Armee ein potemkinsches Dorf?
Häufig dürfte die Realität in den Streitkräften immer noch eher diesem »Depot« mit verrottenden T-55-Kampfpanzern gleichen als den Neuerungen der »Novyi oblik«.

Foto: [idsketching.com](https://www.idsketching.com/)/CC BY-NC-ND 3.0 US

Für den von der eigenen Industrie völlig verschlafenen Trend zu unbemannten Fluggeräten setzt man auf die Kooperation mit Israel, während in Deutschland zuletzt Rheinmetall durch den Export eines Gefechtsübungszentrums für Russlands Heer in die Schlagzeilen kam. Ob diese Rüstungsimporte im Lichte der Ereignisse der Ukraine- und Krim-Krise so problemlos wie bisher weiterlaufen werden, darf bezweifelt werden. Fest steht dagegen, dass die einheimische Rüstungsindustrie bis auf weiteres einen eventuellen Wegfall nicht substituieren kann.

Der Analyst Roger McDermott überschrieb 2009 ein Arbeitspapier zur neuen russischen Armee reform mit »The Power of Illusion«, damals wie heute ein überaus passender Titel. Denn die bildgewaltige Inszenierung der russischen »Novyi oblik«-Armee kann kaum darüber hinwegtäuschen, dass die Reform trotz immenser Anstrengungen bislang kaum

mehr erreicht hat, als die größten Wunden des de-saströsen Auflösungsprozesses der 1990er und frühen 2000er Jahre notdürftig zu heilen.

Nach Ansicht der meisten Experten wird Russland aber – selbst wenn es trotz aller geschilderten Probleme das Reformprogramm mit dem bisherigen Tempo und Engagement fortsetzen sollte – auch über 2020 hinaus weit davon entfernt sein, eine ernsthafte konventionelle Bedrohung für die Nato wie zu den Hochzeiten des Kalten Krieges zu sein.

Allerdings hat Moskau mit der Reform die Fähigkeit zur regionalen Machtprojektion gegenüber den schwächeren Nachbarn wiedererlangt – seinem »Nahen Ausland«. Davon könnte es in Zukunft zur Sicherung seiner Interessen häufiger Gebrauch machen. Für dieses Szenario – und nicht den gerade vielbeschworenen »Kalten Krieg 2.0« – sollten sich Nato und EU Antworten überlegen. ●●●



Quellen und Links:

[Bericht des internationalen Diskussionsforums »Valdai« über Russlands Militärreform vom Juli 2012](#)

[Forschungspapier über die russische Militärreform von Marcel de Haas für das niederländische »Clingendael Institute« vom November 2011](#)

[Bericht des schwedischen »Totalförsvarets forskningsinstitut« zum russischen Militär vom Dezember 2013](#)

[Forschungspapier von Roger N. McDermott für das »Institut Français des Relations Internationales« vom März 2009](#)

[Analyse des Georgienkrieges vom russischen »Centre for Analysis of Strategies and Technologies« aus dem Jahr 2010](#)



Die russisch-orthodoxe Kirche unterstützt nicht nur Präsident Putin, sondern auch seine Streitkräfte. Einst sorgten die Politkommissare der KPdSU für die patriotische Gesinnung und den Kampfeswillen unter den Soldaten. Seit dem Ende des Kommunismus in Russland übernehmen Geistliche diese Aufgabe.

Kyryll I., Patriarch von Moskau und Vorsteher der russisch-orthodoxen Kirche Foto: kremlin.ru

PHOENIX AUS DER ASCHE

VON YVONNE FÖRSTERLING

Die einst mächtige Sowjetarmee lag 1992 in Trümmern. Der »Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa« regelte den endgültigen Abzug sowjetischer Truppen aus Ostdeutschland und den ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten sowie die Aufteilung sowohl des Personalbestands als auch der Ausrüstung der ehemals sowjetischen Streitkräfte unter den Staaten der GUS. Die russische Armee reduzierte ihren Personalbestand deutlich gegenüber dem Stand zu Zeiten der Sowjetarmee. Für einen Wiederaufbau auf demselben, oder wenigstens einem vergleichbaren, Niveau fehlte das Geld im Staatshaushalt Moskaus. Aber nicht nur deswegen waren die Soldaten +

zunehmend demoralisiert: Das Ende des Kalten Krieges nahm ihnen die Aufgabe, ihr Ansehen in der Bevölkerung sank.

Zwar sinkt die Mannstärke der russischen Armee noch bis heute. Doch im Gegensatz zum Präsidenten Boris Jelzin ließ sein Nachfolger Wladimir Putin die Ausgaben für das Militär Russlands nach seinem Amtsantritt 1999 wieder erhöhen. Die finanzielle

vom Staat. Dafür macht Kyrill Wahlkampf für Putin. Aber schon 1996 hatte die russisch-orthodoxe Kirche in ihrem Patriarchat eine Abteilung für die Zusammenarbeit mit den Streitkräften gegründet. »Die Kirche Russlands beginnt heute, die Aufgabe der früheren Militärkommissare zu übernehmen«, kommentierte damals Anatolij Ptschelinzew, seinerzeit Leiter des Moskauer Instituts für Kirche und

krieg mehrmals in den Einsatz ging, erinnert sich, »wie natürlich es sich anfühlte, wenn man über ein Minenfeld ging und dabei zu Gott betete«.

Heute sind etwa die Hälfte der russischen Bürgerinnen und Bürger Mitglieder der russisch-orthodoxen Kirche. Insgesamt hat die Kirche in Russland einen hohen Stellenwert in der Gesellschaft. Die Mehrheit der Menschen sieht in ihr eine Institution,

RUSSLAND ORTHODOXE KIRCHE STEHT FÜR WERTE EIN, DIE SICH SEIT DER ZARENZEIT PRAKTISCH KAUM VERÄNDERT HABEN.

Aufstockung reichte allerdings bisher nicht, die Ausrüstung der Streitkräfte komplett auf einen modernen Stand zu bringen. Putin zielte mit seiner Militärreform von 2008 aber auch vor allem auf die innere Verfassung der Streitkräfte ab. So sorgte sein damaliger Verteidigungsminister Anatoli Serdjukow dafür, den Ausbildungsstand der Soldaten zu erhöhen und durch eine flexiblere Einsatzstruktur ihre Motivation zu fördern.

Außerdem erwies sich Putins Freundschaft mit Wladimir Michailowitsch Gundjajew als sehr nützlich. Seit dem 1. Februar 2009 ist Gundjajew als Kyrill I. Patriarch der Russisch Orthodoxen Kirche. Kurz nach seinem Amtsantritt erklärte er, die Werte der russischen Gesellschaft seien Vaterlandsliebe und Treue zur Familie. Werte, die sich seit der Zarenzeit praktisch kaum verändert haben.

Laut Verfassung ist Russland zwar ein säkularer Staat, die Zusammenarbeit von Kyrill und Putin allerdings unbestritten. Vertreter der Kirche arbeiten in verschiedenen Ministerien, Putin unterstützt die Kirche finanziell. Meistens kommen die Gelder für den Neu- oder Wiederaufbau von Gotteshäusern

Recht, den Vorgang. Was unter Boris Jelzin begann, führt Putin fort. Bis heute rekrutiert die russische Armee immer mehr Militärgeistliche. Mitte 2013 waren es knapp 1.000 Geistliche, die Dienst in einer Armee von etwa 800.000 absolvierten. Zum Vergleich: In der Bundeswehr betreuen rund 200 katholische und evangelische Geistliche 180.000 Soldatinnen und Soldaten. Putin verspricht sich die Stärkung der Vaterlandsliebe der Truppe durch traditionelle orthodoxe Werte. Dementsprechend forciert auch Sergej Schoigu, seit Ende 2012 Verteidigungsminister, die Verknüpfung von orthodoxen Werten mit dem Patriotismus in der Armee.

Neben Gottesdiensten und seelsorgerlichen Aufgaben segnen die Geistlichen sowohl die Soldaten selbst als auch Einsatzmaterial jeglicher Art. Die russisch-orthodoxe Kirche ist inzwischen immer und überall dabei. Selbst für die Fallschirmjäger gibt es eine luftverladbare Feldkapelle. So können die Geistlichen noch auf dem Schlachtfeld den Truppen die Kommunion erteilen, damit sie unter Gottes Schutz für ihr Vaterland ins Gefecht ziehen. Vater Michail Wasiljew, der im Zweiten Tschetschenien-

die mit der Vermittlung von Werten eine Stütze der Gesellschaft ist. Trotz der Verfolgung der Kirche durch die Bolschewisten und die dadurch anfänglichen Schwierigkeiten, den Soldaten der ehemaligen Sowjetarmee die orthodoxe Religion wieder nahe zu bringen, gelang es der Kirche, sich nicht nur in der Gesellschaft, sondern auch bei den Streitkräften schnell wieder zu etablieren.

Im August 2000 veröffentlichte die russisch-orthodoxe Kirche ihre Sozialdoktrin. Darin bezieht sie unter anderem Stellung zu den Themen Kirche und Nation, Krieg und Frieden und zu den russischen Streitkräften. Russisch-orthodoxe Christen sind angehalten, ihr Vaterland zu ehren und zu verteidigen: »Zu allen Zeiten rief die Kirche ihre Kinder dazu auf, ihr irdisches Vaterland zu lieben und das Opfer des Lebens zu seiner Verteidigung nicht zu fürchten, wenn ihm Gefahr drohte.« Über mehrere Absätze beschreibt die Sozialdoktrin diesen christlichen Patriotismus. In der Zusammenarbeit mit dem Staat sei die Aufgabe der Kirche die »patriotische Bildung und Erziehung« der Bürger, sowie die »Betreuung des Militärs« und »ihre geistig-sittliche Erziehung«.



Fallschirmpopen und
Container-Kapelle
(links): Ausrüstung für
den Feldgottesdienst
der russischen
Luftlandetruppen
(rechts)

Fotos: Streitkräfte der Russischen Föderation



Gleichzeitig schließt die Kirche für ihre Schafe aber das Mitwirken bei »Bürgerkriegen wie eines aggressiven äußeren Krieges« aus. Das suggeriert, dass patriotische Kriege zur Verteidigung des Vaterlandes, die von der Kirche unterstützt werden, vor Gott gerechtfertigt sind. Die uneingeschränkte Bereitschaft des Soldaten zum Kampf erfolgt guten Gewissens unter dem Schutz Gottes.

Im Abschnitt über Krieg und Frieden befindet die Kirche den Krieg zwar als etwas grundsätzlich Böses, hervorgerufen durch den sündhaften Menschen und damit ein notwendiges Übel auf der Welt. Doch auch an dieser Stelle schlägt die Sozialdoktrin den Bogen zum Gerechtfertigten: »Trotz der Erkenntnis des Krieges als Böses verbietet die Kirche ihren Kindern nicht, sich an Kampfhandlungen zu beteiligen, solange ihr Zweck die Verteidigung der Nächsten sowie die Wiederherstellung verletzter Gerechtig-

keit ist. In solchen Fällen gilt der Krieg als unerwünschtes, allerdings unumgängliches Mittel.«

Indem die Verfasser der Doktrin im selben Atemzug Joh 15,13 – »Es gibt keine größere Liebe, als wenn einer sein Leben für seine Freunde hingibt« – zitieren, könnte man sogar denken, dass sie dem Märtyrertum nicht abgeneigt sind. Nachfolgend helfen Aufzählungen dabei, einen Krieg als gerecht einzuordnen, lassen aber auch einen großen Spielraum zur Interpretation. Beispielsweise solle ein Krieg der Wiederherstellung von Frieden und Ordnung dienen. Mit diesem Argument hat Putin den Einmarsch russischer Streitkräfte auf der Krim rechtfertigt. ...

Yvonne Försterling *studiert Evangelische Theologie an der Humboldt-Universität zu Berlin.*

Quellen und Links:

[Russlandanalyse Nr. 273 des Osteuropa-Instituts der FU Berlin, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen vom 14. März 2014](#)

[Bericht »Für Gott und Vaterland« der Russia Beyond the Headlines vom 1. Juni 2013](#)

[Meldung des Guardian vom 2. April 2013](#)

[Die Grundlagen der Sozialdoktrin der Russisch-Orthodoxen Kirche vom 16. August 2000](#)



Wladimir Putin bei der Zeremonie zu seiner Amtseinführung als russischer Präsident am 7. Mai 2012. Foto: kremlin.ru

PSYCHOGRAMM EINER GROSSMACHT

VON LIANA FIX

Nicht nur Angela Merkel scheint das Handeln des russischen Präsidenten der Realität entrückt zu sein.

In der Debatte um »Verständnis für Wladimir Putin oder nicht« fehlt allzu häufig aber die Differenzierung zum »Erklären«. Tiefer in die Materie eingedrungen zeigt sich, wie zu einem spezifisch russischen »Mindset« zeitgeschichtliche Erfahrungen ebenso gehören wie historische Identität und ideologisch-diskursive Strömungen.

Mit einer ihrer seltenen pointierten Aussagen hat Angela Merkel einen Nerv getroffen in der aufgeregten Debatte über die Ukraine-Krise: »In einer anderen Welt« lebe Russlands Präsident Wladimir Putin, soll sie im Telefonat mit Barack Obama geäußert haben und hat damit Schlagzeilen gemacht. Das Zitat spiegelt eine allgemeine Verunsicherung in Politik, Wissenschaft und Medien über die Motive und Ziele russischen Handelns wider. Wird Russland sich mit der Krim zufrieden geben? Was ist die Gesamtstrategie Moskaus?

Niemand hat darauf eine Antwort. Die Krise um die Halbinsel Krim und die ganze Ukraine scheint +

für den »Westen«, das heißt insbesondere für die EU und die USA, auch das Selbsteingeständnis zu sein, fast ein Vierteljahrhundert nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation Russland immer noch nicht besser zu verstehen als vorher. Und die gegenwärtige Krise ist eine Zeit der Wiederbelebung der Kreml-Auguren und der »Kremlinologie«: die während des Kalten Krieges mit Augenzwinkern so genannte

ten solle. Das habe ihm gezeigt, dass die sowjetische Macht gelähmt und handlungsunfähig gewesen sei.

Vor diesem Hintergrund interpretieren westliche Kommentatoren Putins berühmt gewordenen Ausspruch vom April 2005, das Ende der Sowjetunion sei die »größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts«, gerne als Sowjet-Nostalgie. Dem sowjetischen System trauert Putin jedoch nicht hin-

künftig wohl auch Armenien (vgl. den *Beitrag auf Seite 63* in dieser ADLAS-Ausgabe). Aber die Ukraine wäre aus historischen, wirtschaftlichen und energiepolitischen Gründen für diese von Russland dominierte Gemeinschaft das Juwel in der Krone. Mit allerlei Versprechungen und Drohungen – Kredite, Gaspreise, Exportbeschränkungen – sollte sie zur Mitgliedschaft bewogen werden. Dieser Traum ist

RUSSISCHES VERHALTEN ZU VERSTEHEN IST NICHT DAS GLEICHE, WIE DAS VERHALTEN ZU AKZEPTIEREN.

»Wissenschaft« zur Ergründung und Vorhersage der Entscheidungen des Zentralkomitees der KPdSU.

In einer solchen Situation des Unverständnisses und der Unsicherheit ist es ein Leichtes, politischen Führern die Zurechnungsfähigkeit abzusprechen, und Wladimir Putin rundheraus für verrückt zu erklären. Wer allerdings den Anspruch aufgibt, russisches Verhalten *verstehen* zu wollen – und das ist nicht das gleiche, wie das Verhalten zu *akzeptieren* – nimmt sich selbst die Chance, zukünftiges Handeln zu antizipieren und darauf adäquat zu reagieren. Deshalb ist es so wichtig in die Schuhe des Gegners zu schlüpfen, und die »andere Welt«, in der Putin anscheinend lebt, kennenzulernen.

Das prägendste Ereignis für Putin und für Moskaus Führungseliten war ohne Zweifel das Ende der Sowjetunion. Putin hat als KGB-Mitarbeiter in Dresden die DDR-Wendezeit miterlebt. Wie sein Biograf Boris Reitschuster beschreibt, hat sich ihm besonders die Szene eingeprägt, als wütende Demonstranten vor der Residenz des sowjetischen Nachrichtendienstes in Dresden protestierten – und er von Moskau keinerlei Anweisung erhielt, wie er sich verhal-

ten solle. Er äußerte sich in vielen Interviews sehr kritisch über den Kommunismus, den er als totalitäres System beschreibt. Was er bedauert, ist der Verlust an internationalem Ansehen und Stellung – der Wunsch nach Respekt für Russlands nationale Interessen ist das Kernanliegen vieler seiner außenpolitischen Reden.

Das Projekt, um Russland wieder zu einem Schwergewicht in der Weltpolitik zu machen, heißt »Eurasische Union«. Ziel dieser ist erklärtermaßen nicht die Wiederauferstehung der Sowjetunion, sondern die Schaffung einer regionalen Wirtschaftszone bis 2015 – explizit modelliert nach dem Vorbild der Europäischen Union, nur ohne »unnötige bürokratische Strukturen«, wie Putin in einem außenpolitischen Grundsatzartikel von 2012 schrieb. Die EU, so hatte er vorher schon einmal erklärt, sei für ihn ein Vorbild als wirtschaftlich prosperierendes Modell regionaler Regierungsführung, das seine Mitgliedstaaten sogar freiwillig zur Abgabe von Souveränitätsrechten bewege.

Zu den Mitgliedern der Eurasischen Union gehören bisher Russland, Kasachstan, Belarus und zu-

jedoch am 22. Februar zerplatzt, dem Tag, an dem das ukrainische Parlament den bisherigen Präsidenten Wiktor Janukowytsch abgesetzt hat und dieser nach Russland geflohen ist.

Mit Recht kann Moskau davon ausgehen, dass die pro-westliche Übergangsregierung in Kiew kein Interesse an einem Beitritt zur Eurasischen Union hat. Schließlich war die Ankündigung Janukowytschs im November vergangenen Jahres, enger mit Russland zusammenzuarbeiten und ein lange verhandeltes Assoziierungsabkommen mit der EU nicht zu unterschreiben, der Auslöser für die Proteste des »Euromaidan« gewesen.

Aus russischer Perspektive wird die Schuld am Scheitern des Projektes jedoch nicht in einer möglicherweise verfehlten Politik des Kremls gesucht, sondern dem Westen zugeschrieben. So kommentierte etwa der einflussreiche Politologe Sergei Karaganow in der *Financial Times*, die Eurasische Union hätte die Wettbewerbsfähigkeit der ganzen Region gestärkt und für Stabilität gesorgt – der Westen habe jedoch mehr oder weniger alles getan, um dieses legitime Ansinnen zu verhindern.

Das Misstrauen über die Motive der EU und der USA ist unverrückbarer Bestandteil des russischen politischen Diskurses seit den späten 1990er Jahren. Sowohl in wirtschaftlicher als auch außenpolitischer Perspektive haben die russischen Eliten diese Zeit als eine Phase der »Demütigung« wahrgenommen. Die Abhängigkeit Russlands von ausländischen Krediten, die Macht der Oligarchen und der Kollaps der russischen Wirtschaft während der Rubel-Krise 1998 haben sich in das kollektive Gedächtnis der Bevölkerung als »Wilde Neunziger« eingebrannt. Erst der Anstieg des Ölpreises von rund 20 US-Dollar pro Barrel im Jahr 2001 auf über 140 Dollar pro Barrel 2008 hat Russland von einem Kreditnehmer zu einem Kreditgeber gemacht. Obwohl der Ölpreis seitdem gefallen ist, ist er weiterhin die Basis für den Putinschen Wohlfahrtsstaat, denn eine Modernisierung beziehungsweise Diversifizierung der rohstoffabhängigen und stagnierenden Wirtschaft hat trotz dieser günstigen Bedingungen nicht stattgefunden.

Außenpolitisch fühlte sich Russland insbesondere bei der Intervention der Nato gegen Serbien im

sehen keinerlei Entgegenkommen«, so Putin in seiner Rede zur Lage der Nation am 18. März 2014.

Eine besondere Rolle spielt dabei die Wahrnehmung der Nato: Obwohl es in keinem Dokument festgehalten worden ist, ist doch während der Verhandlungen zur Wiedervereinigung Deutschlands der Eindruck in Russland entstanden, eine Erweiterung der westlichen Allianz nach Osten wäre völlig ausgeschlossen – ganz den, möglicherweise missverstandenen, Worten des damaligen US-Außenministers James Bakers folgend: »Nato's jurisdiction will not shift one inch eastward.«

Zwölf osteuropäische Länder, darunter zehn ehemalige Warschauer Pakt-Staaten, sind seit 1999 dem atlantischen Bündnis beigetreten. Während Baker argumentierte, er habe sich auf die Stationierung von Nato-Truppen in Ostdeutschland bezogen, setzte sich in Russland die Interpretation durch, der Westen habe seine Versprechen gebrochen – und bewege das ehemals feindliche Militärbündnis absichtlich immer weiter nach Osten. Diskussionen über eine Stationierung von strategischen Raketenabwehrsystemen in Polen und Tschechien und eine

einer Ausweitung der Proteste in der Ukraine auf Russland: Russlands Opposition werde die erfolgreichen Methoden des Maidan-Protestes nutzen und mit westlicher Hilfe versuchen, eine Revolution in Moskau anzufachen, die Wladimir Putin stürzen und ein Marionettenregime installieren solle, das ähnlich wie Boris Jelzin in den 1990er Jahren die strategischen Interessen Russlands an den Westen verkaufen werde.

Dieses Bedrohungsszenario wird noch zusätzlich unterfüttert durch ideologisch-philosophische Diskurse, die innerhalb der politischen Elite an Einfluss gewinnen. Zu Putins favorisierter Lektüre – die übrigens als »Lese-Hausaufgabe« an alle Gouverneure der Föderation über die Weihnachtsferien verteilt wurde – gehört zum Beispiel das Werk Iwan Iljins, eines von den Bolschewiki 1922 als »weißer Konterrevolutionär« zwangsexilierten Philosophen. 1950 schrieb er in einem Aufsatz, dass der Westen in all seinem Handeln auf eine langfristige Teilung Russlands abziele. Fast prophetisch beschrieb Iljin außerdem Konflikte Russlands mit der Ukraine und dem Kaukasus. Er teilte Russland eine messianische

DER WESTEN UND SEIN EINFLUSS SIND AUS DER PERSPEKTIVE MOSKAUS NICHT NUR EINE BEDROHUNG VON AUSSEN, SONDERN AUCH VON INNEN.

Kosovo-Krieg 1999 übergangen. Aber auch in den darauffolgenden Jahren – während des Irak-Kriegs 2003 oder in Libyen 2011, als die von Russland akzeptierte Flugverbotszone zum Sturz von Gaddafi führte – beklagte Moskau mangelnde Rücksicht auf seine Positionen und nationale Interessen. »Wir wünschen, dass unsere Beziehungen auf Augenhöhe stattfinden, dass sie offen und ehrlich sind. Aber wir

mögliche Mitgliedschaftsperspektive für Georgien und Ukraine haben russische Ängste vor einer »Umzingelung« weiter geschürt.

Der Westen und sein Einfluss sind jedoch aus der Perspektive Moskaus nicht nur eine Bedrohung von außen, sondern auch von innen. Der Kreml-nahe Politologe Sergei Markow beschrieb in einem Artikel für die *Moscow Times* die Ängste des Kremls vor

Rolle in der Weltpolitik zu, was ihn für die Kreml-Führung »postum zur geistigen Autorität« mache, wie der Slawist Felix Ingold zutreffend in der *Frankfurter Allgemeinen* geschrieben hat. Innenpolitisch plädiert Iljin in seinem Werk »Über die Staatsform« von 1949 für eine autoritäre, jedoch nicht totalitäre Diktatur in Russland, die gleichzeitig national und patriotisch eine erziehende Wirkung auf seine Bür- +

ger haben soll, da die Russen noch nicht fähig zur Demokratie seien.

Im russischen Mediendiskurs erhält auch Aleksandr Dugin, ein rechtsextrem-nationalistischer Publizist und Begründer der »Eurasischen Partei«, immer mehr Präsenz. Im Jahre 2008 hat er eine Professur an der renommierten Moskauer Staatlichen Universität erhalten und ist seit März 2012 Mitglied

autoritäre Ideologie – das »Mindset« der russischen Politikelite wirkt auf den ersten Blick alles andere als vertrauenerweckend. Dennoch gibt es keinen anderen Weg, als sich auf diese »andere Realität« gedanklich einzulassen. Nur allzu schnell stößt westliche Politik sonst an die Grenzen ihrer Erklärungs- und Gestaltungskraft. Die Ukraine-Krise hat vor allem eines gezeigt: Es ist gefährlich davon aus-

ES GIBT KEINEN ANDEREN WEG, ALS SICH AUF DIE »ANDERE REALITÄT« DER RUSSISCHEN POLITIKELITE GEDANKLICH EINZULASSEN.

des Expertenrates beim Vorsitzenden der Staatsduma. Dugin propagiert ein »Neo-Eurasium«, das heißt, er fordert die Errichtung eines großrussischen, eurasischen Reiches, das seiner Ansicht nach in Opposition zu den USA stehen müsse.

Das Schüren eines Feindbildes über den Westen, wie besonders Dugin es betreibt, hat auch eine wichtige legitimierende Funktion nach innen. Es ist ein bewährtes Mittel autokratischer Regime, über Bedrohungsszenarien Unterstützung für ihre Politik zu gewinnen. Das starke Auftreten gegenüber einem imaginierten oder realen Feind erhöht die eigene Popularität – auch Putins Zustimmungsraten sind während der Krimkrise nach oben geschneilt. Innenpolitisch bietet es einen Vorwand, oppositionelle Kräfte zu unterdrücken, die angeblich vom Ausland finanziert würden. Sie hat Putin in seiner jüngsten Rede zur Lage der Nation bereits als »fünfte Kolonne« und »Vaterlandsverräter« gebrandmarkt.

Großmachtstreben, Inferioritätskomplex, Furcht vor Umzingelung und Umsturz, nationalistisch-

zugehen, dass Russland nach den gleichen Prämissen und Wahrnehmungen agiert, wie man selbst. Putins Verhalten mag uns irrational erscheinen, aber er lebt auch weiterhin auf dem gleichen Planeten wie wir – und wir werden auch in Zukunft mit dem russischen Weltbild umgehen müssen. ...

Liana Fix ist Associate Fellow bei der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik und promoviert zum Thema »Deutschlands Einfluss auf die europäisch-russischen Beziehungen«. Sie hat zuvor als Mercator Fellow beim Auswärtigen Amt, bei der EU Delegation in Georgien sowie beim Carnegie Moscow Center gearbeitet.

Quellen und Links:

Hintergrundbericht »Putins Einflüsterer« von Spiegel Online vom 4. April 2014

Kommentar »Why there will be war in Ukraine« von Sergei Markow in der Moscow Times vom 6. März 2014

Kommentar »Russia needs to defend its interests with an iron fist« von Sergei Karaganow in der Financial Times vom 5. März 2014

Hintergrundbericht »Pressure Rising as Obama Works to Rein In Russia« der New York Times vom 2. März 2014

Bericht »Ukraine's EU trade deal will be catastrophic, says Russia« des Guardian vom 22. September 2013

Dokumentation »Prominente Vertreter rechten Denkens in Russland« der Bundeszentrale für politische Bildung vom 3. Mai 2013

Hintergrundbericht »Putin's Eurasian Union: Just another Union?« der Global Policy vom 9. Mai 2012

Meinungsbeitrag »Russia and the changing world« von Wladimir W. Putin in der Московские новости, übersetzt ins Englische von der Ria Novosti, vom 27. Februar 2012

Kommentar »Enlarging Nato. Expanding Confusion« von Mary Elise Sarotte in der New York Times vom 29. November 2009

Hintergrundbericht »Did the West Break Its Promise to Moscow?« von Spiegel Online International vom 26. November 2009

Bericht »Machtvertikale« von Felix Philipp Ingold in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 27. März 2007

Iwan Iljin: »О грядущей России« [»Über das künftige Russland«] vom 17. Januar 1949 [Text in russischer Sprache]

»RUSSLANDS OBJEKTIVES STREBEN NACH UMFASSENDER SICHERHEIT«

INTERVIEW: LIANA FIX

Wladislaw Below, Direktor des Zentrums für Deutschlandforschungen am Europainstitut in Moskau, befindet, dass deutsche Medien Russland immer noch in Stereotypen wahrnehmen, und konstatiert zugleich ein Forschungsdefizit der Sozialpsychologie in Bezug auf seine Heimat.

ADLAS: Welche spezifisch russische politische Mentalität gibt es, wie drückt sich diese in der Innen- und Außenpolitik aus?

Wladislaw Below: Es gibt dazu keine Studien beziehungsweise Forschungsvorhaben. Der renommierte niederländische Sozialpsychologe und Organisationsanthropologe Geert Hofstede hatte leider keine Zeit, ein Sonderprojekt daraus zu machen. Bestimmt aber hat jede nationale Mentalität eine politische Seite. Die Politiker bleiben in ihrer menschlichen Natur zuerst in einem konkreten Land geborene und erzogene, Menschen – als Franzosen, Deutsche, Amerikaner, Spanier, Russen und so weiter. In dieser Hinsicht dürfen nach Hofstede Indikatoren von »Kulturdimensionen« im politischen Verhalten betrachtet beziehungsweise bemessen werden. Zum

Beispiel ist die »Machtdistanz« bei russischen Politikern viel größer ausgeprägt als bei deutschen oder amerikanischen. Es ist in Russland für die Bürger viel »selbstverständlicher«, dass der Präsident die Hauptaspekte der Innen- und Außenpolitik ganz persönlich bestimmt.

Welche Folgen hat das für Russlands Rolle in der internationalen Politik generell? Versteht sich das Land selbst als Großmacht?

Das ist eine Stereotype, die deutsche Massenmedien gerne verbreiten. Russland ist ein moderner europäischer Staat – eine föderale Republik mit 83 verschiedenen Föderationssubjekten und mehr als 143 Millionen Bürgerinnen und Bürgern –, der an einer nachhaltigen Entwicklung unter der Gewährleistung sei-



Foto: privat

ner inneren und äußeren Sicherheit sehr interessiert ist. Dieses Bedürfnis an Sicherheit – und dazu gehört auch, die Nato-Osterweiterung nicht zu akzeptieren – wird mit dem Streben nach einem Großmachtstatus verwechselt. Die Sicherheit an seinen Grenzen ist für Russland besonders wichtig. Sein Status in der Welt, wie etwa als Mitglied des UN-Sicherheitsrats, spielt gleichfalls eine Rolle in der Frage. Mit anderen Worten: Es gibt ein objektives Streben Russlands nach umfassender Sicherheit als Voraussetzung für nachhaltige Entwicklung und Modernisierung – was auch historisch verursacht ist. Es können bestimmt aber auch die ungeschickten Aussagen einzelner Politiker sein, die sich in eine Verbindung mit einem Großmachtstreben stellen lassen.

Wen könnten Sie damit zum Beispiel meinen?

+

Ich erinnere nur an den Genossen Chruschtschow, der den Amerikanern Anfang der 1960er Jahre gedroht hat »показать Кузькину мать« – aber es ist kaum möglich, das zu übersetzen. (Die wörtliche Übersetzung lautet »[jemandem] Kuskas Mutter zeigen«, was so viel bedeuten soll wie »jemanden eine [schmerzhafte] Lektion erteilen«. d. Red.)

»GEOPOLITISCHE UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE FAKTOREN SIND SEKUNDÄR.«

Warum ist die Bedeutung der Ukraine in der russischen Geschichte auch heute noch so groß für Russland?

Die Ukraine – besonders die Mittel- und Ost-Ukraine und die Krim – ist historisch sehr eng mit Russland verbunden. Ukrainer sind Südslawen, ihre Kultur ist der russischen sehr ähnlich. In vielerlei Hinsicht hat die russische Kultur in der Ukraine ihre Wurzeln: Kiew gilt als die »Mutter der russischen Städte«. Es gibt Millionen gemischt russisch-ukrainischer Familien. Russen und Ukrainer sind einander mental viel näher als einige deutsche Landsmannschaften im heutigen Deutschland. Das sind fundamentale Dinge. Geopolitische und wirtschaftspolitische Faktoren sind sekundär, obwohl auch wichtig – wie eben die Fragen der eurasischen Integration oder der Nato-Osterweiterung.

Welche Rolle spielt die Erinnerung an das zaristische Russland heute in der russischen Politik – beispielsweise bis hin zu zaristischer Symbolik?

Eine sehr geringe. Ich würde sagen – praktisch kei-

ne. Hier spielt eher die gemeinsame europäische Geschichte eine wichtige Rolle, die mit »Zarismus« wenig zu tun hat. Es geht hier um konkrete Personen und Persönlichkeiten, Etappen et cetera.

Wäre also beispielsweise Peter der Große ein Vorbild für Wladimir Putin?

Werfen Sie nur einen Blick in den Stammbaum der Romanow-Familie – alle ihre Mitglieder haben ausreichend wichtige Rollen in der europäischen Geschichte gespielt. •••

Wladislaw Below ist seit 1992 Direktor des Zentrums für Deutschlandforschungen am Europainstitut der Russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau. Der studierte Ökonom wurde 1986 am Institut für internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR promoviert.

Quellen und Links:

[Ausgabe 248 der »Russland-Analysen« vom 30. November 2012 der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen](#)

[Analyse »Russland hat noch einen langen Weg vor sich« von Wladislaw Below im Eurasischen Magazin vom 1. Januar 2009](#)

Heilige Hymne?

Im Gespräch mit ADLAS empfahl Wladislaw Below spontan, sich mit dem musikalischen Symbol der Staatlichkeit Russlands zu befassen: »Hier ist die russische Nationalhymne. Eigentlich sollte die wörtliche Übersetzung der ersten Zeile anders lauten: »Russland, unsere heilige Macht.« d. Red.

1. Strophe

Russland, unser geheiligter Staat,
Russland, unser geliebtes Land.
Mächtiger Wille und großer Ruhm
Für alle Zeiten sind Dein Eigentum.

Refrain

Gerühmt seist Du, unser freies Vaterland,
Der brüderlichen Völker jahrhundertalter Bund,
Von Vorfahren gegebene Weisheit des Volkes,
Gerühmt sei das Land! Auf Dich sind wir stolz!

2. Strophe

Von südlichen Meeren bis zum Polargebiet
Erstrecken sich unsere Wälder und Felder.
Einmalig in der ganzen Welt! So einzig seist Du,
Von Gott beschütztes Heimatland!

Refrain

3. Strophe

Einen weiten Raum für Träume und Leben
Eröffnen uns die künftigen Jahre.
Die Treue zu unserem Vaterland gibt uns Kraft –
So war es, so ist es, und so wird es immer sein.

Refrain



DER AUFMÜPFIGE VASALL

VON EWALD BÖHLKE UND JONAS DRIEDGER

Tschetschenien gilt in den westlichen Medien als Brutstätte des internationalen Terrorismus – Bomben in Boston, Beslan und Moskau, Terrorgefahr bei Sotschi, Export von Glaubenskämpfern nach Syrien. Aber hinter diesen aufsehenerregenden Ereignissen liegt eine blutige und komplexe Konfliktstruktur inmitten der Russischen Föderation. Dieser »innere Krieg« Russlands verknüpft das Schicksal der kleinen Kaukasusrepublik mit der Stabilität der Herrschaftselite im Kreml.

Deutschland, Ende 2013: 14.000 Tschetschenen beantragen Asyl – sieben mal mehr als im Vorjahr. Sie berichten von krassen Menschenrechtsverletzungen in ihrer Heimat. Gleichzeitig warnen Experten vor radikalen Islamisten; der Verfassungsschutz schätzt, dass sich bereits 200 Mitglieder des Terrornetzwerks »Kaukasisches Emirat« in der Bundesrepublik aufhalten.

Russland, zur selben Zeit: In Wolgograd zünden kaukasische Terroristen Bomben in Bussen und Bahnhöfen. Mindestens 30 Menschen sterben. Dokku Umarow, tschetschenischer Führer des selbsterklärten »Kaukasischen Emirats«, kündigt Terroranschläge für die olympischen Winterspiele in Sotschi an.

In Tschetschenien, der kleinen autonomen Republik im russischen Nordkaukasus, hat der Krieg immer wieder Form und Gestalt gewechselt: Nach der Unabhängigkeitserklärung 1991 sorgten Nationalisten mit ihrer »Tschetschenisierung« dafür, dass mehr als 200.000 Menschen aus dem Land flohen. 1994 griff Moskau wieder nach der verlorenen Provinz und setzte seine Streitkräfte gegen ein Land ein, das etwa so groß ist wie Thüringen und in dem weniger Menschen leben als in Hamburg. Nach einer brutalen Schlacht um die Hauptstadt Grosny trieb die russische Armee die Aufständischen vor sich her, nur um sich dann an den Hängen des Kaukasus die Zähne an den entschlossenen Guerillakämpfern auszubeißen. 1996 willigte Russlands Präsident Boris Jelzin in einen Waffenstillstand ein. Die Russen gingen, aber der Krieg blieb: Tschetschenien versank in Unruhen und Chaos. Als dann islamistische Kämpfer über die tschetschenische Grenze hinweg die russische Teilrepublik Dagestan angriffen, entschloss Moskau sich, zurückzuschlagen und leitete 1999 den zweiten Tschetschenienkrieg mit Flächenbombardements ein. Wie der erste kostete er etwa 50.000 Tschetschenen das Leben. +

Ramsan Kadyrow bei einem Empfang durch Wladimir Putin im Kreml, 7. August 2013. Foto: kremlin.ru

KAUKASUS I

Nach zehn Jahren erklärten die Russen die Kampfhandlungen für beendet – tatsächlich aber hält die Gewalt an.

Im russischen Föderationskreis Nordkaukasus herrscht heute ein asymmetrischer Schattenkrieg. Etwa 200.000 russische Soldaten und Polizisten sind hier stationiert – bei zehn Millionen Einwohnern ergibt das ein Verhältnis von etwa 1 zu 50. Zum Vergleich: ISAF, die größte Militäroperation in der Geschichte der Nato, kam 2012 in Afghanistan auf etwa 1 zu 265. 2011 waren etwa die Hälfte aller Truppen des russischen Innenministeriums im Nordkaukasus stationiert. Es gibt daher wenig Uniformträger in Russland, die noch nicht in dieser blutigen Südregion der Russischen Föderation waren.

In Tschetschenien leitet Ramsan Kadyrow, mit dem offiziellen Amtstitel »Oberhaupt«, sämtliche Sicherheitsoperationen selbst. Sein Vater Achmed

Tschetscheniens
Hauptstadt Grosny
im Jahr 2000:
im Zentrum der Stadt
der zerstörte
Regierungspalast

Foto: Mikhail Evstafiev/CC BY-SA 3.0



ES GIBT WENIG UNIFORMTRÄGER IN RUSSLAND, DIE NOCH NICHT IN DER BLUTIGEN SÜDREGION DER RUSSISCHEN FÖDERATION WAREN.

hatte im letzten Krieg die Seiten gewechselt und lief zu den Russen über. Wladimir Putin, damals schon russischer Präsident, setzte ihn dann 2003 an der Spitze der wieder eingegliederten Teilrepublik ein. Aber schon ein Jahr später töteten Aufständische Achmed mit einer Bombe. Daraufhin baute Putin den Sohn Ramsan als Nachfolger auf. Dieser zog in den folgenden, heißesten Phasen des Krieges viele gegnerische Kämpfer durch Geld und gezielte Amnestien auf seine Seite, während er gleichzeitig konkurrierende Kommandanten durch Intrigen und kaum verhohlene Drohungen aus »seinem« Land warf. Gegen jene, die sich nicht kaufen ließen, ver-

wendet er weiterhin rohe Gewalt. Dabei brennen seine Truppen und Paramilitärs Häuser nieder, foltern und nehmen Familienangehörige fest. Tausende Tschetschenen sind geflohen – auch nach Deutschland.

Der geballten Macht von Moskau und Kadyrow steht das »Kaukasische Emirat« gegenüber. Mit seinen geschätzten 500 bis 1.500 aktiven Kämpfern macht sich die Truppe um den selbsternannten Emir Dokku Umarow klein aus. Doch sie unterwirft sich den Sachzwängen militärischer Fakten und ist von Guerillataktiken zu Mord- und Bombenanschlägen übergegangen. Sympathisanten, die schroffen

Berghänge des Kaukasus und die dichten Wälder schützen die Aufständischen.

Mit ihren terroristischen Nadelstichen sind sie durchaus »erfolgreich«. Denn jeder Tote stellt die »Pax Rossija« in Frage: 2013 kamen im Nordkaukasus gemäß der Daten des Heidelberger Instituts für Internationale Konfliktforschung in den Auseinandersetzungen zwischen Aufständischen und Sicherheitskräften etwa 540 Menschen ums Leben – 200 mehr als 2008, also noch bevor Russlands damaliger Präsident Dmitri Medwedew offiziell das Kriegsende verkündete. Zwar lag der »body count« 2011 mit 793 auf einem Höchststand und fiel dann ab, es bleibt +

aber abzuwarten, ob sich hier ein Trend abzeichnet. Zum Vergleich: 2012 kamen im Irak 152 Tote auf eine Million Iraker. Im gesamten Nordkaukasus waren es 60, in Tschetschenien 90.

punkten in Afghanistan und Irak, später auch in Syrien, flossen 2005 wohl noch immer eine Million Dollar monatlich an Umarow und seine Truppe. Das meiste davon inzwischen aus kaukasischen Quellen:

neuer Sultan der Berge, der in beiden Tschetschenienkriegen der Gewinner war – wenn auch auf jeweils unterschiedlichen Seiten. Die staatlich streng kontrollierten Medien schreiben dem jungen Mann

KADYROW UND UMAROW KÄMPFEN NICHT UM LAND, SONDERN UM DIE ZUSTIMMUNG DER MENSCHEN, UM DIE SEELE DES NORDKAUKASUS.

Die Taktik von »Emir« Umarow richtet sich mal konzentriert gegen Beamte, Symbole und Institutionen des russischen Staats, mal nimmt sie Zivilisten aufs Korn und terrorisiert den Rest Russlands. So etwa im September 2004 im nordossetischen Beslan, wo Terroristen in einer Schule mehr als tausend Kinder und Erwachsene als Geiseln nahmen, von denen bei der Erstürmung durch Sicherheitskräfte mehr als 300 starben. Die vergangenen Winterspiele in Sotchi sind nur das letzte in einer Reihe von symbolträchtig angekündigten Zielen des »Emirats«. Gleichzeitig reagiert Umarow auf Kadyrows eiserne Griff um Tschetschenien und lenkt seine Kräfte in die umliegenden Kaukasusrepubliken um: Von 2009 bis 2013 blieben die Totenzahlen im gesamten Nordkaukasus mehr oder weniger konstant, sanken aber in Tschetschenien von 254 auf 39. Auch die offizielle Mordrate nahm dort erheblich ab. Das jüngste Hauptziel scheint Dagestan zu sein, wo die russischen Sicherheitskräfte vermehrt Kadyrows brachiale Methoden übernehmen.

Bisher waren die Islamisten stets in der Lage, die Verluste in den eigenen Reihen immer wieder aufzufüllen. Ein Unterstützungsnetzwerk von mehreren Tausend Sympathisanten hilft den Kämpfern und ein steter Strom von Geld hält das »Emirat« am Leben. Trotz schwerer militärischer Niederlagen und konkurrierenden dschihadistischen Brenn-

2010 schätzten Regierungsbehörden in Dagestan, dass Geschäftsleute und Beamte etwa 3,5 Millionen Dollar an die Islamisten zahlten – aus Sympathie, um entführte Verwandte freizukaufen oder um im Falle eines Umsturzes auf der richtigen Seite zu stehen. Das mag nicht viel erscheinen. Doch sogar Bin Ladens al-Qaida investierte nicht mehr als eine halbe Million Dollar in die Terroranschläge vom 11. September 2001.

Was aber treibt die Kämpfer des »Emirats« an, ein bewaffnetes Nomadenleben zu führen, sich russischen Panzern und skrupellosen Paramilitärs entgegenzustellen? Beide Kontrahenten, Kadyrow und Umarow, kämpfen nicht um Land, sondern um die politische und emotionale Zustimmung der Bevölkerung. Ethnische Identität spielt hier eine große Rolle, aber auch der Islam und die kaukasischen Regionaltraditionen, die sich um den Klan und das Charisma des Kriegers drehen.

In letzterem badet sich Ramsan Kadyrow gerne. Dabei hatte er großes Glück: Die berühmtesten Führer der tschetschenischen Unabhängigkeitsbewegung, Abdul Sadulajew und Schamil Bassajew, starben gewaltsam, kurz bevor Kadyrow an die Macht gebracht wurde. Er lässt sich gerne in Anwesenheit ehemaliger Rivalen filmen, die sich ihm öffentlich unterordnen. Dadurch präsentiert er sich als starker Mann im Kaukasus, als unabhängiger

unglaubliche Errungenschaften zu. Kaum eine Straße und kaum ein Platz sind frei von seinem Konterfei. Ramsan wird nicht umsonst »der kleine Putin des Nordkaukasus« genannt: Die Bilder, die er auf +

Moskaus Problemzone

Der »Föderationskreis Nordkaukasus« der Russländischen Föderation besteht aus den autonomen Republiken, die nördlich des Kaukasusgebirges auf russischem Staatsgebiet liegen – Dagestan, Inguschetien, Kabardino-Balkarien, Karatschai-Tscherkessien, Nordossetien-Alanien und Tschetschenien – sowie der Region Stawropol. 2010 war dieser achte Föderationskreis auf Anordnung von Präsident Dmitri Medwedew aus dem Kreis Südrussland ausgegliedert worden, was die Bedeutung der Region für die russische Politik unterstreicht. Etwa zehn Millionen Menschen, vornehmlich Muslime leben hier.

Tschetschenien ist eine autonome Republik im Nordkaukasus mit rund 1,3 Millionen Einwohnern. Es ging 1991 aus der Tschetscheno-Inguschischen Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik hervor. Die Tschetschenen sind eine eigene Ethnie, eigener Sprache und überwiegend sunnitisch-sufistische Muslime.

KAUKASUS I

sein offizielles *Instagram*-Account hochlädt, strotzen von Sturmgewehren, goldenen Pistolen, Tigern, Hanteln, Falken und Monster-Trucks.

Es erscheint auf den ersten Blick paradox, dass die omnipräsente tschetschenische Staatspropaganda Kadyrow sowohl als den besten Freund Putins, als auch als Vollender der tschetschenischen Unabhängigkeit präsentiert. Aber Tschetschenien war wohl nie so tschetschenisch wie heute. Das ist Folge des Exodus der russischen Bevölkerung zu Beginn der 1990er Jahre und der russischen Wiederinbesitznahme gut zehn Jahre später.

Vor 1989 war noch nie ein ethnischer Tschetschene auf einen führenden Posten der kommunistischen Partei in der Autonomen Sowjetrepublik

»Tschetschenien-Inguschetien« befördert worden. Heute befördern Kadyrows dominante Position und die Investitionen in die Infrastruktur den Eindruck in der Bevölkerung, dass hier ein gewiefter Patriot den russischen Bären an der Nase herumführt. Diese Auffassung teilen auch einige Gegner Kadyrows, wie etwa Achmed Sakajew, ehemaliger Premierminister der tschetschenischen Gegenrepublik »Itschkeria« und derzeit einer der prominentesten unter jenen Exiltschetschenen, die noch die alte säkulare Autonomieagenda verfolgen.

Gegen Kadyrows Nationalismus verfolgt das »Kaukasische Emirat« unter Dokku Umarow eine

islamisch-kaukasische Agenda, welche die innerkaukasischen ethnischen Unterschiede herunterspielt. Es geht um den gemeinsamen Kampf gegen den äußeren Feind, der wahlweise als Russe, Atheist oder Christlich-Orthodoxer daherkommt.

Kadyrow präsentiert sich ebenfalls als Verfechter des Islams – aber in einer sufistischen und »traditionell-tschetschenischen« Form. Auch hier geht er wenig subtil vor: Die von ihm bevorzugte muslimische »Kunta-haji«-Bruderschaft ist während seiner Herrschaft exponentiell gewachsen und verdrängt zunehmend das traditionelle Klansystem. Sein eigener Klan macht dabei, wenig überraschend, eine Ausnahme: Kadyrow baute sufistische Heiligtü-



Der Vasall und seine Vasallen: Ramsan Kadyrow mit dem tschetschenischen Mufti Sultan Mirzaev und weiteren Würdenträgern bei der Eröffnung der »Achmat-Kadyrow-Moschee« im Juli 2008

Foto: Juerg Vollmer/[CC BY-SA 2.0](#)

mer wieder auf, ebenso zwanzig Madrasas, zwei islamisch geprägte Hochschulen, drei Koranschulen und insgesamt 700 Moscheen. Eine davon, nach seinem Vater benannt, steht in Grosny und überragt sämtliche islamischen Gebetshäuser in ganz Russland und Europa. Es überrascht nicht, dass diese Einrichtungen

gestan hat sich trotz staatlicher Repressionen eine lebhaft salafistische Zivilgesellschaft ausgebildet.

Es ist wegen der Zensur in Tschetschenien schwer einzuschätzen, wie viel Sympathie die Bevölkerung den konkurrierenden Fundamentalismen der Kriegsparteien jeweils entgegenbringen. Sicher ist, dass die

radikalisieren sich. Der Erfolg der Aufständischen ist damit potentiell eng mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Situation verbunden.

Diese aber ist in Tschetschenien schlecht bis katastrophal. Moskau pumpt Jahr für Jahr enorme Geldmengen in die unbotsame Kaukasusrepublik.

MIT DER EINSETZUNG KADYROWS PRÄSENTIERTE PUTIN DEN STAATSMEDIEN EINEN VERMEINTLICHEN ERFOLG IM KAUKASUS.

gen Kadyrow als entschlossenen Verfechter des Islams feiern. Während der Staat die geistlichen Autoritäten des Landes einsetzt, verschwinden zugleich auf den Straßen Grosnys Frauenhaare unter gesetzlich verordneten Kopftüchern, der Alkoholausschank ist eingeschränkt und das Republik-»Oberhaupt« wirbt bei den tschetschenischen Männern dafür, sich mehr als nur eine Ehefrau zuzutrauen.

Zur »eigentlichen« Religion der Tschetschenen, dem sufistischen Islam, konstruiert Kadyrow auch gleich ein Feindbild: den »Salafismus«, den die Staatspropaganda oft – fälschlicherweise – pauschal mit dem »Kaukasischen Emirat« gleichgesetzt. Kadyrow selbst ließ wiederholt verlauten, er wolle »alles vernichten«, was mit dem Salafismus zu tun habe.

In der Tat begreift sich das »Emirat« als eine islamistische Bewegung und will im Nordkaukasus einen unabhängigen Staat auf Grundlage einer fundamentalistischen Auslegung des Korans errichten. Doch es ist nur eine von mehreren Untergruppen, wenn auch eine extrem militante, des Salafismus, der im Nordkaukasus rasant wächst. Viele Salafisten beklagen die enorme Korruption, den Nepotismus der Eliten und der Kleriker. Sie verlangen eine strenge Rückbesinnung auf den Koran. Vor allem in Da-

Tschetschenen ihre ethnische Identität zunehmend auch religiös wahrnehmen: Sufismus steht im Nordkaukasus traditionell für die Erhaltung des Bestehenden, den Respekt vor dem Alter und den Autoritäten. Der Salafismus erscheint hier als etwas Neues, dem man argwöhnisch gegenübersteht. Als 1997 die vorübergehend unabhängigen Tschetschenen ihren Präsidenten wählten, erhielt der salafistische Schamil Bassajew nur 23,5 Prozent der Stimmen, obwohl er über die religiösen Lager hinweg als Nationalheld galt, während der moderate Alijewitsch Maschadow 64,8 Prozent auf sich vereinte.

Die späteren Terroranschläge gegen die Zivilbevölkerung schärften die bestehenden Trennlinien zwischen sufistischer Staatsreligion und salafistischem Extremismus. Und dieser Trend setzt sich fort: Die Salafisten erhalten Zulauf – genau wie das »Kaukasische Emirat«, das darauf achtet, Sufisten nicht von vorne herein »verloren zu geben«. Umarow selbst hat verkündet, dass alle, die nicht mit den Behörden kooperierten, »Brüder im Islam« seien. Auch ist die Geburtenrate im Nordkaukasus bei weitem die höchste in ganz Russland und viele Jugendliche, die mit den bestehenden Verhältnissen, wie der hohen Arbeitslosigkeit, unzufrieden sind,

Nach John Russell, Russlandexperte der University of Bradford, sollen alleine von 2008 bis 2011 120 Milliarden Rubel geflossen sein, jüngere Quellen, laut *Spiegel*, nennen 1,6 Milliarden Euro pro Jahr, was umgerechnet etwas mehr als das Doppelte wäre. Diese Summen stecken in umfangreichen Infrastrukturprojekten: In Grosny erinnert nicht mehr viel an die beiden zerstörerischen Kriege, die allen noch gut im Gedächtnis verhaftet sind.

Gleichzeitig berichten offizielle Wirtschaftsprüfungen wie auch tschetschenische Nichtregierungsorganisationen und Flüchtlinge von einer enormen Korruption. So stellte Moskau beispielsweise 15,9 Milliarden Rubel (etwa 400 Millionen Euro) bereit, um die Besitzer von kriegszerstörten Gebäuden zu entschädigen. Beamte und Polizisten sollen bis zur Hälfte dieser Summe als Schmiergeld in die eigene Tasche gesteckt haben.

Ebenso ist die Arbeitslosigkeit im Nordkaukasus mit 14,6 Prozent nach offiziellen Angaben im russlandweiten Vergleich sehr hoch und mit 32 Prozent in Tschetschenien enorm. Bei den Jugendlichen unter 30 liegt sie sogar bei 70 bis 80 Prozent.

Zwar ist das Lohnniveau in Tschetschenien relativ hoch, besonders im großen öffentlichen Sektor, +

KAUKASUS I

aber diese Löhne repräsentieren keine nachhaltige Produktivität. Zudem legen viele Berichte nahe, dass die monetäre Unterstützung aus Moskau in der Vetternwirtschaft und an der von oben angelegten Korruption versickert. Damit ist Tschetschenien ein klassischer Rentierstaat, der bestimmte Einnahmequellen – normalerweise Entwicklungshilfe und Rohstoffe, hier die Zahlungen aus Moskau – abschöpft, seine Klientel versorgt und die Bevölkerung, auf deren Steuerzahlungen er ja nicht angewiesen ist, weitestgehend links liegen lässt.

Kadyrow und seine Untergebenen scheinen auch den Schwarzmarkt zu kontrollieren. In den Kriegzeiten nutzten die Sicherheitskräfte ihre Position, um Blutfehden einseitig zu sühnen, und haben so eine Vielzahl offener Rechnungen hinterlassen. Damit sind sie auch in die schon bestehenden Schleuser-, Schmuggel- und Entführungsgeschäfte einge-

Tschetscheniens Hauptstadt Grosny im Jahr 2013: das wiederaufgebaute Stadtzentrum um die »Achmat-Kadyrow-Moschee«

Foto: Christiaan Triebert/CC BY 2.0



ALS PUTIN PRÄSIDENT WURDE, FLOG ER ALS ERSTE AMTSHANDLUNG ZU DEN TRUPPEN IM NORDKAUKASUS.

drungen und haben die kriminellen Netzwerke in der Diaspora monopolisiert.

Die relative Ruhe in Tschetschenien heute ist damit schnell erklärt: Die Führung konnte bisher die Bevölkerung ausreichend überzeugen, bestechen und einschüchtern. Letztlich ruht Kadyrows Macht auf der relativen Schwäche des »Kaukasischen Emirats«, auf der Angst der Menschen vor den russischen Truppen, auf den Zahlungen des Kreml und auf der Unterstützung des Regimes durch Putin. Kadyrows »soft power«, sein patriotisches und islamisches Prestige, hängt unmittelbar davon ab, dass all diese Faktoren mehr oder weniger in ihrer derzeitigen Konstellation bleiben. Doch das

könnte sich mittelfristig drastisch ändern und würde ein Machtvakuum mit vielen Konfliktlinien hinterlassen, in die das »Kaukasische Emirat« hinein stoßen würde.

Noch stützt Wladimir Putin den aufmüpfigen Vasallen. Russlands starker Mann will Ruhe im Kaukasus. Er hatte 1999 als noch kaum bekannter Premierminister angekündigt, Tschetschenien mit Waffengewalt zu befrieden. Als er Jelzin als Präsident ablöste, flog er als erste Amtshandlung zu den Truppen im Nordkaukasus. Mit der Einsetzung Kadyrows präsentierte er später den russischen Staatsmedien einen vermeintlichen Erfolg im Kaukasus.

Putin hat viel in das Image eines nach außen wie innen starken Russland investiert. Mehr als zehn Prozent aller russischen Staatsbürger sind Muslime, in der Föderation schwelen Dutzende ungelöster Konflikte zwischen den verschiedensten Gruppen. Binnenmigration aus dem Kaukasus in die Großstädte führt zu immer mehr Spannungen und die Rechtsextremen auf der Straße schlagen zur Lösung des »kaukasischen Problems« Stacheldraht und Völkermord vor.

Aber Kadyrow ist keine Marionette Moskaus, sondern ein kaukasischer Kriegsherr, der durch die Hilfe des Kremls zum starken Mann geworden ist und keine Nebenbuhler aus der Zeit des Bürgerkriegs zwischen den russischen Invasionen duldet. +

So lange er dadurch nicht gegen Moskaus Interessen handelt, entstehen keine Probleme.

Aber das ist immer seltener der Fall. Kadyrows brutale Methoden und sein anti-salafistischer Kreuzzug bedrohen langfristig die Stabilität im gesamten Nordkaukasus: Mehrmals gab es bereits verbale und physische Zusammenstöße zwischen tschetschenischen Paramilitärs und den Sicherheitskräften der umliegenden Kaukasus-Republiken. Kadyrow versuchte, über die tschetschenische geistliche Behörde Einfluss auf das muslimische Koordinationskomitee des Nordkaukasus zu gewinnen. Er gibt sich öffentlich als Anwalt aller Tschetschenen – auch jener 200.000, die außerhalb »seiner« Republik leben. Mit diesen Ambitionen ist er schon mit anderen Lokalpotentaten und sogar mit der russischen Staatsanwaltschaft aneinandergeraten. Seine brutalen Methoden verdrängen die Kämpfer des »Kaukasischen Emirats« nach Dagestan – wo die Salafisten, gegen die er hetzt, immer mehr werden. Dass all das nicht im Interesse Moskaus liegt, ist offensichtlich.

Der Kreml setzt neben den »bewährten« brutalen Methoden aber durchaus auch auf wirtschaftliche Entwicklung und versucht, zwischen den zahlreichen Ethnien und Konfessionen des Kaukasus für Ausgleich zu sorgen. Die russischen Exekutivorgane sind deswegen unzufrieden mit Kadyrow: Sie beklagen, wie Anna Nemtsowa in einem Artikel für »Foreign Policy« schrieb, die Straffreiheit von Schwarzhändlern und Mördern, die unter seinem Schutz stehen. Putin und Medwedew haben die Bekämpfung der Korruption schon lange zur Chefsache erklärt – und müssen gleichzeitig einen aufmüpfigen Vasallen unterstützen, der einer ihrer größten Auswüchse ist. Kadyrow verstößt mit der Ernennung von Geistlichen, der Polygamie und dem Kopftuchzwang immer wieder gegen die russische Verfassung – was, für den Westen oft unverständlich, der Kreml durchaus als Problem sieht. Robert Bruce Ware, Kaukasus-Forscher an der Southern Illinois University Edwardsville, hat schon davon gesprochen, dass das russische Rechtssystem durch Kadyrows Insubordination »tschetschenisiert« worden sei.

te dann auch einen engen Vertrauten Kadyrows, den Polizeichef des tschetschenischen Verwaltungsdistrikts Chalinsky, Ruslan Iresiev, zum Rücktritt auf. Die Abneigung beruht auf Gegenseitigkeit: Kadyrow hat der Staatsanwaltschaft öffentlich Einschüchterungsversuche vorgeworfen.

Moskau könnte Kadyrow das ohnehin schon bröckelnde Vertrauen vollständig entziehen. Viele Ereignisse könnten hier einen entscheidenden Ausschlag geben: ein spektakulärer Terroranschlag, umfangreiche Unruhen, beispielsweise bei den muslimischen Krimtartaren, ein besonders prominenter Korruptionsskandal, ein neues Arrangement des inneren Zirkels um Putin oder gar der Tod oder ein Abtreten Putins selbst. Würde der Kreml seine militärische und finanzielle Unterstützung einstellen, entzöge das Kadyrows wirtschaftlicher und militärischer Machtbasis den Boden. Kadyrow müsste das akzeptieren – den tschetschenischen Nationalismus gegen die russische Zentralmacht zu richten wäre aber in letzter Konsequenz Selbstmord – nicht nur im politischen Sinne, sondern im körperlichen:

DAS »KAUKASISCHE EMIRAT« WÄRE BESTENS POSITIONIERT, UM EIN VAKUUM AUS MACHT UND IDEOLOGIE ZU FÜLLEN.

Kadyrows Brutalität wirkt ansteckend auf die russische Nordkaukasuspolitik. Ein verengtes und konfrontatives Sicherheitsdenken herrscht vor: So verabschiedete Moskau ein Gesetz, dass die Festnahme der Familien von Terrorverdächtigen legalisiert – eine von Kadyrows Schergen schon lange praktizierte Taktik der Sippenhaft. Human Rights Watch und die russische Nichtregierungsorganisation Memorial berichten von Folter und Tötungen außerhalb jedweder gesetzlichen Regelungen.

Es verwundert daher nicht, dass Kadyrows Rückhalt in Moskau schwindet. Als Medwedew Präsident war, richtete er einen neuen Föderationskreis »Nordkaukasus« ein und schickte mit Alexander Khlopokin einen engen Vertrauten, um die Region unter Kontrolle zu kriegen. Wladislaw Surkow, russischer Vize-Premierminister, selbst Tschetschene und Unterstützer Kadyrows, wurde im Sommer 2013 von der Staatsanwaltschaft Korruption vorgeworfen und musste zurücktreten. Die Staatsanwaltschaft forder-

Kadyrow ist umgeben von russischen Spetsnaz-Soldaten, die ihn beschützen sollen – im Zweifelsfall auch vor einer eventuellen Dummheit, die er selbst begehen könnte.

Wenn aber Moskau Kadyrow den Geldhahn abdrehen oder seine Schwarzmarkt-Geschäfte austrocknen würde, bliebe ihm nur eine noch extreme Gewalt gegen die Bevölkerung, um seine Herrschaft zu sichern. Das Bild des tschetschenisch-islamischen Patrioten würde durch das eines bruta-

KAUKASUS I

len Erfüllungsgehilfen der russischen Fremdbestimmung verdrängt. Und dann würden die von Kadyrow unterdrückten und vertieften Konfliktlinien weit aufklaffen: Die Fragen nach der Selbstbestimmung, der Rolle des Islams im öffentlichen Leben, der Spannungen zwischen Ethnien und Konfessionen, der Kontrolle des Schwarzmarkts und der zahlreichen ungesühnten Blutfehden. Das »Kaukasische Emirat« wäre hier bestens positioniert, um das Vakuum aus Macht und Ideologie zu füllen, das ein schwächelnder Kadyrow hinterlassen würde. Das aber hätte schwerwiegende Konsequenzen für den ganzen Nordkaukasus.

Dass es zu einer Gewalteskalation kommen könnte, zeigt ein Blick in die Nachbarrepubliken: Nachdem in Inguschetien der beliebte und von der Bevölkerung gewählte Ruslan Aushev 2002 durch Murat Sjasikow, einen ehemaligen Geheimdienstmann, ersetzt wurde, kam es zu Demonstrationen, an denen sich etwa 80 Prozent der Bevölkerung beteiligten. Daraufhin setzte der neue Herrscher Gewalt ein. Dem folgten Korruption, Arbeitslosigkeit und Gegengewalt, die sich bis heute nicht mehr normalisiert hat. Inguschetiens Bevölkerung ist, genau wie Tschetschenien, ethnisch sehr homogen und es zeigt sich, welches Widerstandspotential besteht, wenn die Herrschenden nicht mehr als legitime Verfechter der eigenen Interessen gesehen werden. Nicht viel anders ist es 2006 Mukhu Aliev als oktroyierter Präsident in Dagestan ergangen.

Der Status quo in Tschetschenien ist fragil. Das hat weitreichende Auswirkungen. Die Lokalpotentaten im Nordkaukasus, allen voran Kadyrow, sind abhängig von Moskau. Aber Moskau ist auch abhängig von ihnen: Um sein Prestige zu erhalten, muss es erstens im Nordkaukasus ständig Stärke zeigen sowie zweitens einen »russischen Islam« fördern und erhalten, der die, vom Kreml vorgegebenen, territo-

rialen und politischen Verhältnisse zumindest hinnehmen kann. Diese beiden Ziele sind für die russische Führung von hoher Bedeutung: Außenpolitische »Erfolge« in Syrien und auf der Krim werden wenig Begeisterung bei der Bevölkerung hervorrufen, wenn die innere Sicherheit der Föderation gefährdet ist. Das Beispiel Kadyrow zeigt, wie sehr diese Ziele mit dem Mittel, lokale Vasallen einzusetzen, in Konflikt stehen. Es gibt daher wenig Grund für Optimismus – für Grosny wie für Moskau. ...

Dr. Ewald Böhlke leitet das »Berthold-Beitz-Zentrum« für Russland, Ukraine, Belarus und Zentralasien in der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

Jonas J. Driedger ist Konfliktbeobachter für Russland beim Heidelberger Institut für Internationale Konfliktforschung.

Dieser Artikel fasst wesentliche Ergebnisse von Recherchen am Berthold-Beitz-Zentrum zusammen.

Quellen und Links:

[Bericht »Russian Investigative Committee Takes on Kadyrov's Chechnya« der Jamestown Foundation vom 15. November 2013](#)

[Bericht »The Chechen Boss« der Foreign Policy vom 1. April 2013](#)

[Eintrag »North Caucasus« der »CrisisWatch Database« der International Crisis Group](#)

[Staatliches Statistikamt der Tschetschenischen Republik \[Quelle in russischer Sprache\]](#)

[Instagram-Account von Ramsan Kadyrow \(»kadyrov_95«\)](#)

Verschollener Emir



Wie zuvor bereits aus Islamistenkreisen zu hören war, meldete schließlich am 8. April dieses Jahres auch Russlands staatliche Nachrichtenagentur *RIA Novosti*: Dokku Umarow, Anführer der terroristischen Gruppierung »Kaukasisches Emirat«, soll um den Jahreswechsel ums Leben gekommen sein. Das bestätigten laut Agentur sowohl Tschetscheniens Republikchef Ramsan Kadyrow als auch der russische Nachrichtendienst FSB. Nach der Leiche werde noch gesucht. Welche Bedeutung der Tod ihres Anführers für die islamistischen Extremisten im Nordkaukasus hat, ist noch unklar. **d. Red.**

[Meldung der RIA Novosti vom 8. April 2014](#)

Bild oben: Umarov in einem Screenshot aus einem Propagandavideo; Bildquelle: en.ria.ru (Abruf: 21. April 2014)



STAATSAUFBAU À LA Russe

VON SONJA KATHARINA SCHIFFERS

Seit Jahrzehnten unterstützt Russland militärisch und zivil die Sezession zweier georgischer Staatsgebietsteile. Während Experten sich meist noch mit der Legitimität dieses Unterfangens beschäftigen, ist es aufgrund der mittlerweile erlangten De-facto-Unabhängigkeit Abchasiens und Südossetiens lohnenswert, einen genaueren Blick auf das tatsächliche russische Engagement zu werfen. Wie es scheint, betreibt Russland gerade in der »Republik Abchasien« alles andere als einen »ganz normalen« Staatsaufbau.

Die Krim war nicht der Anfang. Mit der Annexion der Halbinsel hat die Russische Föderation in diesem Frühjahr die internationale Gemeinschaft in einen Schockzustand versetzt. Dabei mischt Russland sich schon seit Jahren in Souveränitätskonflikte auf dem Gebiet anderer ehemaliger Sowjetrepubliken ein, um sich dann verstärkt dort zu »engagieren«: Der Krieg um Südossetien zwischen Russland und Georgien war nach nur wenigen Wochen beendet, als die selbstdeklarierte Republik Abchasien und die Russische Föderation im September 2008 einen »Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand« unterzeichneten und damit den Startschuss für ein vermeintliches »State-Building«-Projekt im Südkaukasus gaben.

Im Vertrag heißt es – unter ausdrücklicher Berufung auf das Regelwerk der UN –, »dass die Stärkung der freundschaftlichen Beziehungen, gute Nachbarschaft und gegenseitige Unterstützung im grundsätzlichen nationalen Interesse der Völker der beiden Staaten liegen und zum Frieden, der Sicherheit und Stabilisierung des Südkaukasus beitragen.«

Im starken Kontrast zu diesen wohlklingenden Zeilen hatten die Unabhängigkeitsbestrebungen Abchasiens und Südossetiens, die harte Linie Georgiens und das Engagement Russlands den Kaukasus seit dem Zerfall der Sowjetunion zu einem Pulverfass gemacht. Die separatistischen Konflikte mündeten 2008 im »Fünftagekrieg« zwischen Russland und Georgien, in dessen Folge die Föderation Abchasien und Südossetien am 26. August des Jahres offiziell als unabhängige Staaten anerkannte. Während Tiflis nach wie vor versucht, seine beiden abtrünnigen Regionen zu »reintegrieren«, hat Moskau den De-facto-Republiken mit staatlicher Anerkennung und einem Freundschaftsvertrag seine Unterstützung zugesagt sowie sich als Garantiemacht für ihre Unabhängigkeit gegenüber Georgien positioniert.

Grenzübergang zwischen Russland und Abchasien. Das Banner rechts deklariert: »Russland – Abchasien – 200 Jahre zusammen«. Foto: Dmitri Iljin/CC BY 3.0

Auch das russische »Außenpolitische Konzept« von 2013 macht die Unterstützung der Entwicklung Abchasiens und Südossetien hin zu demokratischen Staaten, ihre nachhaltige Sicherheit und ihre soziale und wirtschaftliche Erholung zu nichts weniger als zur nationalen Priorität. Bei internationalen Verhandlungen hat Russland zudem mehrfach die Bedeutung des Prinzips der lokalen Eigenverantwortung unterstrichen. So erklärte 2011 bei-

Mit dem Sechs-Punkte-Plan zur Beendigung des Krieges 2008 wurden die Genfer Friedensgespräche geboren, an denen auch Moskau teilnimmt. Sein dortiges Engagement hat die Verhandlungen aber eher blockiert, als dass es sie vorangetrieben hat. Zum Beispiel pocht Russland auf einen offiziellen Vertrag zum Gewaltverzicht zwischen Abchasien und Georgien, möchte einen solchen aber selbst nicht unterzeichnen, da es sich nicht als Konflikt-

Daher verstehe die georgische Führung mittlerweile, dass jede militärische Aktion gegenüber den De-facto-Republiken eine intensive und schnelle Antwort der russischen Truppen nach sich ziehe.

Die EU-Beobachtermission, die zwar weiterhin vor Ort ist, aber weder abchasisches noch südossetisches Gebiet betreten darf, schätzt die Lage in Abchasien mittlerweile als stabil ein: Die Ängste vor einem erneuten Kriegsausbruch seien verflogen. Die

DIE UNTERSTÜTZUNG ABCHASIENS UND SÜDOSSETIENS IST FÜR RUSSLAND »NATIONALE PRIORITÄT«.

spielsweise Moskaus UN-Botschafter Witali Tschurkin, dass dauerhafter Frieden und Stabilität nur möglich seien, wenn die Verantwortlichkeit bei nationalen Akteuren liege. Die offizielle russische Position zum Engagement in Abchasien bewegt sich somit innerhalb des international etablierten »Mainstreams« der Debatten um Friedenskonsolidierung und Staatsaufbau.

Angesichts dieser bemerkenswerten Selbstverortung lohnt es sich, einen genaueren Blick auf das tatsächliche Engagement Russlands in Abchasien zu werfen. Die meisten Experten arbeiten sich an der Frage der völkerrechtlichen Legitimität des russischen Unterfangens ab. Dabei ist – nicht zuletzt angesichts der anscheinenden Unmöglichkeit, Abchasien und Südossetien wieder unter georgische Kontrolle zu bringen – eine weitere spannende Frage, inwieweit das tatsächliche Engagement vor Ort in drei zentralen Feldern – Sicherheit, Wirtschaft und Finanzen sowie Aufbau demokratischer Strukturen – mit der russischen Position des »State-Building« übereinstimmt.

partei sieht. Während Georgien zwar Gewaltverzichtsgarantien ausgesprochen hat, lehnt es einen offiziellen Vertrag ab, da es Abchasien nicht als legitimen Verhandlungspartner anerkennt.

Russland hat zudem dafür gesorgt, dass die UN-Mission in Georgien (UNOMIG) und die OSZE-Mission, die bereits seit den 1990er Jahren bestanden, nach dem Krieg nicht verlängert wurden. Stattdessen sollen nun russische Sicherheitskräfte für die Stabilisierung der Lage sorgen: Seit 2009 hat der russische Inlandsgeheimdienst FSB das abchasische Grenzmanagement übernommen. Zusätzlich hat Russland sein Truppenkontingent in Abchasien auf etwa 4.000 Soldaten erhöht. Dazu hat die Region für die nächsten 49 Jahre der Russischen Föderation »kostenfrei« Land zur Etablierung von Militärbasen bereitgestellt, welche aktuell laut der »International Crisis Group« sogar 10.000 Soldaten aufnehmen könnten. Seine militärischen Kapazitäten hat Russland nach dem Krieg von 2008 »dramatisch verstärkt«, wie Außenminister Sergej Lawrow 2010 in der Zeitschrift *Russia in Global Affairs* verkündete.

starke Präsenz des russischen Militärs und des Geheimdienstes ist in Georgien allerdings nach wie vor eine Quelle großen Unmuts und kreiert dort eine Atmosphäre der Furcht.

Vor der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU, die für Juni geplant ist, fürchten große Teile der georgischen Bevölkerung weitere Eskalationen – nicht zuletzt angesichts der jüngsten Ereignisse in der Ukraine. So hat Georgien in den letzten Monaten mehrfach protestiert, russische Soldaten hätten Grenzzäune weiter auf georgisches Territorium verschoben.

Angesichts dieser Situation kann von nachhaltiger Sicherheit oder gar russischer Unterstützung zur Friedenskonsolidierung eindeutig nicht die Rede sein. Das komplette Outsourcen fast aller Sicherheitsinstitutionen in russische Hände verdeutlicht zudem, dass gerade im Sicherheitssektor in Abchasien von lokaler Eigenverantwortung nicht die Rede sein kann.

Obendrein ließ Russland verlauten, sich in Abchasien bei der Stabilisierung der finanziellen Lage und in der wirtschaftlichen Entwicklung engagieren +



»Stoppt die UdSSR«:
links ein aktuelles
Graffiti in Kutaissi, der
zweitgrößten Stadt
Georgiens, das zeigt,
welche Gefühle man im
Land gegen Russland
hegt. Rechts eine
Demonstration in Tiflis
am 12. August 2008,
dem letzten Tag des
»Fünftagekrieges«.
Wladimir Putin
unterstellt das Plakat
»imperialen Appetit«.

Fotos: Sonja Katharina
Schiffers (links), Håkan Henriksson/
CC BY 3.0 (rechts)



zu wollen. So erklärte Außenminister Lawrow nach dem Krieg 2008, dass viel Arbeit geleistet würde, das normale Funktionieren der abchasischen Wirtschaft zu gewährleisten und den Lebensstandard der Bevölkerung zu erhöhen. Wie die International Crisis Group berichtet, tragen Russlands Finanz-

Wie im Bereich der Sicherheit wird aber auch bei Russlands ökonomischer Unterstützung deutlich, dass die Kluft zwischen dem offiziellen Diskurs über den Staatsaufbau und dem tatsächlichen Engagement groß ist. 2012 war das abchasische Handelsdefizit dreimal so groß wie die Summe aller seiner Ex-

Büro der Heinrich-Böll-Stiftung bestätigt der abchasische Journalist Inal Khashig zwar, dass die soziale und Transportinfrastruktur Abchasiens durch russisches Geld verbessert wurde; dies habe aber nicht zur wirtschaftlichen Produktivität beigetragen. Auch ökonomisch ist Abchasien so mittlerweile

GUT 70 PROZENT DES ABCHASISCHEN HAUSHALTS KOMMT AUS MOSKAU.

spritzen, darunter Budgethilfen und Rentenzahlungen, mindestens 70 Prozent des abchasischen Haushalts. Außerdem scheint es, dass Russland ein kürzlich geschlossenes Freihandelsabkommen und die Vereinbarung über Kredite zwischen russischen und abchasischen Banken zur wirtschaftlichen Entwicklungshilfe zählt.

porte – vom Freihandelsabkommen profitiert also eindeutig Russland.

Der Wert des Abkommens sinkt für Abchasien auch dadurch, dass ausgerechnet Alkoholprodukte, die 73 Prozent der abchasischen Exporte in die Föderation ausmachen, vom Freihandel ausgeschlossen sind. In einem Beitrag für das Südkaukasus-

in totale Abhängigkeit von der Russischen Föderation geraten. Die Erklärung des Stabschefs der russischen Präsidialverwaltung Sergei Ivanov in der indischen Ausgabe von *Russia Beyond the Headlines*, Russlands Engagement in Abchasien solle vor allem Geschäftsmöglichkeiten für russische Unternehmen kreieren, bestätigt den Eindruck, dass man von lo- +

kaler Eigenverantwortung auch in diesem Feld weit entfernt ist.

Da der Kreml zudem verkündet hat, den Aufbau eines »demokratischen« abchasischen Staats unterstützen zu wollen, lohnt sich auch hier ein Blick auf seine tatsächlichen Aktivitäten. Verglichen mit anderen postsowjetischen Staaten befolgt Abchasien,

Konkrete Versuche zur Reintegration der Flüchtlinge oder der Wiederaussöhnung mit Georgien – beides gemeinhin integrale Bestandteile von Friedens- und Staatsaufbauprojekten – hat Russland bislang nicht unternommen. Im Gegenteil: Durch sein zuletzt verstärktes Bestreben, zurückgelassene Häuser von Flüchtlinge zu kaufen, ohne dabei die ursprünglichen

schaft mit Russland durch den Abschluss eines neuen bilateralen Vertrags deklariert. So wird Abchasien wohl auf absehbare Zeit ein Vasall Russlands bleiben.

Die Maßnahmen des Staatsaufbaus »à la Russe« sind demnach nicht nur völkerrechtswidrig, sondern auch – gemessen an den erklärten Zielen – von zweifelhafter Effektivität. Russland steht mit sei-

BEIM VASALLEN REGTE SICH ERSTER WIDERSTAND GEGEN DIE ABHÄNGIGKEIT.

laut der amerikanischen Nichtregierungsorganisation »Freedom House«, immerhin einigermaßen demokratische Prinzipien. So beruhten die Präsidentschaftswahlen 2011 zum Beispiel auf einem ernsthaften Wettbewerb. Allerdings durften die etwa 200.000 Binnenflüchtlinge, die Abchasien aufgrund der Konflikte der vergangenen Jahre verlassen haben, und die zahlreichen Angehörigen von Minderheiten, welche nicht die alleinige abchasische Staatsbürgerschaft annehmen wollten, ihre Stimmen nicht abgeben. Vergleicht man diese Zahlen mit der Gesamtbevölkerung Abchasiens von rund 240.000, wird die schwache Legitimation dieser »demokratischen« Wahlen sofort ersichtlich.

Russlands Außenministerium indes scheint sich an der Situation nicht zu stören. In einer Pressemitteilung zu den Wahlen lobte es, dass es keine ernsthaften Unregelmäßigkeiten gegeben habe, die den Ausdruck des freien Willens der Bürger behindert hätten. Die Binnenflüchtlinge haben jedoch nicht nur kein Wahlrecht; einen gerechten Umgang mit ihrem zurückgelassenen Eigentum hat man bisher ebenfalls noch nicht gefunden. Hierzu erklärte Außenminister Lawrow 2009 lediglich, dass in Serbien und Palästina ganz ähnliche Probleme bestünden, um die sich die Weltgemeinschaft auch nur wenig kümmere.

Eigentümer angemessen zu entschädigen, hat es sogar zu einer Verschärfung der Probleme beigetragen.

Bei genauerem Hinsehen wird somit deutlich, dass Moskaus Erklärung, in Abchasien zur Friedenskonsolidierung und zum Staatsaufbau beizutragen, mit der Realität vor Ort wenig gemein hat. Im Bereich Sicherheit und bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung Abchasiens ist Russland zwar aktiv, aber sein Engagement trägt, wenn überhaupt, lediglich zu einer kurzfristigen Stabilität bei. Langfristig schafft das russische Engagement eine Abhängigkeit, aus der Abchasien sich nur schwer befreien können.

Dagegen regte sich innerhalb Abchasiens bereits erster Widerstand, der sich im September 2013 beispielsweise in der Ermordung des russischen Botschafters manifestierte. Und auch im abchasischen Militär mehrten sich laut einem Bericht der Journalistin Anna Nemtsova im britischen *Telegraph* aus dem Jahr 2010 Stimmen, die mit dem »Outsourcen« der Sicherheitsarchitektur unzufrieden seien. Vor wenigen Tagen allerdings wurde Abchasiens Präsident Ankwab von seinem Rivalen Chadschimba, ein früherer KGB-Offizier, der traditionell die Unterstützung Vladimir Putins genießt, aus dem Amt getrieben. Der Koordinierungsrat, der nun an der Macht ist, hat eine Vertiefung der strategischen Partner-

nem Engagement nicht nur einer langfristigen Lösung des Konflikts im Wege – die klar erkennbare Kluft zwischen offiziellem Anspruch und Wirklichkeit stellt vor allem auch seine Glaubwürdigkeit und seine Kompetenz als internationaler Akteur infrage. Die Annexion der Krim ist somit nur ein weiterer Schritt, der nichts Gutes verheißt. ●●●

Sonja Schiffers verfasst momentan ihre Abschlussarbeit für das Masterprogramm Internationale Beziehungen in Berlin und Potsdam. Die letzten acht Monate verbrachte sie in Russland und Georgien.

Quellen und Links:

[Analyse von Thomas de Waal, Carnegie Endowment for International Peace in Moskau, vom Mai 2013](#)

[Bericht der International Crisis Group zu Friedenskonsolidierung in Abchasien vom April 2013](#)

[Bericht von Anna Nemtsova für Rossijskaya Gazeta im britischen Telegraph vom 29. September 2010](#)

[Dossier des International Alert zu Sicherheitsgarantieren im georgisch-abchasischen Konflikt vom September 2009](#)



GEOPOLITISCHE GEISEL

VON MORITZ ESKEN

Die Ankündigung Armeniens, der von Russland geführten Zollunion beitreten zu wollen, ist eine Kehrtwende für das geopolitisch isolierte Land. Ein Assoziierungsabkommen mit der EU, das im November 2013 in Vilnius unterzeichnet werden sollte, haben die Diplomaten aus Brüssel und Jerewan durch eine »Gemeinsame Erklärung« ohne wesentlichen Inhalt ersetzt. Mit seinem Druck auf den armenischen Präsidenten Sersch Sargsjan hat Wladimir Putin ein neues Exempel für Moskaus Umgang mit dem »nahen Ausland« statuiert.

Eigentlich schien alles in trockenen Tüchern: Auf dem Gipfel in Vilnius im November 2013 sollte auch Armenien ein Assoziierungs- und Freihandelsabkommen mit der EU paraphieren. Nur zwei Monate zuvor jedoch hatte der armenische Präsident Sersch Sargsjan nach einem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin überraschend verlautbart, der von Russland geführten Zollunion – der bisherigen »Eurasischen Wirtschaftsgemeinschaft« – beitreten zu wollen.

Bereits vor dieser Ankündigung war die Position der EU, dass ein Beitritt zu besagter Zollunion und der Abschluss eines Freihandelsabkommens – nach dem Muster eines »Deep and Comprehensive Free Trade Agreement« der Union (DCFTA) – aufgrund +

Armeniens Präsident Serzh Sargsjan auf einem Kongress der Europäischen Volkspartei im Juni 2012. Foto: EPP/CC BY 2.0

sich widersprechender Rechtsvorschriften nicht kompatibel seien. Dies haben nach der armenischen Kehrtwende auch verschiedene Vertreter der Union wiederholt.

In Vilnius blieb es daraufhin nur bei einer »Gemeinsamen Erklärung« der europäischen Außenbeauftragten Catherine Ashton und des armenischen Außenministers Eduard Nalbandian, in der sich beide zu weiterer Kooperation bekannten und »zur Kenntnis nahmen«, dass die Verhandlungen über das Assoziierungsabkommen mit der EU und

rungsproblem. Daraus resultieren erhebliche wirtschaftliche Schwierigkeiten. Das größte Problem des Landes aber ist seine geopolitische Isolation. Aufgrund des Konflikts um die Enklave Bergkarabach befindet es sich offiziell im Kriegszustand mit dem Nachbarn Aserbaidschan, eingeeht seit 1994 durch einen brüchigen Waffenstillstand. Regelmäßig kommt es zu Zwischenfällen an der Waffenstillstandslinie zwischen den beiden Kaukasusländern. Armenien nimmt den eingefrorenen Konflikt daher weiterhin als unmittelbare Bedrohung wahr.

Der russische Staat und russische Unternehmen sind die größten Investoren in Armenien, sie betreiben das armenische Schienennetz und halten Anteile im Telekommunikationssektor. Am meisten macht sich Armeniens wirtschaftliche Abhängigkeit von Russland auf dem Energiemarkt bemerkbar: Das Land bezieht russisches Gas über Georgien und über sein Territorium verläuft eine Pipeline in den Iran, die jedoch die Gazprom-Tochter ArmRosGazprom verwaltet, an der das armenische Energieministerium nur eine Minderheitsbeteiligung besitzt. Die

HAT PRÄSIDENT SARGSJAN DER EU ÜBER JAHRE HINWEG FALSCHES SIGNALE GESENDET?

das DCFTA zwar abgeschlossen seien, aber die Initiierung aufgrund Armeniens »neuer internationaler Verpflichtungen« nicht fortgesetzt werde. Die Erklärung erwähnte auch den Bedarf, den Aktionsplan der »Europäischen Nachbarschaftspolitik« für Armenien dementsprechend anzupassen.

Auf einer Pressekonferenz kurz nach seiner Entscheidung, der Zollunion mit Russland beizutreten, begründete Sargsjan dagegen seinen Schritt mit den Worten: »I have repeatedly said before, that when you are part of one system of military security it is impossible and ineffective to isolate yourself from a corresponding economic space.« Neben innenpolitischen Erwägungen und dem wirtschaftlichen Druck, den der Kreml im Vorfeld des Vilniuser Gipfels auf verschiedene Länder der »Östlichen Partnerschaft« der EU (kurz EaP, siehe auch Infobox) ausgeübt hatte, war es hauptsächlich wohl diese sicherheitspolitische Motivation, die Sargsjan bewegt hatte.

Die Republik Armenien wird von einem Netzwerk von Oligarchen beherrscht, leidet unter grassierender Korruption und hat ein massives Auswande-

Die Türkei hatte bereits 1993 aus Solidarität mit Aserbaidschan ihre Grenzen zu Armenien geschlossen. Grenzstreitigkeiten und der Streit um den Völkermord des Osmanischen Reiches an den Armeniern im Ersten Weltkrieg erschweren eine Wiedernäherung zwischen Ankara und Jerewan. Armenien bleiben nur noch die direkten Nachbarn Georgien und Iran als potentielle politische und wirtschaftliche Partner in der Region – sowie Russland.

Die Beziehungen Armeniens zur Russischen Föderation lassen sich jedoch nicht unbedingt als partnerschaftlich bezeichnen: Jerewan ist sicherheitspolitisch und wirtschaftlich von Moskau abhängig. Es gehört der von Russland dominierten »Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit« (OVKS) an, und in einer russischen Militärbasis sind etwa 5.000 Soldaten einquartiert. Eine relativ große Streitmacht im Vergleich zum armenischen Militär, das insgesamt rund 45.000 Köpfe zählt. Doch trotz russischer Sicherheitsgarantien für Armenien liefert die Föderation auch Waffen an das verfeindete Aserbaidschan.

gezielte Erhöhung der Gaspreise um 50 Prozent und eine gleichzeitige künstliche Drosselung der Kapazität der iranischen Pipeline durch Gazprom hatten im April 2013 zuletzt einen Preisanstieg im Dienstleistungs- und Versorgungssektor Armeniens zur Folge.

Auf diese Isolation und Abhängigkeit versucht Armenien mit einer Strategie zu antworten, die Wissenschaftler wie auch armenische Politiker selbst als »Politik der Komplementarität« oder »sitting on the fence« bezeichnen. Diese Art Außenpolitik verfolgt das Land seit seiner Unabhängigkeit 1991; der Begriff wurde vor allem durch Warten Oskanjan während seiner Zeit als armenischer Außenminister von 1998 bis 2008 geprägt. Ziel ist, mit möglichst vielen Akteuren gleichzeitig gute Beziehungen zu führen, ohne andere zu verprellen und damit die eigenen Handlungsoptionen einzuschränken. Konkret geht es Jerewan dabei um Russland, »den Westen« und Iran.

Dieser Ansatz scheint jetzt an seine Grenzen zu stoßen. Da Sargsjan trotz seiner Ankündigung, der +

KAUKASUS III

Zollunion Russlands beizutreten, weiterhin eine Annäherung an die EU anstrebt, scheint er dies allerdings nicht so zu sehen. Unklar ist, ob der armenische Präsident – Thomas de Waal, Kaukasusexperte der Carnegie-Stiftung vergleicht ihn mit einem Schachspieler –, die Interessen aller beteiligten Akteure richtig einschätzt. Denn eine Annäherung Armeniens an die EU wäre mit der »Politik der Komplementarität« nur so lange vereinbar, wie sie von Russland gebilligt wird. Scheinbar hat sich nun spätestens im September 2013 Wladimir Putins Haltung diesbezüglich geändert. Oder Sargsjan hat der EU über Jahre hinweg falsche Signale gesendet.

Putin zählt die südkaukasische Republik zum »nahen Ausland«, dem – aus der Perspektive des Kreml – legitimen Einflussbereich Russlands. Diesen Einfluss zu wahren, war höchstwahrscheinlich die Motivation für Moskaus Druck, der zu Armeni-

Der eingefrorene Konflikt um die armenische Enklave in Aserbaidshan hängt Jerewan wie ein Klotz am Bein, wenn es um die Annäherung an die EU geht. Hier: der Blick aus dem armenisch-apostolischen Kloster Gandassar in Bergkarabach

Foto: Igor Schirjaew/CC BY-SA 3.0



BRÜSSELS REAKTION AUF SARGSJANS ANKÜNDIGUNG WAREN ÜBERRASCHUNG GEGENÜBER ARMENIEN UND EMPÖRUNG GEGENÜBER RUSSLAND.

ens Kehrtwende geführt hat. Da der Beitritt der Ukraine zur Eurasischen Zollunion aber viel maßgeblicher für das russische außenpolitische Machtgefüge ist als ein Beitritt Armeniens, scheint die Annahme, dass an Armenien lediglich ein Exempel statuiert werden sollte, naheliegend. Aber auch als autonome Entscheidung im Sinne der »Politik der Komplementarität« würde Sargsjans Kurswechsel Sinn machen. Laut de Waal spielten zusätzlich innenpolitische Erwägungen eine Rolle: So habe der armenische Präsident unter anderem den Oligarchen entgegenkommen wollen, die von den Investitionen Gazproms in das armenische Tochterunternehmen ArmRosGazprom profitieren.

Überhaupt betrachtet die russische Regierung die »östliche Partnerschaft« der EU als Konkurrenz zu ihrem Einflussbereich. »Is it [die EaP] about pulling countries [away] from the decisions that they are supposed to take freely?«, fragte Moskaus Außenminister Sergej Lawrow 2009 rhetorisch.

Die russische Taktik, Druck auf das »nahe Ausland« auszuüben, ließ sich in den letzten Monaten und Jahren in Moskaus Politik gegenüber EaP-Ländern, die auf ein Assoziierungsabkommen mit der EU hinarbeiten, beobachten: Die staatlich kontrollierte Gazprom erhöhte immer wieder die Energiepreise, der Kreml errichtete Handelsbarrieren und Einfuhrverbote.

Mit dem Projekt der »Eurasischen Union« versucht Putin ein Gegengewicht zur EU und eine Alternative für deren »Östliche Partnerschaft« zu schaffen. Sie soll 2015 aus der bereits bestehenden, von Russland geführten Zollunion hervorgehen, der bislang Kasachstan und Belarus angehören. Vordergründig handelt es sich bei dieser Union um einen wirtschaftlichen Zusammenschluss. Die EU betrachtet es aber zu Recht als Versuch, das Projekt der EaP zu behindern und den regionalen Einfluss aufrecht zu erhalten.

Auf den Direktor des armenischen Regional Studies Center Richard Giragosian macht das Konzept der »Eurasischen Union« allerdings einen inkohärenten und substanzlosen Eindruck. Die Vorzüge, +

die sich aus einer Mitgliedschaft für Armenien ergäben, schätzt er als gering ein.

Tatsächlich scheinen die Vorteile unklar und kurzfristig zu sein, denn das »sitting on the fence« würde dann durch eine Entscheidung für die »russische Seite des Zaunes« beendet. Die Metapher lässt außerdem außer Acht, dass Armenien noch nicht einmal eine Grenze mit Russland und den anderen Mitgliedern der Zollunion teilt. Diese scheinen überdies völlig unterschiedliche Vorstellungen von der Zukunft der Union zu haben. Während es dem armenischen Staatschef nicht schnell genug gehen kann – laut eigenem Bekunden möchte er den Schwebezustand schnellstmöglich beenden, der durch die ungeklärte weitere Kooperation mit der EU und dem noch nicht erfolgten Beitritt zur Zollunion entstanden ist –, bezweifeln Belarus, Kasachstan und sogar der armenische Ministerpräsident Tigran Sargsjan [Anm. d. Redaktion: nicht verwandt mit Sersch Sargsjan], dass der Beitritt Armeniens schnell und unkompliziert erfolgen könne.

Da die EU die Regulierungen der russischen Zollunion für nicht kompatibel mit ihrem eigenen Angebot eines »Tiefen und umfassenden Freihandelsabkommens« (einem DCFTA) hält, hat sich Armenien nun zumindest vorerst stärker isoliert und die weitere Annäherung an europäische Strukturen um Jahre zurückgeworfen. Dabei sieht Armenien in den Abkommen mit der Europäischen Union echte wirtschaftliche Chancen und die Bevölkerung erhofft sich außerdem demokratische und rechtsstaatliche Fortschritte.

Sargsjan zweifelt indes an der »Inkompatibilität«, seine Parteikollegen streiten russischen Druck auf Armenien ab. Sie kritisieren dagegen, dass die EU im Konflikt mit Aserbaidschan nicht als Schlichter auftrete. Solche Bemühungen sind tatsächlich nicht zu erkennen. Die Möglichkeiten der Union, sicherheitspolitische Bedürfnisse von Einzelstaaten

in Konfliktregionen vor der Haustür des Kremls zu befriedigen, sind allerdings auch begrenzt. Das liegt nicht nur an mangelnden Ressourcen. Es ist ebenso darauf zurückzuführen, dass die Russische Föderation in den Konflikten der Region ein Akteur mit starken Interessen ist. Die ohnehin nicht sehr intensiv gelebte europäische Partnerschaft mit Russland möchte man nicht weiter belasten.

Die unmittelbaren Reaktionen auf Sargsjans Ankündigung seitens der EU waren durchweg von Überraschung gegenüber Armenien und Empörung gegenüber Russland geprägt. Am 12. September

2013 nahm das Europäische Parlament eine Resolution an, in dem es seinen Willen bestätigt, Assoziierungsabkommen mit den Ländern der östlichen Partnerschaft zu paraphieren oder zu unterzeichnen, »solange sie sich nicht russischem Druck beugen würden«. Stefan Füle, Kommissar für Erweiterung und Europäische Nachbarschaftspolitik, kritisierte das Verhalten Moskaus und betonte, dass ein Assoziierungsabkommen nach Jerewans Entscheidung ausgeschlossen sei.

Europäische Diplomaten indes benutzen seit Armeniens Kehrtwende oft die Metapher »die Tür ist zu, +

Europas Nachbar Armenien

1996 schloss die Europäische Union mit Armenien ein »Abkommen zur Partnerschaft und Kooperation« (PCA), das 1999 in Kraft trat. Seit 2001 ist Armenien Mitglied im Europarat und 2004 wurde das Land Teil der »Europäischen Nachbarschaftspolitik« (ENP) – eine Initiative, die die Union 2003 ins Leben gerufen hat, um die Kooperation mit Staaten vor den Grenzen der Union zu intensivieren, die keine mittelfristige Perspektive auf einen Beitritt haben. Mit der Schaffung dieses Instruments trug Brüssel seinem außen- und sicherheitspolitischen Ziel Rechnung, für politische und wirtschaftliche Stabilität in der regionalen Nachbarschaft der EU zu sorgen und so präventiv Bedrohungen wie organisierter Kriminalität oder Massenmigration entgegenzuwirken.

Trotz bilateraler ENP-Aktionspläne stellten sowohl die EU als auch die Partnerländer bald fest, dass man angesichts der großen Unterschiede zwischen den Ländern der ENP insbesondere für Osteuropa individuellere Strategien entwickeln musste. Auf dem Pra-

ger EU-Gipfel 2009 gründeten die Staats- und Regierungschefs daher die »Östliche Partnerschaft« – »Eastern Partnership«, kurz EaP – zu der mittlerweile Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Moldawien, Ukraine und Belarus gehören. Die Initiative zu diesem neuen Projekt ging vor allem vom polnischen Außenminister Radoslaw Sikorski und dem schwedischen Außenminister Carl Bildt aus.

Kurz- und mittelfristig verfolgt die EU mit der EaP eine wirtschaftliche und politische Kooperation, zum Beispiel durch Visaerleichterungen und einen Anschluss an den europäischen Binnenmarkt. Die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, aber auch energiepolitische Erwägungen spielen eine ebenso große Rolle. Konkret verhandelte die EU dafür mit den Mitgliedstaaten modellhafte europäische »Assoziierungsabkommen« und das »Tiefe und Umfassende Freihandelsabkommen«, das »Deep and Comprehensive Free Trade Agreement« (DCFTA), mit der Ukraine als integraler Bestandteil der EaP.

aber noch nicht verschlossen«. Und obwohl die geplanten Abkommen in weite Ferne gerückt sind, gibt es seit Ende vergangenen Jahres intensive Konsultationen zwischen Vertretern der EU und Armeniens.

Aus diesen Unterhandlungen tauchte Anfang Februar 2013 ein inoffizielles Arbeitspapier mit dem Titel »20 Points on the Eastern Partnership Post-Vilnius« auf. In diesem auf schwedische Initiative hin erstellten Dokument sprechen sich 13 EU-Mitglieder dafür aus, die Möglichkeiten für ein angepasstes Partnerschafts- und Kooperationsabkom-

nicht abschätzen. Kurzfristige haben sich bereits nach einem Besuch Putins in Jerewan am 2. Dezember 2013 gezeigt: Dort hat Russlands Präsident angekündigt, dass der russische Gaspreis für Armenien bald nur noch halb so hoch sei wie für Europa. Angesichts der regelmäßigen politischen Instrumentalisierung des Gaspreises durch den Kreml ist es allerdings fraglich, wie lange oder ob überhaupt dies der Fall sein wird. Des Weiteren haben Armenien und Russland einen Vertrag unterzeichnet, mit dem die Gazprom ihre armenische Tochter ArmRosGa-

Kreml gegenüber der »Europäischen Nachbarschaftspolitik« und insbesondere der EaP abzubauen. Gerät die Strategie an ihre Grenzen wie es jetzt der Fall zu sein scheint, muss Europa ein klares außenpolitisches Konzept inklusive entsprechender Instrumente entwickeln, um angemessen reagieren zu können.

Um weiterhin attraktiv zu bleiben, muss die Union letztendlich konkreter auf die Bedürfnisse der einzelnen Kandidaten eingehen und die entsprechenden europäischen Aktionspläne individueller gestalten. Schließlich kann auch das bisherige Fehlen klarer Konzepte – neben dem Druck Russlands auf sein »nahes Ausland« – für das Vilnius-Debakel der europäischen Ostpolitik im Fall Armeniens verantwortlich sein. ●●●

Moritz Esken hat an der Universität Duisburg-Essen einen M.A. in »Internationalen Beziehungen und Entwicklungspolitik« erworben.

WAR DAS BISHERIGE FEHLEN KLARER KONZEPTE FÜR DAS VILNIUS-DEBAKEL DER EUROPÄISCHEN OSTPOLITIK IM FALL ARMENIENS VERANTWORTLICH?

men mit Armenien – wie in Vilnius angekündigt – als vorläufige Alternative für Assoziierungsabkommen mit der EU zu sondieren.

Die Verfasser des Papiers fordern außerdem einen Dialog mit Russland, aber gleichzeitig »wohlkoordinierte Reaktionen auf mögliche russische Aktionen« und die Förderung und Verbreitung von Studien über die Vor- und Nachteile, die sich aus der Integration in russische oder europäische Strukturen für osteuropäische Staaten ergeben. Auch erkennen die Autoren des Papiers die Notwendigkeit »[to] strengthen the EU's role in the settlement of protracted conflicts«. Das Papier erwähnt diesbezüglich jedoch nur Georgien und Moldawien namentlich. Für die Lösung des Bergkarabach-Konflikts etwa hält es wenig Konkretes bereit.

Die langfristigen Konsequenzen von Sargsjans Absage an die EU für Armenien lassen sich noch

zprom zu 100 Prozent übernimmt. Im Gegenzug erließ der Kreml einen Teil der armenischen Schulden, die durch Gaslieferungen entstanden sind.

Sicherheitspolitisch wird sich für Armenien wenig ändern. Der Konflikt mit Aserbaidshan bleibt eingefroren und ungelöst. Das militärische Gleichgewicht zwischen den südkaukasischen Kontrahenten wird dabei weiterhin von der Tagespolitik Russlands abhängen. Für Putin scheint es weniger eine Rolle zu spielen, dass Armenien bald Mitglied der Zollunion ist, sondern vielmehr, dass es sich nicht in die EU integriert.

Noch ist Armenien kein offizielles Mitglied der Zollunion und es ist unklar, wie schnell diese Integration erfolgt. Das Zeitfenster sollte die EU für die Suche nach alternativen Integrationsmaßnahmen nutzen. Sie sollte den russisch-europäischen Dialog weiter mit dem Ziel ausbauen, die Vorbehalte des

Quellen und Links:

[Bericht »EU's New Eastern Partnership Draws Ire From Russia« der Deutschen Welle vom 21. März 2014](#)

[Non-Paper der EU »20 Points on the Eastern Partnership« vom 6. Februar 2014](#)

[Interview mit Thomas De Waal des armenischen Dienstes von Radio Free Europe/Radio Liberty vom 24. Januar 2014](#)

[Richard Giragosian: »Strategic Setback – Armenia and the Customs Union«, Forschungspapier des armenischen Thinktank »Regional Studies Center« vom 28. Oktober 2013](#)

[Länderbericht »Strategische Kehrtwende – Armeniens Beitritt zur Zollunion« der Konrad-Adenauer-Stiftung Tiflis vom 26. September 2013](#)



STÄHLERNE ZANKAPFEL

VON ANNA PRZYBYLL

Während Deutschland seit 1990 massiv abgerüstet hat, verfolgt Polen eine entgegengesetzte Verteidigungspolitik. Mit gebrauchten Kampfpanzern der Bundeswehr stärkt es seine Landesverteidigung. Das löst allerdings den Unmut der heimischen Rüstungsindustrie und der mächtigen Gewerkschaft Solidarność aus. Indes hütet der Düsseldorfer Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann seine Betriebsgeheimnisse eifersüchtig.

Ein Kampfpanzer vom Typ »Leopard 2A4« der polnischen 10. Panzer-Kavalleriebrigade. Foto: Wojska Lądowe

Bei der feierlichen Übergabe waren der polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski und die Verteidigungsminister Deutschlands und Polens, Peter Struck und Jerzy Szmajdziński, zugegen. Feierlich erhielt die polnische Armee im September 2002 die ersten 15 von 128 »Leopard 2A4« vom vorigen Benutzer Bundeswehr. Die »Leos« waren für die traditionsreiche 10. Panzer-Kavalleriebrigade aus Świątoszów in der Woiwodschaft Niederschlesien bestimmt, die heute Teil der »Nato Response Force« ist und im Kriegsfall dem Kommando der deutschen 1. Panzerdivision aus Hannover untersteht. Kurz bevor die Minister die Übergabeurkunde unterschrieben, hatte eine deutsche Panzerbesatzung mit polnischen Kameraden auf Kommando symbolisch +

die Plätze gewechselt. Jan Rydz, damals einer der Bataillonskommandeure der Brigade, meinte, dass der Wechsel der Ausrüstung zwar viel Arbeit bedeute, aber gleichzeitig »viel Freude« bereite.

Da die polnische Panzerbrigade mit Fahrzeugen und Gerät aus alten Beständen der Bundeswehr ausgestattet ist, leistet das Deutsche Heer bis heute logistische Unterstützung für die Versorgung mit systemspezifischen Ersatzteilen und Instandsetzung. Mit einem Offizier und Unteroffizier als Fachpersonal ist das Heer in Świątoszów präsent.

Überhaupt ist die Rüstungsk Kooperation Polens mit der Bundesrepublik umstritten: Die Lobby der polnischen Verteidigungsindustrie kritisiert ihre Regierung, weil sie sich für eine Technologie entschieden habe, deren Erlöse aus Umbau und Wartung der Panzer indirekt die deutsche Industrie versorgen. Der Rüstungskonzern Krauss-Maffei Wegmann zeigt sich denn auch stolz darüber, dass 3.500 Kampfpanzer »Leopard 2« bei rund 16 Streitkräften weltweit im Einsatz sind und man damit den Nato-Standard setzt; seit 2002 nun also auch in Polen.

und die Bereitstellung von geeigneter Infrastruktur in Polen zu Buche; mit rund 1,4 Millionen Złoty die Übersetzung und Bearbeitung der Betriebsanleitungen. Die Verwendung der 128 Panzer – 116 in der Truppe und 12 für die Schulung – kostet jährlich etwa 19 Millionen Złoty. Die Ausgaben für Munition sind nicht größer geworden als für die zuvor von der 10. Panzer-Kavalleriebrigade verwendeten PT-91 – ein polnischer Umbau des ex-sowjetischen Kampfpanzers T-72 – und betragen ungefähr 22 Millionen Złoty pro Jahr.

DAS VERTEIDIGUNGSMINISTERIUM BEHARRT AUF DEM STANDPUNKT, DASS DIE KOOPERATION POLEN DIE TÜR ZU NEUESTEN MILITÄRTECHNOLOGIEN ÖFFNET.

Der damalige Deal hat Polen rund 90 Millionen Złoty (circa 22 Millionen Euro) gekostet. Er beinhaltet die Panzer, ihren Transport, die Schulung und die Munition, wie auch die technische Ausrüstung für die Instandhaltung. Den Vorschlag, dass Polen überzählige deutsche Kampfpanzer übernimmt, hatte die Regierung Schröder im Jahr 2000 gemacht. Das Abkommen wurde Anfang 2002 unterschrieben. Das polnische Verteidigungsministerium hatte mit der Signierung zunächst noch gezögert, weil der Vertrag außer den Panzern zuerst auch Flugzeuge vom ex-sowjetischen Typ »MiG 29« beinhalten sollte. Polen hat dann erst im September 2003 von der deutschen Luftwaffe 22 Flugzeuge für einen symbolischen Euro pro Stück erworben, aus technischen Gründen wurden nur 14 Maschinen in den Dienst übernommen, von denen heute noch 11 in Gebrauch sind. Über die Übernahme der zwar an die Nato-Standards angepassten, aber damals schon 25 Jahre alten Maschinen gibt es immer noch erhebliche Kontroversen.

Einige konservative Abgeordnete des Sejm haben bemängelt, dass der Deal mit der Bundeswehr kein Offset-Vertrag war, der Polen die Übernahme der Technologie einschließlich der Produktion von Ersatzteilen gewähren würde. Wojska Łądowe, die polnischen »Landstreitkräfte«, erhalten keine Dokumentation für die Reparatur der Einzelkomponenten der »Leoparden« und erfahren ebenso wenig, mit welchen Materialien und Verfahren das Waffensystem gebaut wird.

Das Verteidigungsministerium beharrt dagegen auf dem Standpunkt, dass die Kooperation Polen die Tür zu neuesten Militärtechnologien öffnet und die Nutzungskosten überschaubar sind. Bis Ende 2003 standen alle 128 »Leoparden« auf polnischem Boden. Die Umstellung der deutschen Ausrüstung an polnische Anforderungen kostete zusätzlich 10 Millionen Złoty (2,4 Millionen Euro), davon etwa 6 Millionen für den Transport nach Polen. Mit etwa 2,6 Millionen Złoty schlug die Ausbildung der Techniker

Für den vergleichsweise äußerst geringen Kaufpreis hat die polnische Armee außerdem nicht nur 128 Kampfpanzer erhalten, sondern auch eine große Menge übriges Großgerät – darunter unter anderem vier Brückenlegepanzer, zehn Bergepanzer und verschiedene Panzersimulatoren sowie 20 Tonnen Ersatzteile und 375 Tonnen Munition. Nicht zuletzt eine Schulung für 600 polnische Soldaten in deutschen Ausbildungszentren im Wert von 160 Millionen Złoty.

Einen solchen »Schleuderpreis« für einstmals teuer erworbene Rüstung hat in der Folge der deutsche Bundesrechnungshof massiv kritisiert: Die Bundeswehr gebe, so die deutschen Haushaltsprüfer im August 2008, bei ihren »Verkäufen« mehr Geld aus, als sie einnehme – besonders im Fall des Deals mit Polen. Tatsächlich habe der Stückpreis für einen Panzer bei nur einem Fünftel des fast gleichzeitig erfolgten Verkaufs von 124 »Leos« an Finnland gelegen. Das Bundesverteidigungsministerium dage-

gen erklärte das Sonderangebot für Polen damit, dass es Probleme hatte, überhaupt noch zahlungswillige Abnehmer zu finden; also besser weniger für die außer Dienst gestellten Kampfpanzer zu bekommen, als gar nichts. Darüber hinaus habe man nach Polen – ein demokratisches Nachbarland – Waffen ohne politische Bedenken verkaufen können. Der Gegenvorschlag des Bundesrechnungshofes laut Handelsblatt hieß schlicht: »besser verschrotten«.

Trotz der Bedenken der heimischen Rüstungsindustrie hat sich Polen nun noch einmal für eine Lieferung aus Deutschland entschieden – nun allerdings annähernd zum Marktpreis für die neuere »Leopard«-Variante 2A5. Schon 2007 hatte das polnische Verteidigungsministerium einen Kauf von zusätzlichen 123 »Leoparden« für eine weitere Panzerbrigade in Erwägung gezogen, jedes Fahrzeug für circa 800.000 Euro. »Dieser deutsche Panzer ist sehr zuverlässig, welt-

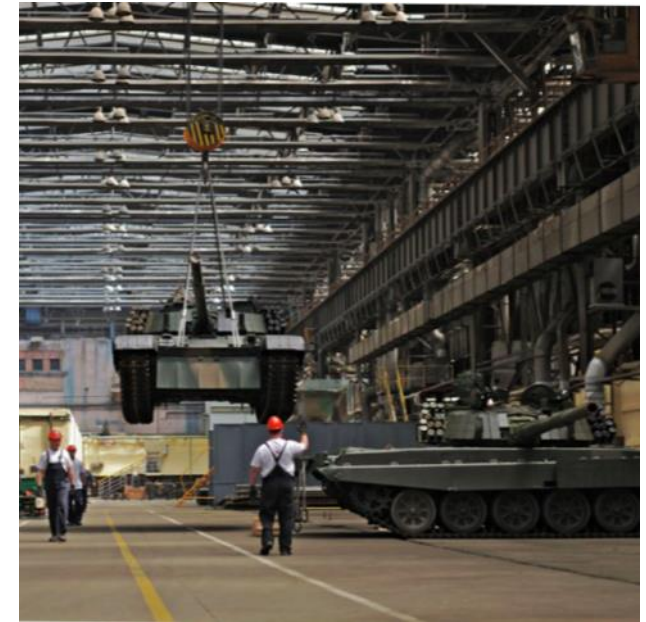
»Wir sind empört, dass, um die Bedürfnisse der polnischen Armee zu erfüllen, die Regierung vorhat, alte militärische Ausrüstung zu kaufen, die ein anderer Staat loswerden will. Doch in unserem Betrieb produzieren wir die neueste Generation von Panzern«, kommentierte der örtliche Solidarność-Vorsitzende in der oberschlesischen Fabrik des Rüstungsunternehmens Bumar Łabędy, Zdzisław Goliszewski. Ihm zufolge stünden solche Aktionen den Interessen der polnischen Verteidigungsindustrie entgegen. Darüber hinaus bemerkten auch Medien wie etwa das Internetmagazin Polskawe News, dass das Panzermodell PT-91 »Twardy« der Bumar Łabędy, heute die Polski Holding Obronny (»Polnische Verteidigungsholding«), als Exportprodukt Probleme bekommen kann, wenn potenzielle Käuferländer erfahren, dass Polen für die eigene Armee deutsche Panzer erwerben möchte.

DAS EXPORTMODELL PT-91 KANN PROBLEME BEKOMMEN, WENN POLEN FÜR DIE EIGENE ARMEE LIEBER DEUTSCHE PANZER ERWIRBT.

weit erprobt und sicherlich mindestens ebenso gut wie die beliebten deutschen Gebrauchtwagen«, erklärte ein hochrangiger Mitarbeiter des polnischen Verteidigungsministeriums später dazu.

Als die Gewerkschaft Solidarność im Mai 2007 an eine Kopie des Entwurfes der Absichtserklärung an die Bundeswehr gelangte, stellte sie sich dagegen: Polen produziere schließlich selbst Panzer. Ein Kauf von einem anderen Anbieter sei ein Handeln zum Schaden der polnischen Wirtschaft und der polnischen Steuerzahler protestierten Gewerkschaftler.

Aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Trotz wiederholter Proteste der Gewerkschaften hat das polnische Verteidigungsministerium nun bei Deutschland 119 Panzer vom Typ »Leopard« bestellt. Den Vertrag über die Rüstungslieferung haben der polnische Verteidigungsminister Tomasz Siemoniak und sein damals noch geschäftsführender deutscher Kollege Thomas de Maiziére am 22. November 2013 unterzeichnet. Siemoniak sagte der polnischen Presse, dass die Fahrzeuge zur technischen Modernisierung der Streitkräfte beitragen sollen. »Es ist +



Bedrohte Industriebasis: Die Polski Holding Obronny wartet in ihrem Betrieb in Gliwice die PT-91 »Twardy« des polnischen Heeres.

Bildquelle: www.pho.pl/programy/program-pancerny/ (4. Mai 2014)

nicht so, als ob die Bundeswehr ungewolltes Gerät abstößt – das ist kein Schrott«, betonte Siemoniak.

Der Auftrag im Wert von rund 180 Millionen Euro soll binnen zwei Jahren erfüllt werden. Deutschland wird im Rahmen der Vereinbarung das Material an Polen übergeben sowie Managementleistungen erbringen. Es geht um 105 »Leopard«-Kampfpanzer des Typs 2A5 und 14 Panzer in der Version 2A4. Beide Varianten sind Mitte der 1980er Jahre gebaut worden, aber nach Expertenmeinung lassen sich die Panzer noch 15 Jahre ohne Überholung nutzen. +

Anlässlich der Vertragsunterzeichnung hat der deutsche Minister daran erinnert, wie sich die geopolitische Situation seit dem Zusammenbruch des Kommunismus geändert hat. »Der ›Leopard‹ wurde entwickelt, um in der Zeit des Kalten Krieges im Ernstfall gegen die Truppen des Warschauer Pakts eingesetzt zu werden, eventuell auch gegen polnische Soldaten. Heute dienen die ›Leopard‹-Panzer unserer Zusammenarbeit im Rahmen der Nato«, sagte de Maizière.

General Waldemar Skrzypczak, stellvertretender polnischer Verteidigungsminister und für Kauf und Modernisierung der Waffen verantwortlich, fügte hinzu, dass der Erwerb der nächsten Tranche von »Leoparden« auch eine große Chance für die technische Entwicklung der polnischen Munitionsfabriken sei. »Ich kann mir nicht vorstellen, dass die weitere Modernisierung, Instandsetzung, Wartung und Munitionseinkäufe für die Panzer ohne polnische Beteiligung durchgeführt würden«, schien Skrzypczak die heimischen Kritiker des Geschäfts besänftigen zu wollen.

»Für uns wäre es günstiger, wenn wir folgendes bekommen würden: die Dokumentation für die Reparatur der Komponenten und der Baugruppen des Turmsystems sowie des Fahrgestells; und wenn wir erfahren würden, aus welchen Materialien und Technologien sie gemacht werden«, findet dagegen Elżbieta Wawrzynkiewicz, ein Vorstandsmitglied der »Militärischen Automobilbetriebe« in Posen, die die deutschen Panzer für die polnische Armee warten. Bis jetzt aber bleiben alle Herstellungsdetails geheim und liegen in deutschen Tresoren. Alles deutet darauf hin, dass es so bleiben wird und Polen keinen Zugang zu den deutschen Technologien bekommen wird.

Es gibt ebenso Pläne, die 128 »Leopard« 2A4 der 10. Panzer-Kavalleriebrigade zu modernisieren, um sie dem neueren Standard 2A5 anzugleichen. Um

das zu ermöglichen, müsste die polnische Rüstungsindustrie einen Teil der technischen Dokumentation vom Hersteller Krauss-Maffei Wegmann kaufen. Im Dezember hat denn auch das polnische Verteidigungsministerium eine Liste der Firmen bekanntgegeben, die an der Modernisierung interessiert sind. Der Gewinner der Ausschreibung ist noch nicht bekannt. Es haben sich drei gemischte polnisch-ausländische Konsortien gemeldet, darunter aber keines mit Beteiligung von Krauss-Maffei Wegmann. Das bedeutet, dass Polen die technologischen Informationen über den »Leopard« wohl nur aus zweiter Hand bekommen wird – wenn überhaupt. ...

Anna Przybyll *promoviert an der Fakultät für Journalismus und Politikwissenschaft der Universität Warschau zum Thema »Militärische Aspekte der Sicherheitspolitik Deutschlands nach 1945«.*

Quellen und Links:

[Website der deutschen Botschaft in Warschau zur militärpolitischen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Polen](#)

[Meldung »Deutschland und Polen unterzeichnen Vertrag zum Kauf von Leopard Kampfpanzern« des Bundesministeriums der Verteidigung vom 22. November 2013](#)

[Bericht »Bei Waffenverkäufen droht Verlustgeschäft« des Handelsblatts vom 24. August 2003](#)

[Antwort des polnischen Verteidigungsministeriums vom 30. Dezember 2002 auf die Parlamentarische Anfrage Nummer 2.299 über die Modernisierung der Streitkräfte \[Text in polnischer Sprache\]](#)

Militärische Nachbarschaft in Schwarz auf Weiß

Die rechtlichen und administrativen Grundlagen für die deutsch-polnische Zusammenarbeit im militärischen und militärpolitischen Bereich haben die Verteidigungsministerien der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen Anfang und Mitte der 1990er Jahre gelegt. Insbesondere »in Würdigung« des am 17. Juni 1991 geschlossenen deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags wurde die militärische Zusammenarbeit der beiden Streitkräfte offiziell im Januar 1993 vereinbart. Um diese Kooperation weiter zu vertiefen, wurde das Abkommen im Juni 2011 anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Nachbarschaftsvertrags noch einmal modifiziert. Die Grundlegendendokumente sind heute:

27. November 1992 Vereinbarung der Verteidigungsminister über offizielle Besuche und Arbeitsbesuche

25. Januar 1993 Abkommen über Zusammenarbeit im militärischen Bereich

17. August 1995 Vertrag über trilaterale deutsch-polnisch-dänische militärische Zusammenarbeit

5. November 1996 Vereinbarung über Zusammenarbeit auf wehrtechnischem Gebiet

18. November 1997 Vereinbarung über militärische Ausbildungshilfe

23. August 2000 Streitkräfteaufenthaltsabkommen; in Kraft seit 17. Januar 2002

18. Juni 2001 gemeinsames Richtlinienpapier zur militärischen und militärpolitischen Zusammenarbeit

9. Dezember 2008 Rahmenvereinbarungen für die bilaterale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der militärischen Ausbildung und im Verbindungswesen

27. Mai 2013 Absichtserklärung der beiden Verteidigungsminister über die intensive bilaterale Marinezusammenarbeit



PRAGER HERBST

VON MARTIN BIEBER

Tschechien befindet sich nicht nur wirtschaftlich, sondern vor allem politisch in der Krise. Ein machthungriger Präsident, Intrigen und Korruptionsskandale prägen die öffentliche Debatte und destabilisieren die junge tschechische Demokratie. Die Europäische Union schweigt bislang zu diesem bedenkenswerten Geschehen.

Malerisch liegt die ehrwürdige Prager Burg auf einem Hügel an der Moldau. Doch dort auf dem Fluss ragte im Oktober letzten Jahres eine große, knallig lilafarbene Hand empor und reckte dem Sitz des tschechischen Präsidenten einen gigantischen Mittelfinger entgegen. Die zehn Meter hohe Skulptur hatte der Künstler David Černý dort vor den letzten Parlamentswahlen installiert. Sie sollte den Zorn der tschechischen Bürger auf ihre Politiker verkörpern. Als Adressat war unschwer der Hausherr der Burg, Präsident Miloš Zeman, zu identifizieren. Wieso ist das Staatsoberhaupt Tschechiens Ziel dieser schwer übersehbaren öffentlichen Provokation geworden?

Einer der Gründe mag sein, dass der Präsident selbst ein Meister der Provokation ist. Einen Ein- +

Skulptur »Geste«, von David Černý, auf der Moldau vor der Prager Burg, 21. Oktober 2013 Foto: Jiří Nohýl/CC BY 3.0

blick in Zemans Gedankenwelt, die anscheinend von historischen Feindschaften vor allem Deutschland gegenüber geprägt ist, bietet bereits ein Interview Zemans mit dem österreichischen Politmagazin *Profil* aus dem Jahr 2002: Man dürfe nicht vergessen, sagte er da, »dass die Sudetendeutschen die fünfte Kolonne Hitlers waren, um die Tschechoslowakei als einzige Insel der Demokratie in Mitteleuropa zu zerstören. [...] Wenn sie also vertrieben o-

Zeitungen aufzukaufen. Babiš gilt aufgrund seines Vermögens von geschätzt zwei Milliarden US-Dollar als weniger anfällig für Korruption und zudem als effizienter »Macher«, der mit Agrofert ein europaweit tätiges Großunternehmen aufgebaut hat. Der Mann, der damit kokettiert, eben kein Politiker zu sein, kaufte im Sommer 2013 das Medienhaus MAFRA von der Rheinische Post Mediengruppe. Damit kontrolliert er die bedeutenden Tageszeitun-

Rechts-Partei TOP09 und ehemaliger Außenminister, aus neun Kandidaten den zweiten Wahlgang.

Als Schwarzenberg öffentlich die Beneš-Dekrete, die nach dem Zweiten Weltkrieg die Enteignung und Vertreibung der deutschen Minderheit in der Tschechoslowakei forciert hatten, kritisierte, provozierte das heftige Reaktionen in der Bevölkerung. Schwarzenberg, der viele Jahre in Österreich im Exil gelebt hatte, wurde daraufhin vorgeworfen, er wolle

DIE POLITISCHE DEBATTE IST VON POPULISMUS, NATIONALISMUS, EU-SKEPSIS, FREMDENFEINDLICHKEIT UND HOMOPHOBIE GEPRÄGT.

der transferiert worden sind, war das milder als die Todesstrafe.« Auf seinen Alkoholkonsum – Gerüchten zufolge genießt er täglich Wein, Pflaumenschnaps und Bier – angesprochen, äußerte er sich im öffentlich-rechtlichen tschechischen Fernsehen 2013: »Adolf Hitler war abstinent, Nichtraucher und Vegetarier und hat den Krieg verloren, während [...] Winston Churchill täglich eine Flasche Whisky, drei Flaschen Champagner trank und acht Zigarren rauchte – und er hat den Krieg gewonnen.«

Immer deutlicher wird, dass die politische Debatte in Tschechien von Populismus, Nationalismus, EU-Skepsis, Fremdenfeindlichkeit und Homophobie geprägt ist. Auf der Prager Burg sitzt ein Präsident, welcher den Islam als »Anti-Zivilisation« bezeichnet, Israel die ethnische Säuberung des Gazastreifens empfiehlt und Hetze gegen Sudetendeutsche betreibt.

Zugleich werden Erinnerungen an Italiens Silvio Berlusconi wach, da Andrej Babiš, Finanzminister, Milliardär und Parteichef der 2011 gegründeten, liberal orientierten ANO, begonnen hat, wichtige

gen Mladá fronta Dnes und Lidové noviny, aber auch Radio- und Fernsehsender sowie einige Online-Portale und sogar einen Mobilfunkanbieter.

Während Tschechiens Wirtschaft sich seit Ende 2011 in einer Rezession befindet, nutzt Präsident Zeman das Chaos unter den Parteien aus, um seine Macht auszubauen und seine Befugnisse dabei bis an die Grenzen der Verfassung auszudehnen. Die Wirtschaftskrise und ein von Korruption geschwächter Parlamentarismus sowie eine sich ausbreitende Instabilität des politischen Systems bedeuten, dass die Tschechische Republik sich von den Idealen der Europäischen Union von Demokratie, Freiheit, Menschenrechten und Stabilität zu entfernen droht.

Um die aktuelle politische Lage des Landes verstehen zu können, lohnt es sich, 2013 noch einmal Revue passieren zu lassen. Zu Jahresanfang fanden in Tschechien die Präsidentschaftswahlen zum ersten Mal als Direktwahl statt. Nach dem ersten Wahlgang am 11. und 12. Januar erreichten Miloš Zeman, bis 2007 Mitglied der sozialdemokratischen ČSSD, und Karel Schwarzenberg, Vorsitzender der Mitte-

den Sudetendeutschen ihr Eigentum zurückgeben. Der vermögende Aristokrat, den Sozialwissenschaftler vor allem als Kandidat der jungen Wähler gesehen hatten, konnte sich schließlich nur in den wohlhabenden und liberaleren Ballungsräumen wie Prag und Brünn gegen Zeman durchsetzen und verlor die Wahl mit 45,2 zu 54,8 Prozent. So prägte schließlich vor allem die Stigmatisierung Schwarzenbergs als »Deutscher« neben dem Thema Korruption die Präsidentschaftswahlen.

Nach Václav Klaus von der konservativen ODS, welcher von 2003 bis 2013 das Amt des Präsidenten ausgefüllt und mehrfach Stellung gegen die Europäische Union beziehungsweise den Vertrag von Lissabon und die Gleichberechtigung Homosexueller bezogen hatte, zog im März 2013 nun Miloš Zeman in die Prager Burg.

Die große politische Krise des Jahres 2013 trat ein, als am 17. Juni Premierminister Petr Nečas von der ODS von seinen Ämtern zurücktrat. Hintergrund war die Verhaftung seiner Büroleiterin vier Tage zuvor. Ihr wurde vorgehalten, mehrere Abge- +

TSCHECHIEN I

ordnete bestochen und die Ehefrau Nečas' mit Hilfe des Militärgeheimdienstes bespitzelt zu haben. Dabei hatten 400 Polizeibeamte 31 Wohnungen und Häuser durchsucht und neben Nečas' Büroleiterin auch einen ehemaligen Minister sowie mehrere Generale und Geheimdienstmitarbeiter festgenommen. Bei der Großrazzia wurden auch große Mengen an Gold und mehrere Millionen Euro in bar gefunden. Von den zahllosen Verwicklungen mit korrupten Unternehmern und Parlamentariern stimmt es dabei besonders bedenklich, dass Militär und Geheimdienst sich für die privaten Ränkespiele der Büroleiterin einspannen ließen, welche eine Affäre mit Nečas unterhalten haben und deswegen dessen Ehefrau überwacht haben lassen soll.

Miloš Zeman setzte sich im Anschluss an den Skandal über die Nominierung der neuen konservativen Kandidatin Miroslava Němcová für das Amt des Premierministers und damit die parlamentarische Mehrheit hinweg und nutzte die Chance, eine so genannte Expertenregierung aus ihm loyalen Politikern einzusetzen. Allerdings konnte dieses am 10. Juli angelobte Kabinett in der nötigen Vertrauensabstimmung nicht die Mehrheit im Abgeordnetenhaus für sich gewinnen. Da unklare Mehrheits-

Miloš Zeman und Miroslava Němcová, ehemalige Parlamentssprecherin und im Juni 2013 von ihrer konservativen ODS als Ministerpräsidentin nominiert. Der Linkspopulist Zeman weigerte sich, sie einzusetzen.

Foto: David Sedlecký/CC BY-SA 3.0



zent) und TOP09 12,0 Prozent (minus 4,7 Prozent) erhielten und somit von den tschechischen Wählern für ihre krisengeplagte und als korrupt verschriene Amtszeit abgestraft wurden. Nach knapp drei schwierigen Monaten der Koalitionsverhandlungen konnte

Landschaft, da nunmehr sieben Fraktionen im Abgeordnetenhaus vertreten sind, und zum anderen darin, dass mit ANO und der nationalistischen Úsvit zwei neu gegründete Parteien auf Anhieb den Sprung ins Parlament geschafft haben und dabei

ZEMAN HAT SEINE ANKÜNDIGUNG, EIN »AKTIVES« STAATSOBERHAUPT ZU SEIN, WAHR GEMACHT UND NIMMT IMMER MEHR EINFLUSS AUF DIE TAGESPOLITIK.

verhältnisse herrschten, wurden für den 25. und 26. Oktober Neuwahlen angesetzt.

Aus den Neuwahlen gingen die sozialdemokratische ČSSD mit 20,5 Prozent und Babiš' ANO mit 18,7 Prozent als Sieger hervor, während die ehemaligen Regierungsparteien ODS 7,7 Prozent (minus 12,5 Pro-

Zeman am 29. Januar 2014 das neue Kabinett aus ČSSD, ANO und den Christdemokraten der KDU-ČSL, die 7 Prozent der Stimmen erlangte, unter Führung des Sozialdemokraten Bohuslav Sobotka anloben.

Die Problematik dieses Wahlergebnisses liegt zum einen in der Zersplitterung der politischen

gemeinsam etwa ein Viertel aller Stimmen auf sich vereinen konnten. Der Grund dafür liegt in der tiefen Enttäuschung der tschechischen Wähler über die politische Klasse des Landes, welche gemeinhin als inkompetent und bestechlich gilt. So glauben laut einer Umfrage des Gallup-Institutes von 2013 +

94 Prozent der Tschechen, dass Korruption in der Regierung verbreitet sei.

Von dieser Situation profitiert Präsident Zeman. Nachdem er seine Ankündigung, ein »aktives« Staatsoberhaupt zu sein, wahr gemacht hat und immer mehr Einfluss auf die Tagespolitik nimmt, ist Zemans Stil eine Herausforderung für den parlamentarisch-demokratischen Charakter der tsche-

chischen Verfassung. Doch der Wille Zemans, die tschechische Politik von der Burg aus zu gestalten, verbleibt nicht bei den Parteien. Die Auswahl von Botschaftern beispielsweise wird traditionell von Außenminister und Ministerpräsident getroffen, der Präsident übernimmt nur die formelle Ernennung. Zeman jedoch gab bereits Empfehlungen für die vakanten wichtigen Botschafterposten in Moskau und Bratislava ab.

Zeman, der sich selbst im Dezember 2008 als europäischen Föderalisten bezeichnete, hingegen unterstützt eine Erweiterung der EU, befürwortet eine Euro-Einführung in Tschechien und sprach sich seinerzeit auch für die Ratifizierung des Lissabonner Vertrages aus. Vielleicht will man in Brüssel den temperamentvollen Herrn Zeman nicht als Feind haben und lässt den Mittelfinger daher in der Ta-

LÄSST BRÜSSEL VOR DEM TEMPERAMENTVOLLEN HERRN ZEMAN DEN MITTELFINGER LIEBER IN DER TASCHE STECKEN?

chischen Verfassung. Diese sieht nämlich für das Amt des Präsidenten eine ähnliche Rolle vor wie das deutsche Grundgesetz für den Bundespräsidenten: eine primär repräsentative.

Obwohl die von Zeman eingesetzte Expertenregierung gescheitert ist und seine linkspopulistische Partei SPOZ den Einzug ins Abgeordnetenhaus verpasst hat, wird dies den Präsidenten wohl kaum davon abhalten, die durch seine Direktwahl gewonnene politische Macht auch zu nutzen und die Verfassung immer weiter auszureizen.

Udenkbar wäre in anderen europäischen Nationen wie etwa Deutschland oder Großbritannien, dass der Bundespräsident respektive die Queen ihr Missfallen über designierte Minister äußern würden. Miloš Zeman, nach seinem Austritt aus der ČSSD der Partei in tiefer Abneigung verbunden, jedoch pflegt seinen eigenen, alles andere als zurückhaltenden, Stil. So führt der ČSSD-Vorsitzende Sobotka die interne Krise seiner Partei auch auf die destruktive Einflussnahme und Intrigen des Präsidenten zurück, dem nachgesagt wird, der parteiinterne Putschversuch gegen Sobotka vor den Wahlen sei sein Werk.

In einem anderen Fall weigerte sich der Präsident, den homosexuellen Literaturwissenschaftler Martin C. Putna zum Professor zu ernennen – dessen Teilnahme an einer Schwulendemo sei mit der Würde des Amtes nicht vereinbar – und gab in Interviews seine ganz persönliche Meinung zu innenpolitischen Streitfragen wie etwa dem Mindestlohn kund.

Definitiv ist Miloš Zeman nach dem rechtspopulistischen Václav Klaus eine nicht minder streitbare Besetzung als Präsident Tschechiens. Und so kann Zeman auch als Verkörperung einer politischen Elite gesehen werden, die in der Bevölkerung Vertrauen verspielt hat und eben auch öffentliche Kritik in Form gigantischer, purpurner Mittelfinger provoziert.

Die EU selbst jedoch verbleibt gegenüber Zeman stumm – im Gegensatz beispielsweise zu Brüssels Haltung gegenüber der aggressiv-nationalen Politik des ungarischen Premierministers Viktor Orbán. Allerdings inszeniert sich Orbán auch als Verfechter ungarischer Interessen gegen ausländische Investoren und »Invasoren« wie die Brüsseler Bürokratie und feiert das Magyarentum.

sche stecken. Fraglich ist allerdings, wie lange Europa der Erosion der Demokratie in einem weiteren Mitgliedsland der Union noch zusehen kann. ••

Martin Bieber ist Masterstudent der Military Studies – Militärgeschichte/Militärsoziologie in Potsdam.

Quellen und Links:

[Länderbericht »Parlamentswahlen in Tschechien« der Konrad-Adenauer-Stiftung in Prag vom 28. Oktober 2013](#)

[Kommentar »Democratic Failure In The Czech Republic Authors A Communist Revival« von Doug Bandow, Senior Fellow des Cato Institute, vom 7. Oktober 2013](#)

[Bericht »Tschechiens neuer Präsident Zeman: Der Polterer von Prag« von Spiegel Online vom 26. Januar 2013](#)



TRIP ÜBER GRENZEN

VON PHILIPP JANSSEN

Ein alter Bekannter kehrt zurück: Seit zehn Jahren nimmt der Schmuggel von Crystal Meth aus Tschechien nach Deutschland stetig zu, um gerade in den letzten Jahren regelrecht zu explodieren.

Längst betrifft der Handel mit dem Rauschgift dabei nicht mehr nur die Partyszene der angrenzenden Bundesländer Bayern und Sachsen.

»Ich habe gestern Nacht nur zwei Stunden geschlafen«, schrieb der junge Soldat Heinrich Böll am 21. November 1939 seinen Eltern, »aber ich muss jetzt wach bleiben, Pervitin wird übrigens bald anfangen zu wirken, und das wird mir über diese Müdigkeit hinweghelfen.« Böll war einer von zehntausenden Wehrmachtsangehörigen, die das 1938 von der Preuß & Temmler AG auf den Markt gebrachte »Wachhaltungsmittel« regelmäßig konsumierten. Das Berliner Chemieunternehmen hatte das Methamphetamin erfunden – also den Stoff, der heute unter der Bezeichnung »Meth«, »Crystal« oder »Crystal Meth« zunehmend in den Drogenberichten der Bundesregierung auftaucht.

Die insbesondere 1939 und 1940 millionenfach ausgegebene und als »Panzerschokolade« bekannte +

Razzia des tschechischen Zolls auf einem »Vietnamesenmarkt« in der Region Pilsen im April 2014. Foto: Zollverwaltung der Tschechischen Republik/CC BY-NC-ND 3.0 CZ

Substanz sorgte dafür, dass den Soldaten der Wehrmacht während der Feldzüge in Polen, Norwegen und Frankreich sowie am Himmel über England vor Erschöpfung nicht die Augen zufielen. Doch schnell zeigten sich teils gravierende Nebenwirkungen. So benötigte der Körper nach der Einnahme immer längere Erholungsphasen, in denen außerdem zu-

ziehungsweise herzustellen war. Der Stoff kam dabei aus kleinen Drogenküchen innerhalb der Szene. Ihn zu produzieren stellte keinen großen Aufwand dar, denn die Kosten waren gering und man benötigte für die Herstellung nur ein grundlegendes Verständnis von Chemie. Der Grundstoff Ephedrin wurde als Basis für Hustensaft in der ČSSR produziert,

ihnen gingen nach Vietnam zurück. Die wenigen, die blieben, suchten und fanden Nischen der Erwerbstätigkeit. Derzeit leben über 60.000 Vietnamesen in Tschechien und arbeiten zu 90 Prozent im Handel und in der Gastronomie. Die mehrheitlich von ihnen betriebenen Stände auf den so genannten »Vietnamesenmärkten« reihen sich wie eine Perlen-

PERVITIN WURDE VOM »WACHHALTEMITTEL« DER WEHRMACHT ZUR BILLIGEN OSTBLOCKDROGE ...

nehmend Depressionen bei den Betroffenen auftraten. Bei längerer Einnahme musste man die Dosen in Menge und Frequenz erhöhen, um weiterhin die gewünschte Wirkung zu erzielen, und bei den Nutzern zeigten sich vermehrt Suchtanzeichen und deutlicher körperlicher Verfall.

Daher durfte »Pervitin«, so der Markenname, ab Mitte 1941 nicht mehr frei in der Apotheke verkauft werden, war aber über Umwege immer noch erhältlich. Gegen Kriegsende war die Gesellschaft daher auch mit pervitinabhängigen Kriegsheimkehrern konfrontiert. Zur selben Zeit gelangte die Rezeptur und das Know-how der Fertigung in die USA, die damit ihrerseits im Vietnamkrieg ihre Soldaten wachhielten – und damit dieselben Probleme hatten, wie vorher die Wehrmacht. In der westlichen Welt wurde die Herstellung von Pervitin schließlich 1988 eingestellt und das Mittel verschwand vom Markt.

Östlich des Eisernen Vorhangs ging die Karriere des Stoffes jedoch weiter. Denn in den frühen 1970er Jahren entdeckte die Drogenszene der Tschechoslowakei das Aufputzmittel für sich, das dort heute noch Pervitin genannt wird. Es war damals die einzige synthetische Droge, die im »real existierenden Sozialismus« leicht zu beziehen be-

war daher verfügbar und wurde nun als Grundstoff zum Kochen von Pervitin genutzt.

Durch diese problemlose Selbstversorgung waren die Nutzer weder von Drogenkartellen abhängig, noch existierte ein nennenswertes Problem mit Beschaffungskriminalität oder dem Schmuggel des Stoffs über Nachbarstaaten. Nach dem Fall des Eisernen Vorhangs boomte auch in der 1992 neu entstandenen Tschechischen Republik der Drogenkonsum, die Meth-Szene wurde größer, versorgte sich aber weiterhin überwiegend selbst. Bis vor wenigen Jahren war das Hauptproblem mit der Meth-Szene in Tschechien daher auch der Umstand, dass die Nutzer dort sich das Pervitin vornehmlich spritzten und sich daher durch mehrfach verwendete Nadeln Hepatitis B und C sowie HIV innerhalb der Szene stark verbreiteten.

Doch seit Mitte der 2000er entdeckten weitere Akteure das Meth für sich und veränderten die Situation grundlegend. In den 1980er Jahren waren, wie in der ehemaligen DDR, vietnamesische Staatsbürger als Vertragsarbeiter in die Tschechoslowakei gekommen, um den dortigen Arbeitskräftemangel zu lindern. Nach 1989 waren sie jedoch vielerorts die Ersten, die entlassen wurden und viele von

schnur an der deutsch-tschechischen Grenze aneinander und bieten den zumeist deutschen Kunden preiswerte Waren an.

Wenngleich der überwiegende Teil dieser Geschäfte völlig legal ist, bildete und etablierte sich im Schatten dieser Märkte, gerade im Bereich des Zigaretten-schmuggels, eine regelrechte »vietnamesische Mafia«. Sie verfügt seit den 1990er Jahren über weitverzweigte Produktions- und Distributionsnetze für gefälschte Markenzigaretten und -produkte. Nachdem die tschechische Polizei jedoch seit Anfang der 2000er Jahre massiv gegen den Schmuggel von gefälschten Waren und vor allem gefälschten Zigaretten vorging, suchten und fanden sie ein Kompensationsgeschäft: das Herstellen und Vertreiben von Meth.

Schnell entwickelten sich die »Vietnamesenmärkte« so zum Dreh- und Angelpunkte des Meth-Handels und zum Ausgangsort des zunehmenden Schmuggels nach Deutschland. Wurde das Meth anfangs noch direkt an den Ständen auf den Märkten hergestellt und verkauft, imitierten die neuen Crystal-Köche später die alteingesessene tschechische Pervitin-Szene. Sie kochten den Stoff in kleinen Küchen fernab der Märkte, häufig in unauffälligen Abrisshäusern. Diese weit verbreiteten kleinen +

TSCHECHIEN II

Produktionsstätten erschwerten den wirksamen Zugriff durch die Exekutive und verhindern den »großen Schlag« gegen die Produzenten.

Selbst als die tschechische Polizei 2008 eine Rekordmenge von 458 Drogenküchen aushob, stieg der Schmuggel aus Tschechien trotzdem insgesamt weiter an. Der letzte Trend, um den Behörden zu entgehen, waren fahrende Meth-Küchen, die frapierend an die Pilotfolge der amerikanischen Erfolgsfernsehserie »Breaking Bad« erinnern, in der die Protagonisten ihr erstes Meth ebenfalls in einem Campingmobil kochen.

Waren es 2009 nur etwas mehr als sieben Kilogramm, steigerten sich die sichergestellten Mengen im Berichtsjahr 2012 auf bereits 75 Kilogramm. Vor dem Hintergrund, dass bereits Dosen von 80 bis 100 Milligramm ausreichen, um massive Wirkungen zu erzielen, sind dies beträchtliche Mengen. Die Ent-

wicklungen bei den Zahlen erstaunlicher Konsumenten harter Drogen stimmen mit diesen steigenden Sicherstellungen überein: So löste in dieser Kategorie laut »Drogen- und Suchtbericht« der Drogenbeauftragten der Bundesregierung im Bundesministerium für Gesundheit Methamphetamin 2013 erstmals das Heroin ab. Die Zahl der amtlich erfassten Meth-Erstkonsumenten stieg im Vergleich zum Vorjahr – von 1.693 auf 2.556 Personen – um 51 Prozent an. Diese Zahlen spiegeln auch einen bereits länger auffälligen Trend wieder: weg vom Heroin und hin zu synthetischen Drogen. Erfasst sind jedoch nur die aktenkundigen Fälle, die Dunkelziffer liegt erfahrungsgemäß wesentlich höher.

Derweil vergeht kaum ein Tag, an dem der deutsche Zoll nicht via Pressemitteilung über erneute Funde von Crystal Meth berichtet. Dabei ist eine Entwicklung festzustellen: Während Deutsche und

Tschechen zumeist nur mit kleinen Mengen des Aufputzmittels aufgegriffen werden, finden sich bei aufgegriffenen Personen mit vietnamesischem Hintergrund mitunter größere Mengen in zum Teil sehr ausgefeilten Verstecken. So stellte der deutsche Zoll beispielsweise am 4. Februar diesen Jahres drei Kilogramm Crystal am Körper eines Mannes vietnamesischer Herkunft und in der Radverkleidung seines Autos sicher.

Auffällig ist zudem, dass das in letzter Zeit sichergestellte Methamphetamin im Schnitt ein durchweg gleichbleibenden hohen Reinheitsgrad aufweist, was darauf hindeutet, dass der Stoff aus einer Produktion kommt. Die Zeit der ausschließlichen Subsistenz-Meth-Produktion der tschechischen Pervitin-Szene scheint vorüber – der Trend geht offenbar klar zur Konsolidierung des zunehmend lukrativen Meth-Marktes mit wenigen, größeren Produzenten. +



Foto: Wikimedia Commons/Radspunk/CC-BY-SA 3.0

Spitzenprodukt aus böhmischen Drogenküchen

Methamphetamin überwindet dank seiner chemischen Beschaffenheit die Blut-Hirn-Schranke schneller als beispielsweise Amphetamin und kann dadurch schneller und stärker wirken. Zudem können Konsumenten es schnupfen, schlucken, rauchen oder injizieren.

Der Stoff veranlasst bei Einnahme das Gehirn dazu, das Glückshormon Dopamin und das den Herzkreislauf anregende Noradrenalin auszuschütten. Bei den Nutzern stellt sich dadurch starke Euphorie, verringertes Schlafbedürfnis, gesteigerte Leistungsfähigkeit, gemindertes Hunger- und Durstgefühl und als Nebeneffekt zudem häufig ein gesteigertes sexuelles Verlangen ein.

Durch die intensive Wirkung macht Methamphetamin sehr schnell und hochgradig psychisch abhängig, teilweise bereits bei der ersten Einnahme. Die erheblichen Nebenwirkungen der Droge sind zum Teil schwere Herzrhythmus- und -Schlafstörungen, übersteigerte Egozentrik, durch den Schlafmangel hervorgerufene paranoide Wahnvorstellungen, latente Schizophrenie, Schwächung des Immunsystems, Magenschmerzen und sogar -durchbrüche, sinkende sexuelle Leistungsfähigkeit, Aggressivität sowie Muskelkrämpfe. Typische äußerliche Zeichen für Meth-Konsum sind Hautentzündungen, Haarausfall, Gewichtsverlust und kariöse Zähne – der so genannte »Meth-Mund« – bis hin zu Zahnausfall.

Die These einer zunehmenden Professionalisierung stützt auch ein Fund vom Mai 2013 im Hamburger Hafen. Dort wurden in einem Container angeblich für Waschmittel, der den Frachtpapieren zu Folge für Tschechien bestimmt war, 30 Tonnen Phenylbrenztraubensäure, so genanntes APAAN, aus China entdeckt. Diese Verbindung kann zu Phe-

etwa 0,7 Liter Phenylacetone synthetisieren lassen, war hingegen bislang kaum überwacht, der Stoff seit den 1990er Jahren von asiatischen Herstellern relativ problemlos zu beziehen. Auf Grund der jüngsten Entwicklungen ist der Handel mit APAAN allerdings seit dem 1. Januar 2014 nun ebenfalls genehmigungspflichtig.

... UND EROBERT HEUTE ALS CRYSTAL METH DIE DEUTSCHE LEISTUNGSDRUCKGESELLSCHAFT.

nylacetone synthetisiert werden und ist ein möglicher Grundstoff für die Herstellung von Methamphetamin. Es ist mit einem Preis von etwa 20.000 Euro pro Tonne sehr günstig und daher für die Herstellung von Meth, im Sinne der Gewinnmaximierung, ein lukrativerer Ausgangsstoff als das in der Pervitin-Szene vor allem benutzte Ephedrin – nicht zuletzt, da sowohl die Qualität als auch die gewonnene Menge des Endprodukts deutlich höher liegen.

Dieser Fund war kein Einzelfall: Seit 2009 verzeichnet Europol steigende APAAN-Lieferzahlen nach West- und Osteuropa. Ende Februar dieses Jahres gingen dem Hamburger Zoll erneut fünf Tonnen des Meth-Grundstoffes ins Netz.

Doch nicht nur die sichergestellten Mengen deuten auf eine Professionalisierung der Meth-Produktion hin. Die Verwendung von APAAN – und eben nicht mehr Ephedrin – als Ausgangsstoff knüpft an industrielle westeuropäische Herstellungsmethoden aus den 1970er Jahren an, denn damals wurde Meth schon einmal vorrangig auf Basis von Phenylacetone produziert. Um dies zu bekämpfen, unterliegt der Handel mit diesem Meth-Grundstoff seit 1980 einer strengen Überwachung. Der Handel mit APAAN, aus welchem sich pro Liter

Die Professionalisierung der Produktion geht derweil einher mit einer steigenden Nachfrage nach dem Stoff. In der Partyszene Bayerns und Sachsens hat sich das billige Methamphetamin als Mittel zum Durchtanzen ganzer Nächte bereits fest etabliert. Berlin hat es ebenfalls erreicht, was nicht zuletzt dadurch erleichtert wurde, dass auch der Handel mit geschmuggelten Zigaretten dort einen enormen Absatzmarkt hat und fest in vietnamesischer Hand liegt – die Distributionskanäle waren bereits vorhanden.

In seinem gerade erschienenen Buch über Crystal Meth konstatiert der Bayreuther Suchtmediziner Roland Härtel-Petri, dass die Droge neben der Partyszene jedoch zunehmend einen weiteren Kundenkreis anspricht: die deutsche Leistungsgesellschaft. Verschiedene Studien der vergangenen Jahre bestätigen diesen Befund und stellen fest, dass durch den ständig steigenden Erfolgsdruck in Studium und Job die Hemmschwelle breiter Gesellschaftsschichten, leistungssteigernde Mittel einzunehmen, immer stärker sinkt, um tatsächlichen oder vermeintlichen Erwartungen zu genügen. Diese gestiegene Bereitschaft zum Konsum im Zusammenspiel mit dem extrem niedrigen Straßenpreis von zwei bis zwölf Euro pro Konsumeinheit von 100 Milligramm Meth erschließt

der Droge immer neue Abnehmerkreise. So wies die Psychiaterin Christa Roth-Sackenheim beispielsweise in der *Frankfurter Allgemeinen* kürzlich auf den alarmierenden Trend hin, dass auch Studierende aus Angst vor dem Scheitern in der Prüfungsphase immer häufiger zu Meth greifen würden – häufig mit gravierenden Folgen für ihre Gesundheit.

Es bleibt abzuwarten, ob die deutschen und tschechischen Behörden diese Entwicklung in den Griff bekommen werden. Der derzeitige Trend macht allerdings wenig Hoffnung. ...

Philipp Janssen hat in Bochum und Berlin Geschichte und Germanistik studiert.

Quellen und Links:

[Interview »Crystal Meth vor der Uni-Klausur ist eine Riesenversuchung« bei FAZ online mit der Suchtexpertin Christa Roth-Sackenheim vom 11. März 2014](#)
[Drogen- und Suchtbericht 2013 der Drogenbeauftragten der Bundesregierung im Bundesministerium für Gesundheit vom Mai 2013](#)
[Europäischer Drogenbericht 2013 der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht vom Mai 2013](#)
[Studie zu Crystal-Meth der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht und Europol vom Juli 2009](#)

NEU ERSCHIENEN

Wissenschaft und Sicherheit | Band 8

DAS ZEITALTER DER EINSATZARMEE

Auslandseinsätze der Bundeswehr sind mittlerweile seit mehr als einem Jahrzehnt Element deutscher Außen- und Sicherheitspolitik und dennoch ist die Diskussion über die Gestaltung dieses Instrumentes so offen wie zu Beginn der Einsätze. Die Bundeswehr hat sich grundlegend gewandelt und ist in der öffentlichen Wahrnehmung und aufgrund der Bündelung ihrer Fähigkeiten eine Einsatzarmee.

Besonders aber in der Gegenüberstellung einer Einsatzarmee mit weltweiten Operationen und dem gesellschaftlichen Leitbild der Zivilgesellschaft sind zahlreiche rechtliche und ethische Fragen aus der Einsatzrealität heraus entstanden und müssen von Politik, Gesellschaft und Streitkräften beantwortet werden. Wie lassen sich rechtsstaatliche Prinzipien bei Kampfeinsätzen wahren? Welche Antworten finden sich für ethische Dilemmata in asymmetrischen Konflikten mit zahlreichen Konfliktparteien, die ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung operieren? Sind Kampfdrohnen Element eines Ausweges aus ethischen und rechtlichen Konflikten oder sind sie im Gegenteil eine weitere Verschärfung zulasten ethischer und rechtlicher Standards?

„Das Zeitalter der Einsatzarmee – Herausforderungen für Recht und Ethik“ ist hierbei ein fachlicher und auch politischer Beitrag zur aktuellen Diskussion der Reform der Bundeswehr.

FABIAN FORSTER, SASCHA VUGRIN, LEONARD WESSENDORFF (HRSG.)

DAS ZEITALTER DER EINSATZARMEE | HERAUSFORDERUNGEN FÜR RECHT UND ETHIK

Berliner Wissenschafts-Verlag 2014, 32,00 €, 280 Seiten

BWV.VERLAG-ONLINE.EUWWW.SICHERHEITSPOLITIK.DE



Überstaatlich, zwischenstaatlich, oder einfach nur undemokratisch?

von Matthieu Choblet



Die Eurokrise hat der altbekannten Kritik, dass Behörden der Europäischen Union zu viel Macht erlangten, wieder neuen Aufwind verschafft. Im Zuge des Krisenmanagements hätten supranationale Organe, wie Kommission und Zentralbank, den Mitgliedstaaten der Union noch weitere Kompetenzen entzogen. Der Blick ist aber einseitig. Auch intergouvernementale Verfahren haben an Bedeutung gewonnen, der Nationalstaat besitzt noch immer eine starke Stimme. Das Problem bleibt in beiden Fällen, dass die demokratische Legitimation bedroht ist.

Der europäische Integrationsprozess steht nicht erst seit Ausbruch der jüngsten Finanzkrise in der Kritik. Das wurde bereits bei den Referenden über den europäischen Verfassungsvertrag deutlich. In der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2007 hat die Skepsis aber noch einmal erheblich zugenommen.

Dabei zielt die Kritik zumeist auf die supranationalen Organe der EU. Gemeint sind Institutionen wie die Europäische Kommission, an die die Nationalstaaten Kompetenzen abgetreten haben. Die EU-Kommissare vertreten im Idealfall deshalb nicht die Interessen ihres Heimatlandes, sondern die grenzüberschreitenden Anforderungen an ihr Ressort. Wenn sie dann aber aus mitgliedstaatlicher Sicht unpopuläre Entscheidungen treffen, müssen sie sich von der nationalen Öffentlichkeit und ihren Politikern schon mal vorhalten lassen, eine »Flaschenmannschaft« zu sein – so beispielsweise wörtlich der CSU-Parteivize Peter Gauweiler auf dem jüngsten politischen Aschermittwoch seiner Partei. Ob sich beispielsweise der deutsche Energie-Kommissar Günther Oettinger davon beleidigt fühlt, ist nicht klar.

Das Gegenstück zur Supranationalität ist der Intergouvernementalismus. Er kennzeichnet sich durch das Fortbestehen nationaler Entscheidungskompetenzen und wird besonders durch den Rat der Europäischen Union verwirklicht, in den jeder Mitgliedstaat einen Vertreter nationaler Interessen entsendet. So steht etwa Wolfgang Schäuble für die Bundesrepublik in Fragen der Währungsunion ein, Sigmar Gabriel verhandelt über Energiepolitik. Dass intergouvernementale Institutionen kritisiert werden, erlebt man in den Mitgliedstaaten – mindestens von Seiten der Politik – weitaus seltener, schließlich geht es hier um die eigenen nationalen Interessenvertreter.

Erste Prognosen über das Abstimmungsverhalten der Bürger zu den Europawahlen im Mai dieses Jahres zeigen einen deutlichen Zuwachs für euroskeptische Parteien. Einige dieser Parteien sehen sich als Verteidiger des Nationalstaates. Nichts anderes hat etwa der französische rechtspopulistische »Front National« im Sinn, wenn er davon spricht, Frankreichs nationale Souveränität wiederherzustellen. Die Verknüpfung von EU-Skepsis und dem Ruf nach einer Rückkehr zum Nationalstaat ist allerdings nicht in allen Fällen auf nationalistische Begeisterung zurückzuführen. Sie ist oft schlicht der Erkenntnis geschuldet, dass die europäische Demokratie, allen Integrationsschritten zum Trotz, auf der Ebene der EU-Institutionen noch nicht hinreichend etabliert ist und im Wesentlichen auf das Regieren *innerhalb* ihrer Mitgliedstaaten beschränkt bleibt. Demokratie und nationalstaatliche Souveränität gelten vielen deshalb als untrennbar.

Die Kritik an der Union und ihren supranationalen Institutionen, ebenso wie der Ruf nach einer Stärkung intergouvernementaler Verfahren, spiegeln demnach häufig einen Wunsch nach mehr demokratischer Legitimität. Ob die

EU durch die Stärkung der Staats- und Regierungschefs aber demokratischer wird, ist fragwürdig.

Tatsächlich hat die Krisenpolitik der letzten Jahre ihre Spuren im Gefüge der europäischen Institutionen hinterlassen. Erstaunlich sind jedoch die völlig gegensätzlichen Meinungen, die es zu diesen Veränderungen gibt. Jeder, der sich schon einmal mit der EU befasst hat, wird mit dem Vorwurf vertraut sein, in den letzten Jahren sei zu viel Macht nach Brüssel transferiert worden. Der Nationalstaat werde durch die fortschreitende europäische Integration zugunsten eines supranationalen Konstruktes geschwächt. Einige Äußerungen sind da wohl die Spitze des Eisberges eines allgemeinen Stimmungsbilds: Maßnahmen gegen die »ausufernden Bestrebungen zu [EU-]Zentralismus« fordert etwa die AfD; und ein CDU-Kandidat für die Europawahl tritt mit dem Slogan an »Deutschland stärken – Kommission bändigen«.

Wer sich noch intensiver mit diesem Thema beschäftigt, wird aber auch schon die Klage gehört haben, dass die Krise und die Maßnahmen zu ihrer Bewältigung den gemeinschaftlichen und supranationalen Rahmen eher geschwächt hätten. Beide Seiten können mit guten Argumenten aufwarten.

Wer beweisen will, dass die Supranationalität in der EU überhand nimmt, verweist auf das jüngste Handeln der Europäischen Zentralbank (EZB), mit Sitz in Frankfurt am Main. Als hochgradig unabhängige Institution bestimmt sie allein die Geldpolitik der Europäischen Währungsunion. Zwar sind im obersten Beschlussorgan der Zentralbank, dem EZB-Rat, die nationalen Notenbanken ver-

Populäre Entscheidungen verbucht nur der Nationalstaat.

treten. Jedoch genießen auch diese innerhalb der Eurozone einen hohen Grad politischer Unabhängigkeit von ihren Regierungen und Parlamenten.

Zu den neuesten Einflussmöglichkeiten der EZB zählt an erster Stelle ihre Mitgliedschaft in der »Troika«, einem Gremium, das die Anpassungsprogramme für überschuldete Eurostaaten entwirft und deren Umsetzung überwacht. Es besteht aus der Europäischen Kommission, dem Internationalen Währungsfonds und der EZB. Mittels der Troika kann sich die Zentralbank direkt in jedes Politikfeld der Programmstaaten einmischen. Außerdem kommt ihr als neuem Aufsichtsorgan innerhalb der Bankenunion eine wichtige Rolle bei der Rekapitalisierung oder Abwicklung insolventer Banken zu.

+

Das sind wichtige und kostspielige Entscheidungen, die in die Hände der Frankfurter Geldexperten gelegt und damit der Kontrolle und Einflussnahme nationalstaatlicher Regierungen entzogen wurden. Kritiker sehen darin einen allgemeinen Trend der Verdrängung von Staatsaufgaben aus dem Bereich der unmittelbar demokratisch kontrollierten Politik, insbesondere der (nationalen) Parlamente und gewählten Regierungen, zugunsten unabhängiger Experten.

Es sind eben solche Entwicklungen, die zum »wachsenden demokratischen Defizit« in der EU beitragen, so der Ökonom Dominique Plihon. Der deutsche Politologe Henrik Scheller spricht etwas allgemeiner von »Depolitisierung«, meint damit aber ebenfalls eine Schwächung demokratischer Mehrheitsverfahren.

Ein weiteres Beispiel für den Machtzuwachs supranationaler Institutionen liefert die Europäische Kommission. Wie die EZB ist sie Mitglied der Troika. Da-

Die Beispiele verdeutlichen die gewachsene supranationale Macht der EU. Doch auch für die Gegenseite, die Stärkung intergouvernementaler EU-Institutionen, gibt es klare Indikatoren. Die Mehrzahl der großen Entscheidungen in der Krise, insbesondere bei der Bankenrettung und der Vergabe von Krediten an zahlungsunfähige Mitgliedstaaten, haben die Gipfel des Europäischen Rates, also die Staats- und Regierungschefs, gefällt. Wenn Italien oder Spanien Probleme in ihrem Bankensektor anmeldeten, richtete sich der Blick auf diese Gipfeltreffen und die Stellungnahmen ihrer Teilnehmer. Was supranationale Organe wie die Kommission dazu sagten, interessierte wenige.

Es scheint demnach, dass die EU in Krisenzeiten in erster Linie eine intergouvernementale Angelegenheit ist. Wer kann sich vorstellen, dass die Bundeskanzlerin einmal sagen sollte: »Über die Vergabe des nächsten Rettungspaketes für +

Zu machtvoll? Oder doch zu schwach? Brüssel macht es niemandem recht.

neben ist die Kommission Teil aller Maßnahmen der sogenannten »Economic Governance« in der EU.

Dieser komplizierte Begriff bezeichnet eine Reihe von Abkommen und Mechanismen, die im Zuge der Krise geschaffen wurden, um die Wirtschafts- und Haushaltspolitik in allen Mitgliedsländern einheitlichen Regeln zu unterwerfen. So gilt beim reformierten Defizitverfahren, einem Teil des EU-Stabilitätspakts: Wenn die Kommission Sanktionen beschließt, muss sie diese nicht länger von einer Mehrheit der Mitgliedstaaten absegnen lassen. Im Gegenteil, es wäre ein Mehrheitsbeschluss nötig, um diese Sanktionen zu *verhindern*.

Zum Stabilitätspakt gesellt sich seit 2011 das Europäische Semester, ein Verfahren, das es der Kommission erlaubt, in den nationalstaatlichen Parlamenten erarbeitete Haushaltsgesetze schon vor ihrer Verabschiedung zu blockieren, wenn diese gegen die Defizitregeln verstoßen. Das Verfahren ermöglicht zudem Einfluss auf die Lohnpolitik und die Sozialsysteme der Mitgliedstaaten zu nehmen – etwa indem die Kommission Empfehlungen zur Deregulierung des Arbeitsmarktes oder zur Privatisierung von Renten- und Gesundheitssystemen ausspricht. Beides betrifft politische Kernkompetenzen, deren Ausübung für die Bürger der betreffenden Staaten unmittelbare Folgen besitzt und die deshalb bisher weitestgehend im Verantwortungsbereich der Mitgliedstaaten lagen.

Zwischen allen Stühlen: EU-Kommissare wie der Energiebeauftragte Günther Oettinger vertreten die Interessen der Union gegenüber ihren nationalen Regierungen.

Foto: EU/Jennifer Jacquemart



Griechenland lassen wir die Kommission entscheiden. Die nationalen Regierungen sollen sich da nicht einmischen.«? Tatsächlich haben die Staats- und Regierungschefs solche Entscheidungen bisher bewusst nicht der Kommission überlassen, was ein Grund dafür sein mag, dass die ersten europäischen Krisenmaßnahmen nur lose in das europäische Regelwerk eingebunden waren oder – je nach Meinung – gar im Widerspruch dazu standen. Deshalb ärgerten sich jüngst die Abgeordneten des Europäischen Parlaments über das Vorhaben der Mitgliedstaaten, Teile der Bankenunion in einer zwischenstaatlichen Vereinbarung, also außerhalb des europäischen Rechts zu verankern.

Diese Vorgehensweise bedeutet nichts anderes als eine Schwächung des Gemeinschaftsrahmens zugunsten eines intergouvernementalen Verfahrens, das außerhalb des EU-Vertragswerks steht und in dem die supranationalen EU-Institutionen darum bestenfalls eine beratende Rolle spielen können. Auch der Fiskalpakt, der jeden Unterzeichner verpflichtet, die Haushaltsregeln des Stabilitätspaktes in nationales Recht zu übertragen, steht eher »am Rande« der EU. Er ist zwar inhaltlich eng mit dem Stabilitätspakt verknüpft, der Sanktionsmechanismus für überschuldete Mitgliedstaaten muss aber durch einen Mitgliedstaat

Die Kommission interessiert wenige, Krisen sind Zeiten von Regierungschefs.

ausgelöst werden. Die Kommission kann lediglich Sanktionierungsempfehlungen aussprechen. Genauso ist es mit den Krediten für den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), über deren Vergabe die Mitgliedstaaten entscheiden.

Wer die Rückgewinnung nationalstaatlicher Souveränität als Heilmittel gegen das europäische Demokratiedefizit betrachtet, den könnte der Machtgewinn des Europäischen Rates also aufatmen lassen. Schließlich steht dieses Gremium für ein intergouvernementales Modell mit klarem Kompetenzvorrang der Staats- und Regierungschefs. So einfach ist es dann aber doch nicht. Der Rat der EU war in den Europäischen Verträgen zunächst lediglich als Impulsgeber vorgesehen und muss deshalb nicht öffentlich tagen.

Die Transparenz des Entscheidungsverfahrens und die Kontrollfunktion der Parlamente werden damit aber erheblich eingeschränkt. Zudem kann sich die Öffentlichkeit ohne ausreichende Informationen keine fundierte Meinung bilden. Solch intergouvernementales Regieren mag zwar ein Gefühl gestärkter Sou-

veränität vermitteln, größere demokratische Legitimität geht damit aber noch lange nicht einher.

Institutionelle Veränderungen in der EU in Reaktion auf die Krise führten also nicht per se zu mehr Supranationalität, auch wenn die starke Tendenz dorthin unverkennbar ist. In vielen Bereichen fährt die EU mehrgleisig. Das Europäische Semester bedient den Wunsch nach einer supranationalen Aufsicht über die Haushaltspolitik, gleichzeitig unterliegt dieselbe Politik der intergouvernementalen Kontrolle im Rahmen des Fiskalpaktes. Dazwischen steht der Stabilitätspakt, der sowohl der Kommission als auch den Mitgliedstaaten eine Stimme gibt, aber der Kommission die Initiative überlässt. In jedem Fall hat der Nationalstaat auch in der Krise seine starke Stimme nicht verloren.

Gerade das Beispiel des Europäischen Rates zeigt uns aber noch etwas anderes. Obgleich seine Aufwertung dem heute viel gehörten Wunsch entspricht, man möge doch den Nationalstaat gegenüber der EU wieder stärken, so erfüllt sie doch nicht das, was diesem Wunsch meist eigentlich zu Grunde liegt: nämlich die Annahme, dass damit ein »mehr« an Demokratie einherginge. So wichtig die Unterscheidung zwischen supranationalen und intergouvernementalen Verfahren auch ist, muss man sich doch immer wieder klar machen, dass demokratische Legitimität nicht allein von der Entscheidungsebene abhängt. ●●

Matthieu Choblet hat in Köln, Aix-en-Provence, Newcastle-upon-Tyne und Aachen studiert. Er promoviert gegenwärtig an der RWTH Aachen in Politischer Ökonomie.

Quellen und Links:

[Bericht »EU streitet über Bankenabwicklung« auf FAZ-online am 3. Februar 2014](#)

[Hintergrundbericht »Vorsicht, Bank!« von Dominique Plihon in Le Monde diplomatique, Ausgabe 03/2013](#)

[Analyse »Fiscal Governance und Demokratie in Krisenzeiten« von Henrik Scheller in Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe 13/2012](#)

[Analyse »Die Fiskalkrise und die Einheit Europas« von Jens Beckert und Wolfgang Streeck in Aus Politik und Zeitgeschichte, Ausgabe 4/2012](#)

[Fritz W. Scharpf: »Monetary Union, Fiscal Crisis and the Pre-emption of Democracy« von in der Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften, Ausgabe 2/2011](#)

Taipehs Balanceakt

von Julian Rothkopf



Wache in der »Nationalen Chiang-Kai-shek-Gedächtnishalle« in Taipeh, Oktober 2010. Foto: John Yavuz Can/CC BY 2.0

Angesichts des zunehmenden Gewichts der Volksrepublik China in Ostasien und des amerikanischen »pivot to Asia« nimmt ausgerechnet die strategische Bedeutung der Republik China weiter zu. Dabei zeigte schon die Krise in der Taiwanstraße 1995/96, dass ein vermeintliches Neigen Taipehs nach Peking oder nach Washington die Region an den Rand einer militärischen Konfrontation bringen kann. Das stellt hohe diplomatische Anforderungen an den taiwanesischen Präsidenten Ma Ying-jeou.

Die jüngste Debatte um eine »Luftverteidigungs-Identifikationszone« der Volksrepublik China wird in der Republik China Erinnerungen geweckt haben. Schon im Dezember 2007 äußerte der damalige Präsident des Inselstaats Chen Shui-bian ernste Bedenken über damalige Pläne der Volksrepublik, eine solche »Air Defence Identification Zone« (ADIZ) auf die Straße von Taiwan auszuweiten. Chen machte darin nicht weniger aus als einen Versuch, »den Status Quo zu ändern«. Zugleich fügte er hinzu, dass der Zweck einer solchen Zone auch die Verhinderung japanischer und US-amerikanischer Aufklärungsaktivitäten sei.

Chen legte so deutliches Zeugnis über Taiwans seit jeher prekäre Lage zwischen chinesischem Festland und amerikanischer Marinepräsenz ab. Auch gegen eine 2010 wiederum durch Japan vollzogene Ausweitung einer solchen Luftraum-Überwachungszone protestierte Taipeh.

Seit der Einrichtung der chinesischen ADIZ über dem Ostchinesischen Meer vergangenes Jahr ist das Akronym nun zwar in aller Munde. Angesichts des sich jetzt zuspitzenden »Inselstreits« zwischen China und Japan droht aber gerade die schon länger skeptische Position Taipehs in den Hintergrund gedrängt zu werden.

Dabei ist Taiwan ein wichtiger Bestandteil der so genannten »Ersten Inselkette«, die sich von der äußersten russischen Ostküste über die japanischen Hauptinseln bis zu den Philippinen und Malaysia erstreckt. Während aus Sicht der USA um diese Inselkette herum freie Fahrt für See- und Luftfahrzeuge gilt, betrachtet Peking die dortige Präsenz amerikanischen Militärs als eine »Blockade«.

Um sich im Falle eines eskalierenden Konflikts vor einer etwaigen Intervention zu schützen, strebt China mit einer »anti-access/area denial«-Strategie an, den See- und Luftraum westlich der Kette für gegnerische Streitkräfte unzugänglich zu machen. Die dafür nötige Kontrolle über den Luftraum haben chinesischen Medien bereits 2009 farbenfroh als das »Errichten einer stählernen Gro-

Taipeh setzt auf Kompromiss und schlägt eine gemeinsame Nutzung der natürlichen Rohstoffe vor – mit Japan funktioniert dies bereits.

ßen Mauer im blauen Himmel« bezeichnet. Die Zahl der Übungen und Manöver, während denen Luft- und Seeraum um Inselkette demonstrativ von Einheiten der Volksbefreiungsarmee-Luftwaffe und -Marine durchkreuzt werden, stieg seit 2008 auf mittlerweile zehn pro Jahr. Einige US-Thinktanks wie die RAND Corporation gehen derzeit davon aus, dass die Volksrepublik um das Jahr 2020 tatsächlich militärisch in der Lage sein könnte, ihre Abriegelungsstrategie im Ernstfall zu realisieren.

Taiwan wird vor diesem Hintergrund in Peking als Glied der »Blockade« gesehen. Dabei ist die Wiedervereinigung der Insel mit dem Festland seit jeher ein erklärtes Ziel der Außenpolitik der Volksrepublik. Der ehemalige chinesische Außenminister Qian Qichen bescheinigte in seinen Memoiren zugleich den USA eine klare Absicht Taiwan gegen China auszuspielen – eine Auffassung, die nach Ansicht vieler Fachleute in der Pekinger Führungsebene gängig sei.

Mit der wirtschaftlichen Öffnung beider Staaten füreinander hat die vorherige ideologische Aufladung des chinesisch-chinesische Verhältnisses wie zu Zeiten Chinas und Maos abgenommen. Während sie eingestehen muss, dass Peking die militärischen Kapazitäten Taiwans zumindest nominell längst überholt hat, will die derzeitige Führung in Taipeh den Status quo nicht unnötig stören und die ökonomischen Beziehungen ausbauen. Umso deutlicher tritt eine neue realpolitische Sichtweise zu Tage, der zufolge eine *politische* Wiedervereinigung mit Taiwan der Volksrepublik als Sprungbrett zur Dominanz des Westpazifiks dienen könnte.

Zudem scheint die Zeit zu drängen: Während der Konferenz der Asiatisch-pazifischen wirtschaftlichen Zusammenarbeit (APEC) in Bali 2013 erklärte Chinas Präsident Xi gegenüber Taiwans Vizepräsident Siew, dass der Prozess der Wiedervereinigung zwischen dem chinesischen Festland und Taiwan nicht noch weiteren Generationen aufgebürdet werden solle. Die *South China Morning Post* wertete dies als Zeichen der Ungeduld – und vermutete, die Volksrepublik strebe eine Lösung im Laufe der nächsten zehn Jahre an. Dies wäre eine Abkehr von der weit geduldigeren Perspektive Deng Xiaopings.

Taiwan andererseits kann auf gesetzlich festgelegten Schutz Amerikas zählen. Der vom US-Kongress verabschiedete »Taiwan Relations Act« (TRA) von 1979 hält fest, dass die diplomatischen Beziehungen zwischen Peking und Washington auf der Grundlage beruhen, dass über die Zukunft Taiwans friedlich zu entschieden sei. Obwohl die USA durch den TRA nicht militärisch verpflichtet sind, schreibt das Gesetz vor, dass eine gewaltsame Einverleibung Taiwans als ernste Bedrohung amerikanischer Interessen zu betrachten ist. Auch die US-Rüstungshilfe für Taiwan basiert auf diesem Gesetz.

Von zu wenig Dramatik, so dass Taiwan und der weiteren Region keine Beachtung geschenkt werden müsse, kann schon länger nicht die Rede sein. Einerseits hat die neue ADIZ den Konflikt zwischen Tokio und Peking wieder eskalieren lassen, wobei sich jetzt auch die Zonen von Südkorea und Taiwan überlagern und die USA aufgrund ihrer Unterstützung für alle drei Nachbarn Chinas stärker in die Auseinandersetzung verwickelt werden.

Dabei sollten alle Akteure darum bemüht sein, eine offene militärische Konfrontation abzuwenden. Beispielhaft war hier bislang die von Taipeh ausgehende Friedensinitiative für das Ostchinesische Meer, die eine regionale Zusammenarbeit empfiehlt. Mit dem Vorschlag der gemeinsamen Nutzung aller vorhandenen natürlichen Rohstoffe im Ostchinesischen Meer – was Japan und Taiwan mit dem friedlichen Aufteilen von Fischgründen bereits mit ersten Schritten in die Tat umgesetzt haben – zeigt sich Taipeh gegenüber den Anrainerstaaten kompromissbereit. Taiwans heutiger, chinafreundlicher Präsident, Ma Ying-jeou, der +

diese Initiative ins Leben rief, hat bereits alle betroffenen Parteien dazu aufgerufen, zur Entschärfung der Situation bilaterale Gespräche mit China zu führen.

Der ehemalige Außenminister und derzeitige Oppositionspolitiker Tan-sun Chen beklagt hingegen, dass Präsident Mas Friedensinitiative nicht nur von China, Japan und den USA, sondern auch von internationalen Medien übersehen werde. Es sei Taipeh zwar weiterhin möglich, friedensstiftende Impulse zu liefern, aber aufgrund ihrer diplomatischen Isolation stehe die Regierung in Streitfällen oftmals als Außenseiter da.

Doch eine Eskalation ist nicht unumgänglich. So mahnt der der Justin Bronk, Militäranalyst des Royal United Services Institute, die Situation im weiteren Kontext zu betrachten. Luftverteidigungsidentifikationszonen seien keine Neuheit in der Region – auch nicht deren plötzliche Ausweitung oder Fälle von

Schwacher starker Mann? Im Januar wieder gewählt, zeigt Präsident Ma Ying-jeou hier mit einem Auftritt in einer Luftwaffenbasis am 11. August 2012 Nähe zum Militär.

Foto: 玄史生/CC-BY-SA 3.0



Überschneidungen. So konnte Taipeh sich 2010 auf einen *modus vivendi* mit Tokio verständigen, als die japanische ADIZ auf Teile der taiwanischen Zone ausgeweitet wurde, ohne dass Taiwan im Voraus davon offiziell unterrichtet wurde. Da es keine präzisen völkerrechtlichen Definitionen gibt, wie diese Zonen festzulegen sind, kann ihre Rechtmäßigkeit, geschweige denn ihre Legitimität, nur schwer beurteilt werden.

Das chinesische Verteidigungsministerium ferner widerspricht der in westlichen Medien geäußerten Vermutung, dass Flugzeuge, die sich in der ADIZ nicht identifizierten, umgehend angegriffen würden. Die USA und Taiwan haben wiederum angekündigt, dass ihre zivilen Fluggesellschaften die chinesischen Regeln in der Zone befolgen würden. Wie taiwanische Medien berichten, wurde der Entschluss, die ADIZ über die Diaoyu(tai)-, beziehungsweise Senkaku-Inseln zu erweitern, bereits im Verlauf des 18. Nationalen Volkskongresses 2012 getroffen und ist Teil einer längerfristigen Strategie des neuen chinesischen Präsidenten Xi Jinping. Insofern wird klar, dass die Einrichtung der Zone keine komplette Überraschung war.

Die wichtigere Frage ist deshalb – vorausgesetzt, die Fronten würden sich in diesem Konflikt verhärten –, inwieweit Taiwan in Zukunft seine bevorzugte Rolle als Vermittler noch ausüben kann und will. Dass die chinesische ADIZ auch Taiwan unter Druck setzt, ist unumstritten: Die Zone legt einen Riegel direkt vor

Präsident Ma bezeichnete das Vorgehen Chinas zurückhaltend als »nicht hilfreich« für die gegenseitigen Beziehungen.

die amerikanischen Nachschublinien aus Japan und Südkorea, sollte es je zu einem militärischen Konflikt zwischen Peking und Taipeh kommen. Kann Taiwan bei einer erneuten Beschneidung seiner eigenen ADIZ überhaupt noch auf den bisherigen Kurs von Diplomatie und Entschärfung setzen?

Präsident Ma steht bereits unter innenpolitischem Druck durch die Opposition, nachdem er sich laut Medienberichten entgegen den Empfehlungen des taiwanischen Außenministeriums gegen eine gemeinsame Verurteilung der chinesischen ADIZ mit den USA und Japan entschlossen hat. Erst mit Verspätung hat +

die Regierung ihre Besorgnis über die Pekinger Entscheidung ausgedrückt. Und auch dann bezeichnete Präsident Ma das unilaterale Vorgehen Chinas zurückhaltend als »nicht hilfreich« für die gegenseitigen Beziehungen.

Immerhin hat der Generaldirektor des »Nationalen Sicherheitsbüros« Tsai De-sheng im Parlament erklärt, dass man Chinas Vorgehen ablehne und das Verteidigungsministerium jederzeit bereit sei, taiwanische Passagierflugzeuge in der eigenen ADIZ auch mit militärischen Mitteln zu schützen. Und regierungskritische Medien in Taiwan weisen schon jetzt darauf hin, dass gerade in jenem Abschnitt, in dem sich Chinas und Taiwans Zonen nun überschneiden, die taiwanische Luftwaffe regelmäßig Übungen durchführt.

Trotz der offiziellen Kritik aus Taipeh und Präsident Mas Beteuerung, dass die Souveränität der Republik China nicht betroffen sei, bleiben doch Zweifel, ob durch die Einrichtung der ADIZ genau Taiwans Souveränität Stück für Stück untergraben wird. Präsident Ma will möglicherweise noch dieses Jahr ein offizielles Zusammentreffen mit Chinas Präsident Xi Jinping erreichen und die Beziehungen zu Peking vorher nicht zusätzlich belasten. Ein Treffen im Rahmen von

Die wichtigere Frage ist, inwieweit Taiwan seine Rolle als Vermittler noch ausüben kann und will.

APEC hat Peking bei den letzten bilateralen Gesprächen beinahe erwartungsgemäß als unnötige Internationalisierung der Taiwanfrage abgelehnt. Schon vor seiner Wiederwahl 2012 hatte Präsident Ma indes öffentliche Kritik auf sich gezogen, als er einen Friedensvertrag mit China bis zum Ende der Dekade andeutete, was er dann insofern relativierte, dass letztendlich die Zustimmung der Bevölkerung Taiwans hierfür nötig sei.

Seine Annäherungspolitik gegenüber China hat zwar erste wirtschaftliche Fortschritte erzielt – außenpolitisch zeugt die Erfolglosigkeit der derzeit noch unrealistischen Avancen gegenüber Peking allerdings davon, dass für ein politisches »Rapprochement« weitere Zugeständnisse Taipehs nötig sind. Dazu kommt, wie Shannon Tiezzi von *The Diplomat* meint, dass China zu einem Zeitpunkt eine ADIZ einrichtet, während die heimischen Umfragewerte des bislang chinafeindlichsten Präsidenten in Taiwan auf einem Rekordtief angekommen

seien und er politisch verwundbar sei. Seine Handlungsfähigkeit, gerade gegenüber China, und sein politisches Erbe seien bedroht, was Peking anscheinend in Kauf nehme und was zusätzlich von unilateralem Vorgehen zeuge.

Als vom Volk gewählter Verfechter taiwanesischer Hoheit über die Diaoyutai-Inseln und des Ein-China-Prinzips vertritt Präsident Ma selbstverständlich ähnliche Positionen wie China. Immerhin versteht sich die Regierung in Taipeh als rechtmäßiger Repräsentant der ehemals gesamtchinesischen Republik China. Wie erwähnt, ist auch die neue ADIZ noch kein Grund dafür, dass Taiwan in einen bewaffneten Konflikt gezogen wird. Doch eine ähnliche Zone im Südchinesischen Meer, über der taiwanischen Hauptinsel oder eine Verschärfung der chinesischen Bestimmungen für ausländische Flugzeuge könnten derzeit leicht zu einer militärischen Konfrontation führen.

Ein passives Unterordnen unter die Außenpolitik Pekings würde die international bereits begrenzte Autorität der taiwanischen Präsidentschaft weiter delegitimieren und die Glaubwürdigkeit vorheriger Friedensinitiativen untergraben. Stattdessen sollte Taipeh mit aller Deutlichkeit auf einer diplomatischen Lösung beharren, damit alle beteiligten Akteure von Provokationen absehen. Deshalb hat Präsident Ma nicht umsonst zur friedlichen Beilegung von Konflikten in der Region aufgerufen. ...

Julian Rothkopf hat *Public Policy* an der Hertie School of Governance in Berlin und *Law and Politics of International Security* an der Vrije Universiteit Amsterdam studiert. Er ist zur Zeit Mitarbeiter am Center for Security Studies der National Cheng-chi University in Taipeh.

Quellen und Links:

[Kommentar »China's ADIZ over the East China Sea: »A Great Wall in the Sky« von Jun Osawa bei der Brookings Institution am 17. Dezember 2013](#)

[Bericht »China's ADIZ demarcation unhelpful to ties with Taiwan: president Ma« des Focus Taiwan News Channel vom 5. Dezember 2013](#)

[Analyse »China's Air Defence Identification Zone and its Role in Chinese Geo-Strategic Policy« des Royal United Services Institute vom 4. Dezember 2013](#)

[Kommentar »Why China's Air Defense Identification Zone Is Terrible for Cross-Strait Relations« von Shannon Tiezzi in The Diplomat vom 28. November 2013](#)

ganz neue Methoden ...



ADLAS – Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik betritt Neuland und macht akademische Erkenntnisse verständlich. Das eJournal informiert über Außen- und Sicherheitspolitik, regt zum Diskutieren an und bringt Themen in die Debatte ein.

Außergewöhnlich ist sein Anspruch: aus dem akademischen Umfeld heraus einen Ton finden, der den Bogen zwischen Fachsprache und Verständlichkeit schlägt. **ADLAS** – Wissenschaft auf Deutsch.

JETZT HERUNTERLADEN BEI WWW.ADLAS-MAGAZIN.DE

ADLAS Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

ist aus dem »Aktualisierten Dresdner InfoLetter für Außen- und Sicherheitspolitik« des Dresdner Arbeitskreises für Sicherheits- und Außenpolitik hervorgegangen und besteht seit 2007. Er erscheint seit 2010 als bundesweites, überparteiliches, akademisches Journal, herausgegeben für den Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen (BSH).

Der *ADLAS* erscheint dritteljährlich und ist zu beziehen über www.adlas-magazin.de.

Herausgeber: Stefan Dölling
c/o Bundesverband Sicherheitspolitik an Hochschulen
Zeppelinstraße 7A, 53177 Bonn

Redaktion: Stefan Dölling (doe), Sophie Eisentraut (eis), Björn Hawlitschka (haw), Dieter Imme (dim), Christian Kollrich (koll), Johanna Lange (jl), Marcus Mohr (mmo) (V.i.S.d.P.), Sebastian Nieke (sn), Isabel-Marie Skierka (isk), Stefan Stahlberg (sts), Kerstin Voy (kv)

Layout: mmo

Autoren: Martin Bieber, Ewald Böhlke, Danny Chabhouni, Matthieu Choblet, Jonas Driedger, Moritz Esken, Liana Fix, Yvonne Försterling, Philipp Janssen, Anna Przybyll, Julian Rothkopf, Sonja Katharina Schiffers

Danke: S.M., kremlin.ru

Copyright: © *ADLAS* Magazin für Außen- und Sicherheitspolitik

Zitate nur mit Quellenangabe. Nachdruck nur mit Genehmigung. Für die Namensbeiträge sind inhaltlich die Autoren verantwortlich; ihre Texte geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des BSH wieder. ...

DER BUNDESVERBAND SICHERHEITSPOLITIK AN HOCHSCHULEN

verfolgt das Ziel, einen angeregten Dialog über Außen- und Sicherheitspolitik zwischen den Universitäten, der Öffentlichkeit und der Politik in Deutschland herzustellen. Durch seine überparteilichen Bildungs- und Informationsangebote will der BSH vor allem an den Hochschulen eine sachliche, akademische Auseinandersetzung mit dem Thema Sicherheitspolitik fördern und somit zu einer informierten Debatte in der Öffentlichkeit beitragen. ...

Weitere Informationen zum BSH gibt es unter www.sicherheitspolitik.de.



Ausgabe 2/2014

Schwerpunkt ABC Bedrohung für Massen